

# fonction publique

**CGFP**  
Organe de la Confédération Générale  
de la Fonction Publique

numéro 229

septembre/  
octobre 2013

45<sup>e</sup> année

paraît 6 fois par an

## Nützlich wählen!

Überraschungen gibt es hin und wieder. So auch auf politischer Ebene in Luxemburg. Obwohl vor sechs Monaten wohl niemand darauf gewettet hätte und obwohl weder die Regierung zurückgetreten ist noch das Parlament vor seinem Wiederzusammentreten nach der Sommerpause aufgelöst wurde, so wurde, kurz vor den Sommerferien, nicht nur, aber auch wegen der Ereignisse rund um den Geheimdienst, beschlossen, am 20. Oktober, also in ein paar Tagen, vorgezogene Wahlen abzuhalten.

Normalerweise alle 5 Jahre werden wir Wähler, Demokratie, laut altgriechischem „die Herrschaft des Volkes“, verpflichtet, um unsere Meinung gebeten. Dieses Mal finden die Wahlen in einer Periode statt, in der die Krise auf internationaler Ebene noch nicht überstanden ist, und in der aufgrund der in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen, sich das Misstrauen vieler Wähler in die Politik, der vorgeworfen wird, sich besonders auf europäischer Ebene durch den massiven Lobbyismus der Patronatsvertreter fernsteuern zu lassen, und in die Institutionen deutlich vergrößert hat.

Dass die Wahlpropaganda der Unternehmervertreter in Vorwahlzeiten keine Grenzen kennt, ist längstens gewusst. Dass die Fedil in Anbetracht der Parlamentswahlen auf Hochglanzpapier die kommende Regierung jetzt schon dazu aufruft, eine (weitergehende) Reform der Gehälter im öffentlichen Dienst durchzuführen und die UEL sich für die Desindexierung der gesamten Wirtschaft sowie für eine Lockerung des Arbeitsrechts stark macht, ist ein Ruf nach Reformen, der im wesentlichen Sozialabbau bedeutet und eigentlich keine Überraschung darstellt.

Daneben buhlen massiv Kandidat(inn)en von Mitgliedern der in den letzten Jahren entstandenen Initiativen von hochkarätigen Firmenchefs, wie zum Beispiel die Unternehmerlobby „5 vir 12“, die sich insbesondere für Sozialabbau im öffentlichen Dienst stark macht und keine Gelegenheit verpasst, dies auch immer wieder lautstark kundzutun, auf den Listen einiger Parteien um unsere Wählerstimmen. Ein abschreckendes Beispiel gefällig? Kürzlich war es wieder so weit: Während einer Veranstaltung der Handelskammerinitiative „2030.lu Ambition pour le futur“, die unter anderem glänzt durch von ihr in Auftrag gegebene Umfragen, bei denen durch die Fragestellung die gewünschten Antworten schon praktisch vorgegeben sind, sprach sich einer der eingeladenen Redner völlig un widersprochen erneut für die Herabsetzung der Anfangsgehälter im öf-

fentlichen Dienst aus. Doch damit nicht genug: Er war sich nicht zu schade zu verlangen, eine neue Staatsbeamten-gewerkschaft müsse gefördert werden (Von wem? Von hohen Patronatsvertretern?), die andere Forderungen hätte als Gehaltsaufbesserungen oder die sozialen Errungenschaften der im öffentlichen Dienst arbeitenden Menschen zu verteidigen. Einfach unglaublich! Die Haltung dieser Kandidat(inn)en wird aller Voraussicht nach auch nach den Wahlen nicht anders sein als vorher, und auch deshalb gilt es hier, in vollster Kenntnis der Sachlage, nützlich zu wählen.

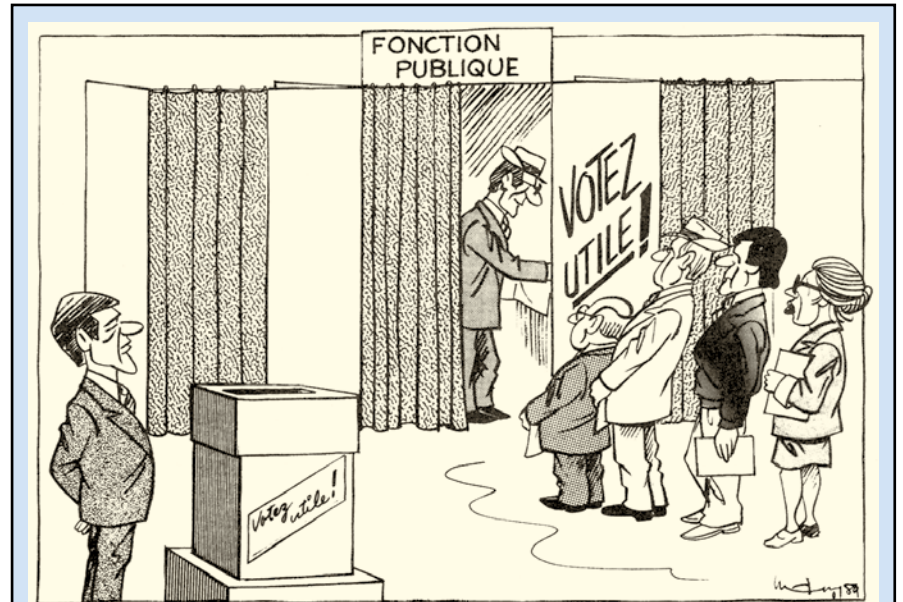
Des Weiteren ist es interessant, im Vorfeld solcher Wahlen immer wieder zu verfolgen, wie sich die antretenden Parteien aufstellen – politisch bis dato wenig in Erscheinung getretene Kandidaten mit aus Funk, Fernsehen und Sport bekannten Namen scheinen genau so gefragt wie all jene, deren Namen durch den einen oder anderen Elternteil auf der politischen Bühne sich schon eines gewissen Bekanntheitsgrades erfreuen können – und wie sie versuchen, die Wählergunst auf ihre Seite zu ziehen – bei manchen Kandidaten könnte man sogar zur (falschen?) Auffassung gelangen, die Wahlen seien eine eher lästige Pflicht, also schon im Vorfeld entschieden, und die Ressorts und Posten, bis hin zu den Staatssekretären, schon verteilt.

Die Wahlprogramme, also das eigentliche Kernstück der Meinungsbildung des Wählers, werden auf diese Art und Weise immer mehr zur Nebensache, wohlwissend, dass die jüngste Erfahrung gezeigt, dass die Gewinner am Wahlabend sich auf ein sogenanntes klares Mandat der Wähler berufen, besonders immer dann, wenn es darum geht, weniger positive Punkte aus dem Wahlprogramm, die als Sozialabbau wahrgenommen werden können, umzusetzen.

Damit es nicht soweit kommt, gilt es besonders jetzt, sich die Programme der verschiedenen Parteien genau anzusehen und in vollster Kenntnis der Sachlage all jenen eine Abfuhr zu erteilen, die mit Parolen von gezieltem Sozialabbau, insbesondere bei den im öffentlichen Dienst Beschäftigten, im Wahlkampf punkten möchten.

Kernstück der vorliegenden Ausgabe der „fonction publique“ sind wie jedes Mal kurz vor den Wahlen unsere „Wahlprüfsteine“, deutliche Fragen an die zur Wahl antretenden Parteien, auf die unsere Leser klare, unzweideutige Antworten verdient haben.

So ist es besonders interessant zu sehen, welche Parteien die Meinung der CGFP in folgenden Punkten teilen:



Beim Wahlgang denken wir besonders an die Kandidaten, die aus der öffentlichen Funktion hervorgehen oder ihr zugetan sind. Die Antworten der politischen Parteien auf die CGFP-Wahlprüfsteine finden interessierte Leser ab Seite 3 in dieser Ausgabe.

Zur Absicherung der Kaufkraft der Arbeitnehmer ist für die CGFP die Wiederherstellung des altbewährten Index-Mechanismus ohne Wenn und Aber unumgänglich und die von Patronatsvertretern geforderte, technisch nicht einmal durchführbare „Deckelung“ des Index der Anfang vom Ende dieses Mechanismus.

Gerade der zahlenmäßig schlanke Luxemburger öffentliche Dienst hat insbesondere während der zurückliegenden EU-Ratspräsidentschaften eine exzellente Figur abgegeben. Damit es unter anderem auch im zweiten Halbjahr 2015 erneut so sein wird, muss das partikuläre Statut der öffentlichen Funktion als Garant der Unabhängigkeit, Wirksamkeit, Unvoreingenommenheit und Stetigkeit des öffentlichen Dienstes verteidigt werden.

Die CGFP fordert von der aus den bevorstehenden Wahlen hervorgehenden Regierung, egal wie sie sich auch immer zusammenstellt, ein klares Bekenntnis zur Umsetzung und termingerechten Verabschiedung im Parlament des 2011 von der CGFP erzielten Besoldungsabkommens, ganz im Sinne einer kontinuierlichen Besoldungspolitik im Staatsdienst, die auf die eine oder andere Art und Weise auch Auswirkungen auf den Privatsektor haben wird.

Im Bereich der Wohnungspolitik sieht die CGFP besonderen Handlungsbedarf, hier müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden, damit der Zugang zum Eigenheim zu annehmbaren Bedingungen in nächster Zukunft gewährleistet wird. Die Schaffung einer staatlichen Mammutgesellschaft – wie kürzlich beim „Fonds du Logement“

ins Auge gefasst – ist hierfür der denkbar schlechteste Weg.

Der Privatisierung öffentlicher Dienststellen sowie dem durch die fahrlässige Politik der Vergangenheit entstandenen Wildwuchs im Bereich der sogenannten „établissements publics“ muss, im Sinne des Erhalts guter staatlicher Dienstleistungen und einem Mehr an Transparenz, endlich Einhalt geboten werden.

Wie die verschiedenen Parteien zu diesen und weiteren wichtigen Punkten stehen, ist in dieser Ausgabe nachzulesen.

Getreu ihrer auch in der Vergangenheit stets befolgten Linie parteipolitischer Unabhängigkeit und ideologischer Neutralität gibt die CGFP keine Wahlempfehlung ab. Dennoch: In Zeiten, in denen Demagogie und Populismus zum politischen Alltagsgeschäft gehören, gilt für den klugen, sprich informierten Wähler mehr als je zuvor, mit kühlem Kopf und ohne sich durch die gezielte und oft irreführende Wahlwerbung beeinflussen zu lassen, die Wahlprogramme der Parteien genauestens zu analysieren und in genauer Sachkenntnis sein Wahlrecht voll und ganz auszuschöpfen, denn eines sollten wir nicht außer Acht lassen:

Wir Wähler haben jetzt das Wort. Danach wird es voraussichtlich wieder 5 Jahre bis zu den nächsten Parlamentswahlen dauern. Damit diese Zeit nicht zu Sozialabbau, insbesondere im öffentlichen Dienst, genutzt werden kann, deshalb gilt es gerade jetzt, nützlich zu wählen.

Romain WOLFF  
CGFP-Generalsekretär

**fonction  
publique**

Organe de la Confédération Générale  
de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: CGFP  
488, route de Longwy,  
L-1940 Luxembourg  
Tél.: 26 48 27 27-1 – Fax: 26 48 29 29  
E-mail: cgfp@cgfp.lu  
Rédaction: Tél. 26 48 27 27-30  
La reproduction d'articles, même  
par extraits, n'est autorisée qu'en  
cas d'indication de la source.  
Les articles signés ne reflètent pas  
nécessairement l'avis de la CGFP.

LUXEMBOURG-GARE  
PORT PAYÉ  
P/S. 141





# L'évasion est proche

**LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:**

**Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger**

**Voyages organisés**

**Billets d'avion, de train et de bateau**

**Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier**

**Tarif spécial pour membres CGFP**

**OUVERT  
LE SAMEDI MATIN**



## LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg  
Tél. 47 00 47 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu  
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

# Die Parteien auf dem Prüfstand

Vor jeden Parlamentswahlen konfrontiert die CGFP die politischen Parteien mit angenehmen und manchmal unangenehmeren Fragen zu Themen, die den Angehörigen des öffentlichen Dienstes besonders am Herzen liegen. Auch 2013 halten wir an dieser Tradition fest. So können unsere Mitglieder und Leser sich selbst ein Bild davon machen, welche Partei ihre Anliegen am besten vertritt.

## Frage 1:

Bekannt sich Ihre Partei zum partikularen Statut der öffentlich Bediensteten, deren statutarisches Dienstverhältnis für die CGFP die Grundvoraussetzung für das geordnete Funktionieren der staatlichen Institutionen ist, als solches grundsätzlich erhalten bleiben und gemäß seinen eigenen Prinzipien weiterentwickelt werden muss?

**CSV:** Ja

**DP:** Ja

**déi gréng:** Ja

**LSAP:** Ja

**adr:** Ja

**KPL:** Ja

**déi Lénk:** Ja

**PID:** Ja

**piratepartei:** Nein

Anm.: Die Piratenpartei fordert einen wahren „statut unique“, der auch Staatsbeamte nicht ausschließen darf. Partikularitäten müssen über Zusatzverträge / -gesetze abgedeckt werden, aber nicht durch das Beibehalten von partikularen Statuten.

## Frage 2:

Bestätigen Sie, dass auch in Zukunft ausschließlich mit der CGFP, der einzigen national repräsentativen Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst, Verhandlungen wie z.B. über die Besoldungspolitik oder das statutarische Dienstrecht geführt werden müssen und dass die daraus resultierenden Vereinbarungen nach den Prinzipien der Sozialpartnerschaft verbindlichen Charakter haben?

**CSV:** Ja

**DP:** Ja

**déi gréng:** Ja

**LSAP:** Ja

**adr:** Nein

**KPL:** Nein

**déi Lénk:** Nein, jede repräsentative Gewerkschaft im öffentlichen Dienst soll für ihren Teilbereich die Besoldungspolitik mit verhandeln (CGFP beim Staat, FGFC und Landesverband bei den Gemeinden, Landesverband und Syprolux bei den CFL, ...);

Ja, die daraus resultierenden Vereinbarungen müssen verbindlichen Charakter haben.

**PID:** Ja

**piratepartei:** Ja & Nein

Anm.: So lange die CGFP die national repräsentative Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst ist, stimmen wir der Aussage zu. Sollte sich an dieser Situation was ändern, müssen wir die Aussage verneinen.

## Frage 3:

Ist Ihre Partei entschlossen, den Zugang zum öffentlichen Dienst sowohl für Beamte als auch für Angestellte strikt und konsequent nach den gesetzlich festgelegten, sachlichen, gerechten, die Chancengleichheit wahren Ausschreibe- und Ausleseverfahren zu gewährleisten?

**CSV:** Ja

**DP:** Ja

**déi gréng:** Ja

**LSAP:** Ja

**adr:** Ja

**KPL:** Ja

**déi Lénk:** Ja

**PID:** Ja

**piratepartei:** Ja.

Anm.: Wo diese Verfahren Anpassungen benötigen, müssen diese aber auch durchgeführt werden. So setzt sich die Piratenpartei z.B. für komplett anonymisierte Verfahren ein.

## Frage 4:

Ist Ihre Partei, entsprechend dem von der CGFP und der Regierung 2007 ausgehandelten Besoldungsabkommen bestrebt, dem durch die fahrlässige Politik der Vergangenheit entstandenen Wildwuchs im Bereich der sogenannten öffentlichen Einrichtungen („établissements publics“) Einhalt zu gebieten?

**CSV:** Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass viele öffentliche Tätigkeitsfelder in den öffentlichen Dienst gehören. Nichtsdestotrotz sind öffentlich-rechtliche Anstalten in bestimmten Bereichen die geeignetere Form, um gewisse öffentliche Dienstleistungen zu verwalten.

**DP:** Nein. Sollten bestimmte öffentliche Dienstleistungen, die keinen hoheitsrechtlichen Charakter haben, effizienter und kostengünstiger außerhalb des normalen Staatsapparats

funktionieren können, wollen wir Einrichtungen öffentlichen Rechts („établissements publics“) schaffen. Allerdings darf dies nur unter strengen Regeln und mit Rücksicht auf die erworbenen Rechte des Verwaltungspersonals geschehen. Deshalb sollen die gleichen Grundregeln für alle Einrichtungen öffentlichen Rechts in einem Rahmengesetz festgelegt werden.

**déi gréng:** Nein

**LSAP:** Ja

**adr:** Nein

**KPL:** Ja

**déi Lénk:** Ja

**PID:** Ja

**piratepartei:** Ja

Anm.: Die Piraten stehen der Hybridlösung von „établissements publics“ kritisch gegenüber. Wir fordern, dass hoheitliche Aufgaben integral vom Staat übernommen werden.

## Frage 5:

Stimmt Ihre Partei der Forderung der CGFP zu, dass das sogenannte „Ajustement“, d.h. die automatische Anpassung der Renten und Pensionen an die allgemeine Entwicklung des Lohnniveaus, als eine erhebliche soziale Errungenschaft völlig normal im gewohnten Zwei-Jahres-Rhythmus zu Gunsten der Ruheständler zu erfolgen hat?

**CSV:** Die regelmäßigen Anpassungen der Rente an die Entwicklung der realen Löhne, die wir befürwortet und mitgetragen haben, garantieren unseren Senioren gute Lebensbedingungen. Die Renten sollen prinzipiell auch in Zukunft angepasst werden, wobei die Anpassung der wirtschaftlichen und finanziellen Situation des Landes und der Rentenkassen Rechnung tragen muss.

**DP:** Nein. Ein wichtiger Wettbewerbsvorteil des Standorts Luxemburg besteht in moderaten Lohnnebenkosten. Die DP will eine Reform, bei der Beitragserhöhungen keine unabdingbare Bedingung für den Fortbestand des Rentensystems darstellen. Wir wollen den finanziellen und wirtschaftlichen Spielraum der künftigen Generationen nicht weiter einengen. Wer die DP wählt, ist der Ansicht, dass alle

Generationen, also auch die heutigen Rentner, ihren Beitrag zu einer Rentenreform leisten müssen. Die DP ist davon überzeugt, dass die Großeltern, die heute Renten bekommen, nicht auf Kosten ihrer Enkel leben wollen. Denn Nichtstun bzw. eine halbherzige Rentenreform bedeuten nicht nur deutlich niedrigere Renten und höhere Beiträge bzw. Lohnnebenkosten für die zukünftigen Generationen. Es bedeutet zudem, dass wir ein sehr starkes Wirtschaftswachstum Jahr für Jahr produzieren müssen, was wiederum mit erheblichen Folgekosten verbunden ist.

**déi gréng:** Nein

**LSAP:** Ja

**adr:** Ja

**KPL:** Ja

**déi Lénk:** Ja

**PID:** Ja

**piratepartei:** Keine Meinung

Anm.: Die Piratenpartei hat eine umfassende Reform der sozialen Sicherungssysteme vor, bei der es keine Tabus geben darf. Aktuelle Errungenschaften sollen aber äquivalent beibehalten werden.

## Frage 6:

Teilt Ihre Partei die Ansicht der CGFP, dass eine maximale Indextranche, d.h. ein „gedeckelter Index“, alles andere als sozial ist und zusätzlich den Erhalt der Kaufkraft aller Arbeitnehmer sowie den sozialen Frieden und die globale Gehälterstruktur in Frage stellt?

**CSV:** Die CSV verweist auf ihre Antwort unter Punkt 3 „Soziales“, in der es heißt:

Für uns ist die „Tripartite“ ein Instrument, das sich lange bewährt hat und den sozialen Frieden in Luxemburg sichert. Wir stehen nach wie vor zu diesem Instrument. Wir wollen die Sozialpartner auffordern und unterstützen, den Sozialdialog wieder aufzunehmen.

So wollen wir eine – in unseren Augen notwendige – Reform der Lohnindexierung nach Beratungen mit der „Tripartite“ vorbereiten. Unsere Vorgabe ist höchstens eine Index-Tranche pro Jahr. Gesundheitsschädliche Waren wie Tabak oder Alkohol gehören für uns nicht in den Index-Warenkorb. Umweltschädliche Produkte sollen



prinzipiell ausgeschlossen werden. Unserer Meinung nach sollen ab einer bestimmten Höhe die Spritpreise nicht mehr in der Index-Messung berücksichtigt werden. Heizölpreise und ihre Erhöhungen müssen jedoch weiterhin voll und ganz ihren Niederschlag im Index-Warenkorb finden. Wir wollen zudem eine Konsensanalyse über die Begleitmaßnahmen einer eventuell einzuführenden maximalen Indextranche durchführen.

**DP:** Ja, wir lehnen den sogenannten „gedeckelten Index“ ab, weil er keine zusätzliche Luft für die Unternehmen und damit für sichere Arbeitsplätze bringt und darüber hinaus neue Spannungen im Lohngefüge bewirken wird.

**déi gréng:** Ja

**LSAP:** Ja

**adr:** Ja

**KPL:** Ja

**déi Lénk:** Ja

**PID:** Ja

**piratepartei:** Nein

#### Frage 7:

Ist Ihre Partei bereit, erneut eine gesetzliche Regelung einzuführen, damit die Steuertabelle an die Inflation angepasst werden kann, um so die schleichende Steuererhöhung zumindest teilweise auszugleichen?

**CSV:** Die CSV verweist auf ihre Antwort unter Punkt 4 „Steuerpolitik“, in der es heißt:

Wir wollen nach den großen Steuerreformen der vergangenen zwanzig Jahre erneut eine globale Steuerreform ins Auge fassen. Sie war angesichts der Unwägbarkeiten und Risiken der Wirtschafts- und Finanzkrise in der zurückliegenden Legislaturperiode nicht möglich. Wir können eine substantielle Absenkung der Steuerlast nicht versprechen. Aber wir streben eine ausgewogene Umstrukturierung der Steuerlandschaft an. Die Betriebsbesteuerung muss auch weiterhin zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Arbeits- und Investitionsstandortes Luxemburg beitragen.

Wir sehen auch in Sachen Personenbesteuerung Reformbedarf. Wir werden die Listen der bestehenden Steuergerechtigkeiten dort ausdehnen, wo sie zu mehr Steuergerechtigkeit führen können.

Wir wollen im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten den Steuersatz und seine Progression so glätten, dass die sogenannte Mittelschicht entlastet werden kann. Wir wollen die optionale Individualbesteuerung einführen.

Wir werden die Vermögenssteuer für Privatpersonen nicht wieder einführen. Die Vermögenssteuer der Betriebe bleibt aber bestehen.

Wir werden nicht umhin kommen, die Mehrwertsteuer anzupassen. Damit wird der Ausfall

der durch den elektronischen Handel erzielten Steuereinnahmen teilweise kompensiert. Wir werden dafür sorgen, dass Luxemburg weiterhin den niedrigsten TVA-Regelsatz in Europa behält. Der Mindeststeuersatz auf Grundnahrungsmittel wird nicht erhöht. Er bleibt bei 3 Prozent. Den TVA-Steuer ausfall im Bereich des elektronischen Handels kann man aber nicht nur durch Steuererhöhungen ausgleichen. Zusätzliches Sparen bleibt notwendig.

**DP:** Ja. Die DP steht nach wie vor zum Prinzip einer progressiven Steuertabelle. Wir wollen die Steuertabelle und die Abschreibungsmöglichkeiten mit Rücksicht auf den finanziellen und wirtschaftlichen Kontext überarbeiten, vereinfachen und entbürokratisieren und mehr Gerechtigkeit schaffen. Dabei werden wir auch vor dem Hintergrund der Finanzplatzstrategie hinterfragen, ab welchem Punkt höhere Tarife im Spitzensteuerbereich gesamtstaatlich gesehen zu fallenden Einnahmen führen.

**déi gréng:** Ja

**LSAP:** Nein

**adr:** Ja

**KPL:** Ja

**déi Lénk:** Ja

**PID:** Ja

**piratepartei:** Ja

#### Frage 8:

Spricht sich Ihre Partei bei der Krankenversicherung, genau wie die CGFP, prinzipiell gegen Verschlechterungen der staatlichen Krankenkassenleistungen aus?

**CSV:** Ja

**DP:** Ja. Für die DP steht fest, dass unser Gesundheitssystem weiterhin finanzierbar bleiben muss. Auf Beitragserhöhungen wollen wir nach Möglichkeit verzichten und gleichzeitig alles daran setzen, um unnötige (Verwaltungs-)Ausgaben zu vermeiden. Um die Menschen nicht weiter zu belasten und die Kaufkraft weiter zu schmälern, wollen wir die Beiträge der Versicherten auf dem aktuellen Niveau halten. Ebenso gilt es, aus Wettbewerbsgründen die Arbeitgeberbeiträge nicht anzuheben.

**déi gréng:** Ja

**LSAP:** Ja

**adr:** Ja

**KPL:** Ja

**déi Lénk:** Ja

**PID:** Ja

**piratepartei:** Ja

#### Frage 9:

Das nationale Wahlrecht sollte der CGFP zufolge exklusiv den Staatsangehörigen vorbehalten bleiben, umsomehr alle Möglichkeiten geschaffen wurden, um die luxemburgische Nationalität zu erwerben. Ist das auch der Standpunkt Ihrer Partei?

**CSV:** Ja

**DP:** Nein. Wir denken, dass es auf Dauer nicht gesund ist, fast die Hälfte der Bevölkerung, Menschen, mit denen wir jeden Tag zusammenleben und -arbeiten, von politischen Rechten teilweise oder ganz auszuschließen. Daher haben wir uns klar dafür ausgesprochen, unseren ausländischen Mitbürgern in allen Belangen bei den Europa- und Kommunalwahlen dieselben Rechte zuzugestehen als den Luxemburgern. Wir sind auch immer noch der Meinung, dass eine Debatte über die Ausdehnung des aktiven und passiven Wahlrechts auf die nationalen Wahlen geführt und bis 2016 abgeschlossen werden muss. Neben den sicherlich zu klärenden juristischen und verfassungsrechtlichen Fragen, muss diese Diskussion intensiv, sachlich und im gegenseitigen Respekt mit den Luxemburgern geführt werden. Parteiübergreifend muss sich deshalb das Wort gegeben werden, ohne Polemik an diese Thematik heranzugehen. Wir denken, dass vor allem das grundsätzliche Kriterium der Residenzdauer strenger sein sollte, als wie bei der von uns vorgeschlagenen Reform des Nationalitätsgesetzes. Ausländische Mitbürger, die diese Kriterien erfüllen und sich in die Wählerliste eingetragen haben, müssen wie alle Luxemburger die Wahlpflicht respektieren. Um die politische Kultur zu verbessern, werden wir die im Rahmen der doppelten Staatsbürgerschaft angebotenen Kurse in Bürgerkunde verallgemeinern und flächendeckend allen Interessierten anbieten.

**déi gréng:** Nein

**LSAP:** Nein

**adr:** Ja

**KPL:** Ja

**déi Lénk:** Nein, jeder, der in Luxemburg wohnt und arbeitet, soll nach einer festzulegenden Zeit auch politisch mitbestimmen und an Wahlen teilnehmen können.

**PID:** Das werden die Luxemburger in einem Referendum bestimmen.

**piratepartei:** Nein

#### Frage 10:

Teilen Sie die Befürchtung der CGFP, dass bei fortschreitender Weiterentwicklung der europäischen Integration die Staatsfähigkeit der Mitgliedstaaten zunehmend in Frage gestellt wird und die Nationalparlamente ihre Befugnisse und Souveränitätsrechte zusehends verlieren, falls weitere nationale Kompetenzen zugunsten überstaatlicher Behörden und Strukturen verlagert werden?

**CSV:** Wir denken, dass bestimmte Bereiche besser im Kompetenzbereich der EU aufgehoben sind, andere hingegen gehören in den Kompetenzbereich der Nationalstaaten. Eine

Rückführung europäischer Kompetenzen in nationalstaatliche Zuständigkeit kann gemäß des Subsidiaritätsprinzips Sinn machen, aber nur dort, wo Staaten und Gemeinden die Interessen der Menschen besser gewährleisten können. Wir sind auch der Meinung, dass Europa mehr Kompetenzen braucht, etwa in der Sozialpolitik. Wir sind auf jeden Fall gegen eine Aushöhlung der EU-Kompetenzen, so wie es verschiedene Mitgliedstaaten fordern.

Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass die nationalen Parlamente stärker in den europäischen Entscheidungsprozess eingebunden werden.

Wir werden uns zudem für die Rückkehr zur Gemeinschaftsmethode einsetzen und mit Nachdruck die Rechte kleinerer Mitgliedstaaten verteidigen.

**DP:** Nein. Auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips will die DP ein Europa, das uns erlaubt, jene Aufgaben gemeinsam zu meistern, die wir am besten zusammen angehen können. Hieraus ergibt sich, dass die Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten klar geregelt werden müssen. Die DP wird Sorge tragen, dass der Einfluss der nationalen Parlamente in allen Bereichen der europäischen Zusammenarbeit gestärkt wird.

**déi gréng:** Nein

**LSAP:** Ja

**adr:** Ja

**KPL:** Ja

**déi Lénk:** Ja

**PID:** Ja

**piratepartei:** Nein



**pour une  
fonction  
publique**

- ▶ **indépendante,**
- ▶ **unie**
- ▶ **et solidaire**

## Frage 1: Reformvorhaben im öffentlichen Dienst

Wesentliche Teile der Reform des Beamtendienstrechts sollten bereits zum 1. Januar 2014 in Kraft treten. Nach schwierigen und jahrelangen Verhandlungen hatte die CGFP mit ihrem Dienstherrn einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiss ausgearbeitet, der zumindest in weiten Teilen denen im Parlament seit längerem hinterlegten Gesetzentwürfen entspricht.

- Ist Ihre Partei entschlossen, diesen Kompromiss nach den Wahlen umgehend im Parlament zur Abstimmung zu bringen, ohne vorher wesentliche und bereits ausgehandelte Teile der Reform erneut in Frage zu stellen?
- Es bleibt für die CGFP weiterhin unannehmbar, dass die Entschädigungen für angehende Beamte während der dreijährigen „Stage“-Zeit auf einmal nicht mehr aufgrund des eigentlichen Einstiegsgehaltes (Gehaltsstufe 4), sondern auf der Grundlage einer niedrigeren Ausgangssituation (Stufe 3) berechnet werden sollen. Teilt Ihre Partei die Meinung der CGFP, dass dieser Knackpunkt zu Gunsten der zahlreichen Anwärter zum Staatsdienst umgehend zu beseitigen ist, damit das Reformvorhaben im Interesse beider Verhandlungspartner schnellstmöglich und so wie abgemacht umgesetzt werden kann?

CSV

Die CSV steht zur Reform des öffentlichen Dienstes und zum Gehälterabkommen. Wir betrachten beides als ein gebündeltes Maßnahmen-Paket und wollen es ohne Abstriche in der Sache und im abgemachten Zeitplan verwirklichen.

Wir wollen danach die Reform im öffentlichen Dienst regelmäßig be- und auswerten, um somit am Ende der Legislaturperiode Bilanz ziehen zu können. Dies wird ermöglichen, danach gegebenenfalls nötige Änderungen vorzunehmen.

nen, dass unser Land eine Vorreiterrolle in Europa einnehmen kann, um sie nicht zuletzt auch als Standortvorteil zu nutzen. Dieses Ziel ist nur mit hochmotivierten und gut ausgebildeten Beamten zu erreichen. Vor diesem Hintergrund werden wir prüfen, welche Rahmenbedingungen in der nächsten Legislaturperiode weiter angepasst und/oder ausgebaut werden müssen.

gréng

- déi gréng werden das von der CSV-LSAP Regierung ausgehandelte Abkommen respektieren.

- déi gréng werden das von der CSV-LSAP Regierung ausgehandelte Abkommen respektieren.

DP

- Die DP wird die hinterlegten Gesetzesnovellen nicht grundsätzlich in Frage stellen. Wir sind jedoch der Meinung, dass eine direkte und generelle Einführung des Beurteilungssystems erst nach dem erfolgreichen Ablauf einer Testphase in ausgesuchten Verwaltungen stattfinden soll.

Die neuen Elemente einer modernen Personalführung, die jetzt vorgesehen sind, werden auf ihre Machbarkeit überprüft, nicht zuletzt auch aus Kosteneffizienzgründen.

- Die DP hat sich immer für einen attraktiven öffentlichen Dienst eingesetzt. Eine Reform der staatlichen Verwaltung muss dazu die-

LSAP

- Die LSAP wird die Statuten- und Gehälterreform nicht neu verhandeln. Die Ungereimtheiten, die sich zweifelsohne in den vorgelegten Gesetzesprojekten befinden, werden wir im Rahmen des üblichen Gesetzgebungsprozesses – unter Berücksichtigung der Gutachten des Staatsrates, der Berufskammern und anderer Organisationen und Verbände – und im ständigen Dialog mit den betroffenen Partnern korrigieren.

- Ja, die LSAP teilt in diesem Punkt die Position der CGFP.

adr:

- Nein! Angesichts der schwierigen finanziellen Lage im Staatshaushalt, der für 2013 Anleihen in Höhe von 4,5 Milliarden € vorsieht, dürfen die Löhne nur im Rahmen der derzeit geltenden gesetzlichen Regeln steigen (z.B.: Index, Beförderungen, Annalen). Darüber hinausgehende Gehaltssteigerungen, z.B. durch eine Erhöhung des Punktwerts, kommen wegen der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte nicht in Frage. Es ist in den Augen der ADR nicht vorstellbar, Gehaltserhöhungen zu Lasten zukünftiger Generationen über Schulden zu finanzieren.

Die ADR ist nicht nur gegen die Erhöhung des Punktwerts, sondern auch gegen die Einführung eines Bewertungssystems. Ein solches System ist in der Praxis zum Teil überhaupt nicht praktikierbar und bedingt darüber hinaus einen gewaltigen, zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Die ADR befürchtet außerdem, dass ein solches System nur zu einer Politisierung der Beamenschaft beitragen könnte.

- Es ist eine Tatsache, dass die vergleichsweise hohen Anfangsgehälter im öffentlichen Dienst in einigen Berufssparten eine sehr schwierige Konkurrenzsituation zu Lasten der privaten Betriebe schaffen. Eine Situation in der z.B. hoch qualifizierte Handwerker es aus finanziellen Gründen vorziehen, ihren Beruf aufzugeben, um eine weniger qualifizierte, aber besser bezahlte Arbeit beim Staat zu verrichten, liegt nicht im gesamtwirtschaftlichen Interesse und muss daher korrigiert werden. Die ADR spricht sich hier für eine differenzierte Herangehensweise aus. Anstatt in sehr globalen Kategorien zu denken, sollten die Problembereiche klar identifiziert werden und die Gehaltsstufen und der Karriereverlauf in den betroffenen Berufen so angepasst werden, dass diese Konkurrenzsituation bei den Anfangsgehältern ausgeglichen wird. Der Gesamtverlauf einer Gehaltskarriere sollte von solchen punktuellen Umschichtungen oder zeitlichen Verschiebungen jedoch nicht betroffen sein. Die globale Einstufung und Entlohnung einer Karriere muss den allgemeinen Gehaltsverhandlungen vorbehalten bleiben.

déi Lénk

- Alle positiven Verbesserungen, die vereinbart wurden (Revalorisierung verschiedener Laufbah-

nen, Harmonisierung der Aufstiegsmöglichkeiten, ...), sollen so schnell wie möglich im Parlament zur Abstimmung gebracht werden. Wir werden sie selbstverständlich unterstützen. Verschiedenen Verschlechterungen – wie der Kürzung der Anfangsgehälter und Entschädigung während der „Stage“-Zeit, der undifferenzierten Verlängerung der „Stage“-Zeit auf 3 Jahre, dem geplanten Bewertungssystem, den Übergangsbestimmungen bei der Revalorisierung verschiedener Laufbahnen ... – werden déi Lénk nicht zustimmen.

- déi Lénk wehren sich gegen jegliche Verschlechterung der Anfangsgehälter, sowohl in Bezug auf die Referenzgehaltstufe als auch in Bezug auf die Anerkennung der Vordienstzeit („bonification d’ancienneté“), wo die „Stage“-Jahre und „nicht gearbeitete“ Jahre nicht mehr anerkannt werden.

KPL

- Die KPL ist der Ansicht, dass der zwischen der CGFP und der Regierung ausgehandelte Kompromiss nach den Wahlen vom 20. Oktober 2013 umgehend im Parlament zur Abstimmung gebracht werden muss, ohne dass die erzielten Abmachungen erneut in Frage gestellt werden.

- Die KPL war von Anfang an gegen eine niedrigere Besoldung der angehenden Staatsbeamten und vertritt den Standpunkt, dass das Einstiegsgehalt während der dreijährigen „Stage“-Zeit nicht auf der Grundlage der Gehaltsstufe 3, sondern der Gehaltsstufe 4 berechnet werden muss. Alles andere wäre eine Kürzung des Einstiegsgehalts beim Staat, was die KPL ablehnt.

piratepartei

- Nein

Anm.: Da die Piratenpartei nicht an den Vorarbeiten zu diesem Kompromiss beteiligt war und er unseren Ideen teilweise widerspricht, würden wir uns bei einer umgehenden Abstimmung enthalten müssen.

- Die Piratenpartei setzt sich für eine Gleichbehandlung aller Menschen ein, so auch der angehenden Beamten im Vergleich mit verbeamteten Personal.

## Frage 2: Besoldungsabkommen

Auf Grund wechselnder wirtschaftlicher und finanzieller Voraussetzungen gab die CGFP ihre Zustimmung, das im Juli 2011 eingegangene Besoldungsabkommen zeitlich zu verschieben: Die Auszahlung einer Einmalprämie von 0,9 Prozent des Jahresgehalts erfolgt somit erst im Juli 2014, eine Anhebung des Punktwertes um 2,2 Prozent wurde gar auf 2015 verlegt.

- Gibt Ihre Partei heute die feste Zusage, dass das Abkommen in dieser Form und nach diesem Zeitplan umgesetzt wird?
- Teilt Ihre Partei die Meinung der CGFP, dass es sich beim geplanten Reformvorhaben im öffentlichen Dienst und bei dem im Juli 2011 ausgehandelten Besoldungsabkommen um ein gebündeltes Maßnahmenpaket handelt, das so nur in seiner Gesamtheit umgesetzt werden kann?

DP

- & b) Wir wollen einen effizienten und modern geführten öffentlichen Dienst. Wir sind allerdings seit Beginn der Verhandlungen, genauso wie andere Parteien, nicht damit einverstanden gewesen, eine inhaltliche Reform mit einem Gehälterabkommen zu verbinden. Die DP steht zu ihrer Meinung, dass ein Gehälterabkommen vor dem Hintergrund der desaströsen Finanzlage des Staates nicht zu rechtfertigen ist. Die DP hat sich in guten Zeiten immer dafür eingesetzt, dass der öffentliche Dienst am Wachstum teilhaben soll. In Zeiten allerdings, in denen die Wirtschaft insgesamt mit Stagnation und Negativwachstum konfrontiert ist und in denen die Arbeitslosenzahlen steigen, sind wir der Meinung, dass Gehaltsverbesserungen im öffentlichen Dienst nicht zu rechtfertigen sind. Wir wollen nicht auf der einen Seite die öffentlichen Gehälter verbessern und zur Gegenfinanzierung dieser Entscheidung auf der anderen Seite Ausgaben kürzen oder Steuern erhöhen.

CSV

Die CSV verweist auf ihre Antwort unter Frage 1, in der es heißt: Die CSV steht zur Reform des öffentlichen Dienstes und zum Gehälterabkommen. Wir betrachten beides als ein gebündeltes Maßnahmen-Paket und wollen es ohne Abstriche in der Sache und im abgemachten Zeitplan verwirklichen. Wir wollen danach die Reform im öffentlichen Dienst regelmäßig be- und auswerten, um somit am Ende der Legislaturperiode Bilanz ziehen zu können. Dies wird ermöglichen, danach gegebenenfalls nötige Änderungen vorzunehmen.

gréng

- déi gréng werden das von der CSV-LSAP-Regierung ausgehandelte Gehälterabkommen respektieren.

- Ja

Vorschläge von déi gréng zu den Reformvorhaben im Öffentlichen Dienst und zum Besoldungsabkommen:

Ein effizienter öffentlicher Dienst mit engagierten Beamten

Der Staat und seine Verwaltungen sollen im Dienste der Menschen stehen.



Déi gréng wünnen sech eng kompetent Verwaltung, déi öffentlech Programmen effizient umsetzt. Ein starker Staat braucht eng innovativ Verwaltung, déi d'Bürger an Bürgerinnen als Kunden ansieht an se bei der Gestaltung neuer Dienstleistungen mat einbezieht.

déi gréng werden:

- die Weiterbildung an Weiterentwicklung der Staatsangestellten an Beamten an Beamtinnen konsequent fördern an den demographischen Entwicklungen in der Gesellschaft an in der Verwaltung Rechnung tragen;
- den Staat als attraktiven Arbeitgeber stärken durch das Angebot an vielfältigen Berufen, modernen Organisationsformen an -Strukturen an neuen Arbeitsmethoden an auf diese Weise den Mitarbeitern an Mitarbeiterinnen interessante Karrieren an Perspektiven bieten;
- die Möglichkeiten der digitalen Verwaltung nutzen, um den Austausch der Informationen mit den Bürgerinnen an Bürgern transparenter, flexibler an einfacher zu gestalten;
- das von der CSV-LSAP-Regierung ausgehandelte Gehälterabkommen respektieren, das für die Periode 2014-2015 gelten soll, an für 2016-2017 ein neues Abkommen aushandeln;
- im zukünftigen Gehälterabkommen, vorrangig qualitative Elemente vorsehen, beispielsweise bessere Aus- an Weiterbildungsmöglichkeiten, Lebensarbeitszeitkonten, zusätzlicher Urlaub an spezielle Vergünstigungen in der Mobilität (z.B. Jobtickets), Gesundheit am Arbeitsplatz;
- das ausgehandelte neue Beamtenstatut respektieren. Das Disziplinarrecht wollen wir jedoch im Sozialdialog zur Diskussion stellen.



- a) Ja, die LSAP wird das Gehälterabkommen wie vereinbart umsetzen.
- b) Die LSAP teilt die Meinung der CGFP, dass beide Abkommen ein Paket darstellen an gemeinsam umgesetzt werden müssen.



- a) & b) Nein zu beiden Fragen, mit derselben Begründung wie zu Frage 1.

## déi Lénk

- a) Die von Regierungsseite vorgeschobenen Argumente zur Verschiebung des Abkommens von Juli 2011 auf Juli 2014 waren schon mehr als fragwürdig. Dieses Abkommen muss jetzt ohne Wenn an Aber umgesetzt werden.
- b) déi Lénk sind der Meinung, dass das Besoldungsabkommen auf jeden Fall in Kraft treten muss, auch dann, wenn Teile des Reformvorhabens nicht umgesetzt würden.



- a) Die KPL hatte sich seinerzeit dagegen ausgesprochen, das im Juli 2011 eingegangene Besoldungsabkommen zeitlich zu verschieben an die Anhebung des Punktwertes auf 2015 zu verlegen. Sie unterstützt aber die Forderung der Gewerkschaft, dass das zwischen der CGFP an der Regierung ausgehandelte Abkommen nun auch in der abgemachten Form an nach dem festgehaltenen Zeitplan umgesetzt werden muss.
- b) Die KPL teilt die Ansicht der CGFP, dass das Reformvorhaben im öffentlichen Dienst an das Besoldungsabkommen ein gebündeltes Maßnahmenpaket sind, das in seiner Gesamtheit umgesetzt werden muss.



- a) Nein.

Anm.: Dies ist für die Piratenpartei eine unmöglich zu treffende Aussage, da sie an dem Verfahren nicht beteiligt war an wichtige Informationen nicht öffentlich vorliegen.

- b) Wir teilen diese Meinung insofern, als wir uns bewusst sind, dass Einzelmaßnahmen so keine Zustimmung gefunden hätten. Dies bedeutet, dass wir einer selektiven Umsetzung negativ gegenüber stehen.

## Frage 3: Soziales

- a) Stellen Sie die Auffassung der CGFP, dass zur Absicherung der Kaufkraft der Arbeitnehmer die Wiederherstellung des traditionellen Index-Mechanismus unumgänglich ist? Bestätigen Sie des Weiteren die Auffassung der CGFP, dass die vom Patronat geforderte Deckelung des Index in Wirklichkeit einer Denaturierung gleichkommt, welche die Besoldungsstruktur vornehmlich im öffentlichen Dienst über den Haufen wirft an nicht einmal technisch durchführbar ist?
- b) Ist Ihre Partei, genauso wie die CGFP, gegen jede über die Gebrauchsgewohnheiten hinausgehende Umgestaltung des Index-Warenkorbs, da eine solche, wie auch immer gelagerte Anpassung mit einer Aushöhlung des bewährten Indexsystems gleichzustellen ist?
- c) Wie gedenken Sie den seit Jahren gestörten, aber für das Luxemburger Sozialmodell notwendigen Dialog auf Tripartite-Niveau wiederzubeleben?
- d) Wie steht Ihre Partei zur Forderung der CGFP hinsichtlich der Einführung von:
1. einer Zusatzpension im öffentlichen Dienst (nach den Bestimmungen des zweiten Pfeilers der Altersvorsorge), von der die öffentlich Bediensteten auf verfassungsunrechtmäßige Weise noch immer ausgeschlossen sind?
  2. Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst, wissend, dass das im Jahre 2007 von der Regierung unterzeichnete Besoldungsabkommen mit der CGFP dies bereits ausdrücklich vorsah?



Für uns ist die „Tripartite“ ein Instrument, das sich lange bewährt hat an den sozialen Frieden in Luxemburg sichert. Wir stehen nach wie vor zu diesem Instrument. Wir wollen die Sozialpartner auffordern an unterstützen, den Sozialdialog wieder aufzunehmen.

So wollen wir eine – in unseren Augen notwendige – Reform der Lohnindexierung nach Beratungen mit der „Tripartite“ vorbereiten. Unsere Vorgabe ist höchstens eine Index-Tranche pro Jahr. Gesundheitsschädliche Waren wie Tabak an Alkohol gehören für uns nicht in den Index-Warenkorb. Umweltschädliche Produkte sollen prinzipiell ausgeschlossen werden. Unserer Meinung nach sollen ab einer bestimmten Höhe die Spritpreise nicht mehr in der Index-Messung berücksichtigt werden. Heizölpreise an ihre Erhöhungen müssen jedoch weiterhin voll an ganz ihren Niederschlag im Index-Warenkorb finden. Wir wollen zudem eine Konsensanalyse über die Begleitmaßnahmen einer eventuell einzuführenden maximalen Indextranche durchführen.

Wir wollen Lebensarbeitszeitkonten einführen, sowohl im privaten wie auch im öffentlichen Sektor. Die entsprechenden Gesetzesvorlagen sollen umgesetzt werden.



- a) & b) Die Regierung hat sich im Anschluss an die gescheiterte „Tripartite“ bei der Frage des Index darauf geeinigt, bis 2014 nur maximal eine Indextranche pro Jahr anfallen zu lassen. Diese Entscheidung läuft nach 2014 aus, so dass sich die Frage der Zukunft des Index erneut stellt.

Wir denken, dass die Solidarität in der Gesellschaft bestehen bleiben muss. Wir rufen deshalb zu einem solidarischen Akt in der Indexfrage für diejenigen auf, die zurzeit am meisten unter der Wirtschaftskrise zu leiden haben, nämlich den jugendlichen Arbeitslosen. Der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft trifft sie am härtesten. Wir wollen deshalb mit den Arbeitgebern an Arbeitnehmern einen „Solidarpakt für die Jugend an gegen die Jugendar-

beitslosigkeit“ aushandeln. Wir wollen seitens der Arbeitgeber ein Engagement bekommen, die Jugendarbeitslosigkeit zusammen mit der ADEM spürbar zu verringern bzw. die Ausbildung vieler Jugendlicher zu verbessern. Als Gegenleistung schlagen wir vor, zumindest eine Indextranche ausfallen zu lassen. Die Anpassung darf maximal einmal pro Jahr erfolgen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu steigern an die Mittel frei zu machen für eine aktive an messbare Politik gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Diesen Solidarpakt wollen wir umgehend aushandeln.

Wir wollen darüber hinaus den Warenkorb überarbeiten bzw. die Gewichtung verschiedener Produkte (Tabak, Energie,...) neu ordnen an den Mechanismus dauerhaft auf maximal eine Indextranche pro Jahr begrenzen.

Die DP möchte an dieser Stelle klarstellen, dass sie den sogenannten „gedeckelten Index“ ablehnt, weil er keine zusätzliche Luft für die Unternehmen an damit für sichere Arbeitsplätze bringt an darüber hinaus neue Spannungen im Lohngefüge bewirken wird.

Das beste Mittel, um die Kaufkraft der Menschen an die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten, ist eine niedrige Inflation. Wirtschaft an Arbeitnehmer haben ein gemeinsames Interesse an einer niedrigen Inflation. Wir wollen in diesem Sinn den Sozialdialog zwischen Unternehmen an Gewerkschaften im Wirtschafts- an Sozialrat, in der „Tripartite“ an anderen Gremien wieder in Gang bringen.

c) Die Sicherung hoher sozialer Standards ist der Ausgangspunkt unserer Überlegungen. Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Die beste soziale Absicherung ist noch immer ein Arbeitsplatz. Wir kämpfen für sichere Arbeitsplätze. Wir stehen zu hohen Sozialstandards. Aber niemand kann diesen Kampf allein gewinnen. Wir müssen uns alle anstrengen, damit jeder für sich, aber auch die Gesellschaft insgesamt unsere gemeinsamen Ziele erreichen. Wir wollen in diesem Sinn den Sozialdialog zwischen Unternehmen an Gewerkschaften im Wirtschafts- an Sozialrat, in der „Tripartite“ an anderen Gremien wieder in Gang bringen.

d-1) Die Eigenvorsorge der Menschen wurde in der vergangenen Rentenreform außen vor gelassen. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Betriebs- an Privatrenten haben bisher einen relativ bescheidenen Erfolg gehabt. Wir wollen deshalb die gesetzlichen an steuerlichen Bestimmungen überprüfen an ggf. verbessern, damit die Menschen, die mehr Rente haben wollen als das öffentliche System bieten kann, sich mittels attraktiver Instrumente zusätzlich selbst versorgen können. Dabei wollen wir nicht Menschen mit sehr hohem Einkommen begünstigen, die sowieso ausreichend finanzielle Mittel zur Eigenvorsorge haben an nicht auf steuerliche Entlastungen angewiesen sind, sondern vor allem Menschen mit niedrigerem an mittlerem Einkommen.

d-2) Die Regierung hat in dieser Legislaturperiode eine Gesetzesnovelle, die die Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst einführen soll, im Parlament hinterlegt. Die DP wird sich für die Verabschiedung dieser Gesetzesnovelle einsetzen.



- a) Ja
- b) déi gréng sind gegen eine Aushöhlung des Indexsystems.
- c) Wir wollen das Luxemburger Sozialmodell wieder beleben durch regelmäßige sektorielle an nationale Runde Tische.
- d 1+2) déi gréng stehen sowohl der Forderung einer Zusatzpension im

Öffentlichen Dienst wie der Einführung von Zeitsparkonten positiv gegenüber.

Vorschläge von déi gréng zum Indexsystem

déi gréng werden:

- das normale, nicht modulierte Indexsystem wieder einführen. Die Indexmodulation, die nur ma-

ximal eine Indextranche pro Jahr vorsieht, soll wie vorgesehen Ende 2014 auslaufen. Wenn es in einer außergewöhnlichen Krisensituation in Zukunft dennoch notwendig erscheinen sollte, das Indexsystem

der automatischen Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten zeitweise auszusetzen, sollte dies gemeinsam von und mit den Sozialpartnern verhandelt werden.



a) Die LSAP spricht sich klar für die Rückkehr zum traditionellen Index-Mechanismus aus. Sollte sich eine mehrfache Indexauszahlung pro Jahr aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung als nicht verkraftbar erweisen, wird die LSAP im Dialog mit den Sozialpartnern erneut für eine Übergangsregelung eintreten, die mindestens eine Indextranche pro Jahr vorsieht. Den gedeckelten Index lehnt die LSAP u.a. aus den oben genannten Gründen strikt ab.

b) Ja, die LSAP lehnt eine Manipulierung des Warenkorbs, die über die üblichen Anpassungen an die Konsumgewohnheiten der Haushalte hinausgeht, ab.

c) Die LSAP ist der festen Überzeugung, dass der institutionalisierte Sozialdialog zu einem der zentralen Erfolgsfaktoren des Luxemburger Modells gehört, und wird sich dafür einsetzen, dass die Tripartite wiederbelebt wird. Gemeinsam mit den betroffenen Sozialpartnern werden wir mögliche Reformansätze (Zusammensetzung, Form, Vorbereitung, etc.) ausloten.

d-1) Die LSAP wird eine Reform des Gesetzes über betriebliche Zusatzversicherungen einleiten und auch ein Angebot von freiwilligen nicht-betrieblichen Zusatzversicherungen vorsehen, die keinem Gewinnzweck folgen.

d-2) Die LSAP ist grundsätzlich bereit, über die Einführung von Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst zu verhandeln.



a), b), c) & d) Die ADR ist ohne Wenn und Aber für den Erhalt des Index-Mechanismus. Beim Warenkorb ist die ADR damit einverstanden, dass Tabakprodukte und deren Akziserhöhungen aus gesundheitspolitischen Erwägungen nicht durch Preisindexerhöhungen ausgeglichen werden dürfen. Die ADR setzt konsequent auf die Bekämpfung der Inflation, auch der hausgemachten, damit der Index-Mechanismus nicht die Kompetitivität in Frage stellt.

Die Tripartite muss ein begleitendes Organ sein, um bei politischen Entscheidungen zu beraten, darf sich aber der Politik nicht substituieren. Der Sozialdialog muss besser strukturiert werden, z.B. über den Conseil économique et social.

Die Frage der Zusatzpensionen im 2. Pfeiler, also mit Beteiligung vom Arbeitgeber (Staat), müsste an die Bemessungsgrenze gekoppelt werden (aktuell 5 x den Mindestlohn). Es scheint, als sei die aktuelle Regelung für Staatsbeamten günstiger. Die Entscheidung zwischen einerseits Pension mit Obergrenze und Zusatzpension oder andererseits Pension ohne Obergrenze und ohne Zusatzpension muss den Verhandlungspartnern überlassen werden.

Die ADR widersetzt sich nicht der Einführung von Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst, sofern die Dienstleistungen am Kunden nicht davon betroffen sind.



a) déi Lénk stehen uneingeschränkt zur automatischen Indexbindung der Löhne, Gehälter, Pensionen und Sozialleistungen. Der Index-Mechanismus ist ein Garant zum Ausgleich des Kaufkraftverlustes und kein Instrument, um Lohnpolitik zu machen. Déi Lénk lehnen sowohl die sogenannte „Deckelung“ des Indexes als auch jegliche Verschiebung geschuldeter Tranchen ab. Die Krise darf nicht zum Vorwand genommen werden, die Einkommen weiter zugunsten der Unternehmer, auf Kosten der Schaffenden und Bediensteten, umzuverteilen.

b) déi Lénk wehren sich gegen jegliche Manipulation des Indexes, auch gegen die von ihnen beschriebene Umgestaltung des Warenkorbs.

c) déi Lénk sind der Meinung, dass das Patronat nicht weiterhin hemmungslos über Wirtschaft, Staat, Mensch und Natur verfügen darf. Der Verfügungsgewalt der Unternehmer muss das Recht der Schaffenden und Bürger auf Mitbestimmung und Mitgestaltung ihrer Zukunft entgegengesetzt werden. Nur unter diesen Voraussetzungen kann ein sogenannter Sozialdialog auf betrieblicher, ebenso wie auf sektorieller und nationaler Ebene (Tripartite) Sinn erhalten.

d-1) Jedem Mensch muss über die gesetzliche, allgemeine Rente/Pension ein angemessenes Ruhegehalt zugesichert werden. déi Lénk stehen Zusatzpensionen allgemein skeptisch gegenüber, da diese oftmals dazu dienen, allzu niedrige Pensionen mit Hilfe privater Pensionsfonds aufzubessern. déi Lénk widersetzen sich kollektiven Zusatzpensionen auf Betriebsebene jedoch keineswegs, vorausgesetzt, diese sind finanziell abgesichert.

d-2) déi Lénk sind für Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst. Dabei ist darauf zu achten, dass Zeitsparkonten weder dazu führen dürfen, dass die Bediensteten „flexibler“ sein müssen, noch dazu, dass der normale Jahresurlaub nicht mehr zur Erholung genutzt wird. Außerdem sind déi Lénk der Meinung, dass die von der Regierung vorgelegten Projekte zu kompliziert sind und – zusammen mit den jeweiligen Gewerkschaften und Berufskammern – wesentlich vereinfacht werden könnten.



a) Die KPL manifestierte seit 2006 wiederholt gegen die Indexmanipulation und lehnt jede Indexmanipulation, auch eine sogenannte „Deckelung“ des Index kategorisch ab. Die KPL teilt die Auffassung der CGFP, dass der Index-Mechanismus, der die automatische Anpassung der Löhne an die Inflation garantiert, sofort wieder eingeführt werden muss.

b) Die KPL lehnt eine über die Gebrauchsgewohnheiten hinausgehende Umgestaltung des Index-Warenkorbs ab, da dies einer Aushöhlung des Indexsystems gleichkommen würde.

c) Die KPL befürwortet einen Dialog zwischen den Gewerkschaften, der Regierung und dem Kapital, ist aber der Ansicht, dass eine weitere Manipulation oder die Abschaffung des Index sowie Verschlechterungen im Renten- und Sozialwesen nur abgewendet werden können, wenn die Gewerkschaften die Schaffenden massiv gegen die vom Kapital und der Regierung geplanten sozialen Verschlechterungen mobilisieren. „Kompromisse“, wie sie in der Vergangenheit in der Tripartite eingegangen wurden, oft unter dem Deckmantel der „nationalen Solidarität“, endeten immer mit einer einseitigen Belastung der schaffenden Menschen.

d-1) Die KPL unterstützt die Forderung der CGFP hinsichtlich der Einführung einer Zusatzpension im öffentlichen Dienst nach den Bestimmungen des zweiten Pfeilers der Altersvorsorge. Prinzipiell ist die KPL der Ansicht, dass alle Renten im öffentlichen und im Privatsektor so hoch sein müssen, dass sie es den Schaffenden erlauben, ein würdiges Leben zu führen, ohne dass auf Zusatzpensionen zurückgegriffen werden muss.

d-2) Die KPL unterstützt die Forderung der CGFP hinsichtlich der Einführung von Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst.



a) Nein

b) Nein

c) Die Piratenpartei will schnellstmöglichst (jedoch nach den Berufskammerwahlen) eine erneute Tripartite-Sitzung einberufen.

d-1) Da wir die Einführung eines wahren „statut unique“ befürworten, würden öffentlich Bedienstete automatisch auch in den Genuss einer Zusatzpension kommen.

d-2) Würden wir im Rahmen der Flexibilisierung der Arbeitszeit sofort einführen wollen.

Frage 4: Steuerpolitik

a) In der Vergangenheit hat sich die Steuerlast in Luxemburg massiv zu Lasten der Privathaushalte (sie zahlen zwei Drittel der direkten Steuern) und zu Gunsten der Unternehmen (nur ein Drittel) verschoben. Was wird Ihre Partei dazu beitragen, mittelfristig hier erneut Steuergerechtigkeit herbeizuführen?

b) Ist Ihre Partei bereit, eine Reform hin zu einer progressiven und gerechten Steuerpolitik in Angriff zu nehmen, welche vornehmlich Lohnempfänger mit mittleren Einkommen entlasten könnte?

c) Drängt sich Ihrer Ansicht nach kurz- bis mittelfristig eine lineare oder eine anders gelagerte Anhebung der Mehrwertsteuer in Luxemburg auf, obwohl eine solche Maßnahme unserer Meinung nach sozial ungerecht ist und die Kaufkraft allgemein negativ beeinflusst?



Wir wollen nach den großen Steuerreformen der vergangenen zwanzig Jahre erneut eine globale Steuerreform ins Auge fassen. Sie war angesichts der Unwägbarkeiten und Risiken der Wirtschafts- und Finanzkrise in der zurückliegenden Legislaturperiode nicht möglich.

Wir können eine substantielle Absenkung der Steuerlast nicht versprechen. Aber wir streben eine ausgewogene Umstrukturierung der

Steuerlandschaft an. Die Betriebsbesteuerung muss auch weiterhin zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Arbeits- und Investitionsstandortes Luxemburg beitragen.

Wir sehen auch in Sachen Personenbesteuerung Reformbedarf. Wir werden die Listen der bestehenden Steuerkredite dort ausdehnen, wo sie zu mehr Steuergerechtigkeit führen können.

Wir wollen im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten den Steuersatz und seine Progression so glätten, dass die sogenannte Mittelschicht entlastet werden kann. Wir wollen die optionale Individualbesteuerung einführen.

Wir werden die Vermögenssteuer für Privatpersonen nicht wieder einführen. Die Vermögenssteuer der Betriebe bleibt aber bestehen.

Wir werden nicht umhin kommen, die Mehrwertsteuer anzupassen. Damit

wird der Ausfall der durch den elektronischen Handel erzielten Steuereinnahmen teilweise kompensiert. Wir werden dafür sorgen, dass Luxemburg weiterhin den niedrigsten TVA-Regelsatz in Europa behält. Der Mindeststeuersatz auf Grundernährungsmittel wird nicht erhöht. Er bleibt bei 3 Prozent. Den TVA-Steuer ausfall im Bereich des elektronischen Handels kann man aber nicht nur durch Steuererhöhungen ausgleichen. Zusätzliches Sparen bleibt notwendig.



a) & b) & c) Die DP möchte die steuerpolitische Flickschusterei der vergangenen Jahre beenden. Mit dem einzigen Ziel, zusätzliche Einnahmen für den Staatshaushalt zu gewinnen, wurden von der Regierung die Steuern erhöht, ohne Rücksicht auf die daraus resultierenden negativen Effekte und den damit einhergehenden Vertrauensverlust in den Standort Luxemburg: Eine Krisensteuer wurde eingeführt und gleich wieder abgeschafft, die Solidaritätssteuer und der Spitzensteuersatz erhöht, eine Mindeststeuer für Unternehmen eingeführt.

Die Steuerpolitik der DP will das verlorengegangene Vertrauen wieder herstellen. Dafür brauchen wir durchdachte Entscheidungen und eine klare Zukunftsstrategie. Wer die DP wählt, tritt für eine allgemeine Steuerreform ein, mit dem Ziel, neue Wirtschaftsimpulse entstehen zu lassen, Arbeitsplätze zu sichern bzw. zu schaffen und eine angemessene Antwort auf die modernen familienpolitischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen zu geben.

Das gesamte Steuergesetz Luxemburgs (Lohn-, Betriebs-, Verbrauchs-, Vermögensbesteuerung usw.) muss nicht zuletzt aufgrund europäischer Har-



monisierungsbestrebungen, aber vor allem aufgrund neuer politischer Herausforderungen und Zielsetzungen (Impulse für Wirtschaft, neue Formen des Zusammenlebens, Familie/Kinder, Mobilität, Umwelt,...) grundsätzlich überarbeitet, modernisiert und in Einklang mit bestehenden Transfer- und Subventionssystemen gebracht werden.

Wer die DP wählt, will eine grundsätzliche Reform der Lohnsteuer. Die DP steht nach wie vor zum Prinzip einer progressiven Steuertabelle. Wir wollen die Steuertabelle und die Abschreibungsmöglichkeiten mit Rücksicht auf den finanziellen und wirtschaftlichen Kontext überarbeiten, vereinfachen und entbürokratisieren und mehr Gerechtigkeit schaffen. Dabei werden wir auch vor dem Hintergrund der Finanzplatzstrategie hinterfragen, ab welchem Punkt höhere Tarife im Spitzensteuerbereich gesamtstaatlich gesehen zu fallenden Einnahmen führen.

Die Regierung hat bis heute nicht klarmachen können, wie hoch der tatsächliche Finanzierungsbedarf in den öffentlichen Haushalten sein wird, da sie kein chiffriertes Konsolidierungsprogramm vorgelegt hat. Es wurde sich darauf beschränkt, auf künftige Gefahren wie den Wegfall der Mehrwertsteuereinnahmen aus dem elektronischen Handel hinzuweisen, ohne jedoch ein Ausstiegsszenario zu präsentieren. Der von der DP geforderte Kassensturz, gepaart mit den von uns geforderten Konsolidierungsanstrengungen, wird zeigen, wie hoch der Finanzierungsbedarf tatsächlich ist.

Im Vorfeld einer Mehrwertsteuerrückblick wollen wir zudem klären, welchen Einfluss dieser Schritt auf die Konkurrenzsituation des Luxemburger Handels mit der Großregion hätte, welche Gegeneffekte (Index, steigende Kosten im Gesundheits- und Pflegewesen, ...) zu erwarten wären und inwiefern diesen Effekten entgegen zu steuern ist.

In jedem Fall streben wir vor dem Hintergrund dieser Analysen nach Möglichkeit eine selektive Reform an, die sich nicht nur auf die Mehrwertsteuersätze beschränkt, sondern auch die Klassifizierung der Produkte überarbeitet bzw. die Produkte in Zusammenhang mit anderen Steuern wie z.B. die Akzisenabgabe (cf. Zigaretten, Alkohol) anpasst.



a), b) & c) déi gréng werden eine generelle ökologische Steuerreform umsetzen, welche die Gesamtsteuerlast nicht erhöht und sozial abgesichert ist. Das erreichen wir über eine Verschiebung der Steuerlast: Arbeit soll weniger und Ressourcenverbrauch stärker belastet werden. In Zusammenarbeit mit einem Wirtschaftsinstitut und nach Möglichkeit mit der Universität Luxemburg soll binnen der ersten zwei Jahre der kommenden Legislaturperiode ein ökologisches Steuerkonzept entworfen und anschließend in die Praxis umgesetzt werden;

déi gréng sind gegen eine TVA-Erhöhung, so wie sie die Regierung vorschlägt. Die Priorität liegt für uns auf einer großen Reform von Einkommens-, Körperschafts- und Kapitalbesteuerung, ein Screening der Staatsfinanzen.

Vorschläge von déi gréng zur Finanz- und Steuerpolitik

déi gréng werden:

- solide Rahmenbedingung für die Haushaltsanierung festlegen, indem zwei Drittel der notwendigen Konsolidierung über soziale Umverteilung und ein progressiveres Steuersystem und ein Drittel über sinnvolle Sparmaßnahmen erreicht werden;
- zahlreiche Haushaltsposten so umschichten, dass zukunftsrelevanten Investitionen und Ausgaben der Vorrang gegeben wird. Wir werden unseren Wohlstand erhalten durch öffentliche Investitionen in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Forschung, Bildung und sanfte Mobilität;
- ein Screening aller staatlichen Ausgaben durchführen und staatliche Subventionen auf ihre Zielgerichtetheit und Qualität hin überprüfen;
- die Luxemburger Steuergesetzgebung modernisieren und gleichzeitig legale Steuerschlupflöcher reduzieren. So werden ehrliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlastet und die Staatseinnahmen trotzdem gestärkt;
- einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Steuerbehörden setzen. Sie müssen personell aufgestockt werden, damit sie Steuerprüfungen flächendeckend, effizient und schnell durchführen können. Zu zahlreich sind die Bereiche der Personen- und Betriebsbesteuerung, in denen Einkommen nicht ordnungsgemäß angegeben werden, ohne dass das Steueramt eingreift. Dies untergräbt die Steuergerechtigkeit und die Steuermoral der Bürgerinnen und Bürger;
- die Abschreibungsmöglichkeiten nach sozial- und umweltpolitischen Kriterien überprüfen. Beispielsweise die Kilometerpauschale, die bisher eine Mobilität fördert, die vom Erdöl abhängig ist und damit die falschen Akzente setzt. Vorstellbar wäre, dass sie für Menschen erhalten bleibt, die Nachtschichten arbeiten oder deren Arbeitszeiten außerhalb der regulären Bürozeiten liegen. Das Einsparpotential beläuft sich auf über 25 Millionen Euro;
- eine allgemeine Individualbesteuerung einführen, die alle Menschen gleich behandelt, ob verheiratet oder nicht;
- die Reform der Grundsteuer vorantreiben. Auf diese Weise können wir die Gemeindefinanzen stärken und eine effizientere Flächennutzung fördern;
- Veräußerungsgewinne bei Immobilienverkäufen konsequent besteuern, beispielsweise, indem wir die Möglichkeit abschaffen, die Gewinnbesteuerung auf Immobilienverkäufen über Immobilienfonds zu vermeiden. Darüber hinaus die Besteuerung des Wertzuwachses bei der Umwandlung von Agrar- in Bauland reformieren und verstärken;
- eine generelle ökologische Steuerreform umsetzen, welche die Gesamtsteuerlast nicht erhöht und sozial abgesichert ist. Das erreichen wir über eine Verschiebung der Steuerlast: Arbeit soll weniger und Ressourcenverbrauch stärker belastet werden. In Zusammenarbeit mit einem Wirtschaftsinstitut und nach Möglichkeit mit der Universität Luxemburg soll binnen der ersten zwei Jahre der kommenden Legislaturperiode ein ökologisches Steuerkonzept entworfen und anschließend in die Praxis umgesetzt werden;
- die Tendenz zur weiteren Absenkung der Körperschaftssteuer stoppen. Wir werden uns jedoch gezielten steuerlichen Anreizen nicht widersetzen, wenn diese helfen, einzelne bestehende Wirtschaftszweige zu stützen oder neue, innovative Sektoren zu schaffen. Auch unsere Wirtschaftsförderinstrumente müssen einer Nachhaltigkeitsprüfung unterzogen werden;
- sich national und international dafür einsetzen, die Steuervermeidungspraxis großer, international agierender Betriebe zu unterbinden. Sie geht zu Lasten der Steuerzahler, der Funktionsfähigkeit des Staates und der regional aufgestellten kleinen und mittelgroßen Unternehmen, die hierdurch einem unlauteren Wettbewerb ausgesetzt sind;
- arbeitsintensive Betriebe möglichst steuerlich begünstigen, da auf diese Weise dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen am Besten gedient ist.



a) Die LSAP wird in der kommenden Legislaturperiode eine große Steuerreform durchführen, die auf eine gerechtere Verteilung der Lasten abzielt, indem sie für mehr Ausgewogenheit bei der Besteuerung von Arbeit und Kapital, Betrieben und Privatpersonen sowie direkten und indirekten Steuern sorgen wird. Der Faktor Arbeit muss dabei entlastet werden, während Unternehmenseinnahmen und Kapitalerträge unter Berücksichtigung erhöhter Freibeträge für Kleinsparer wieder verstärkt zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen müssen. Dazu gehören u.a. eine wirksame Minimalbesteuerung aller gewinnbringenden Unternehmen und die Schließung von Steuerschlupflöchern.

b) Ja. Im Rahmen einer umfassenden Steuerreform werden die Sozialisten u.a. dafür sorgen,

- dass „breite“ Schultern mehr zur Finanzierung eines solidarischen Gemeinwesens beitragen als „schmale“ Schultern: In diesem Sinne werden die Sozialisten eine Reichensteuer einführen: Die LSAP hält die Einführung eines Steuersatzes von 45% ab einem Steuereinkommen von 200.000 Euro in der Steuerklasse 1 bzw. 400.000 Euro in der Steuerklasse 2 für zumutbar, parallel dazu wird der sogenannte Mittelstandsbuckel im Sinne von mehr Steuergerechtigkeit abgeschwächt: Der Spitzensteuersatz wird somit erst bei einem wesentlich höheren Jahreseinkommen als bislang einsetzen;
- dass die einzelnen Steuerklassen, insbesondere die Steuerklasse 1A, und Abschläge im Sinne der Chancengerechtigkeit auf ihre Zweckmäßigkeit hin überprüft werden und

die Steuergesetzgebung vereinfacht bzw. transparenter ausgerichtet wird;

- dass die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird unter Berücksichtigung eines angemessenen Freibetrags;
- dass die Solidaritätssteuer an die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und die Ausgaben des Beschäftigungsfonds gekoppelt wird;
- dass die Anpassung der Steuertabelle an die Preisentwicklung im Rahmen der haushaltspolitischen Zumutbarkeit erfolgt;
- dass der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht auf nationaler und internationaler Ebene fortgesetzt und intensiviert wird: Bei begründetem Verdacht auf Steuerhinterziehung oder Steuerbetrug sollte das Bankgeheimnis auch gegenüber Luxemburger Steuerbehörden aufgehoben und Geldstrafen von der Steuerverwaltung verhängt werden können;
- dass Steuerschulden konsequent eingetrieben werden.

c) Die LSAP ist der Ansicht, dass den Wählerinnen und Wählern in der Frage einer eventuellen Erhöhung der Mehrwertsteuer reiner Wein eingeschenkt werden sollte: Eine solche wird im Rahmen einer globalen Steuerreform kein Tabu sein, wenn es darum geht, wegfallende Steuereinnahmen im Bereich des elektronischen Handels teilweise wettzumachen: Die LSAP wird in diesem Zusammenhang darauf achten, dass der TVA-Minimalsatz für Güter des täglichen Bedarfs nicht angetastet wird und Luxemburg den niedrigsten TVA-Regelsatz in der EU behält.



a), b), & c) Die ADR spricht sich allgemein gegen Steuererhöhungen aus. Der Staatshaushalt muss in erster Linie über die Reduzierung auf der Ausgabenseite ins Gleichgewicht gebracht werden, ehe Steuererhöhungen in Erwägung gezogen werden. Eine Reform um den „Mittelstandsbuckel“ zu entschärfen und dabei allgemein die Steuern auf Privathaushalte zu reduzieren, ist bei der aktuellen Finanzlage kaum möglich, ohne die Verschuldung noch weiter in die Höhe zu treiben. In einem kleinen Land mit offenen Grenzen ist es unsinnig, die Unternehmenssteuern massiv zu erhöhen, wegen der Gefahr der Delokalisierung.

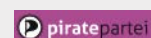
Die ADR spricht sich kategorisch gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer aus, diese schafft neue soziale Ungerechtigkeiten und schmälert die Kaufkraft. Sollte eine Erhöhung der Mehrwertsteuer integral auf die Kunden umgewälzt werden, schadet dies auch dem Standort Luxemburg, und somit könnte am Schluss eine höhere Steuer weniger Einkommen für den Staat bedeuten.



a) Das steuerliche Ungleichgewicht zwischen Privathaushalten und Unternehmen muss korrigiert werden. 80% der Unternehmen, die ihren Sitz in Luxemburg haben, darunter multinationale Unternehmen, bezahlen keine Gewinnsteuer. Wir werden mehr Steuern von sehr rentablen Unternehmen einfordern, insbesondere durch Bekämpfung der Steuerhinterziehung und der finanziellen und steuerlichen Konstrukte.

b) déi Lénk wollen den übermäßigen Steuerdruck auf Haushalte mit mittleren Einkommen vermindern und Haushalte mit hohen Einkommen sowie Kapitalerträge mehr besteuern. Dazu müssen die Progressivität im mittleren Bereich der Steuertabelle reduziert, die Anzahl der Steuerstufen am Ende der Tabelle verlängert und die maximalen Steuersätze erhöht werden sowie die Gesamtheit der Dividenden und anderer Kapitalerträge besteuert werden.

c) Indirekte Steuern sind ungerechte Steuern, da sie Haushalte mit geringen Einkommen stärker belasten. Deshalb muss das Gewicht der indirekten Steuern begrenzt werden. Wir widersetzen uns vehement der Erhöhung der Mehrwertsteuer, die für 2015 angekündigt wurde.



a) & b) Unsere Idee des Grundeinkommens wird langfristig über das Einführen einer negativen Einkommenssteuer finanziert werden. Dies bedeutet, dass das Steuersystem für jeden einfacher wird. Gleichzeitig würde dieses System ein Grundeinkommen ermöglichen.

Mit diesem Steuersystem bezahlt eine Person erst ab einer festgelegten Höhe Steuern – wer weniger verdient wie die Höhe des Freibetrags bekommt Steuern ausbezahlt, wer mehr verdient, bezahlt auf seinem Einkommen den Steuersatz.

c) Nein





a) Im Sinne der Steuergerechtigkeit schlägt die KPL folgende Maßnahmen vor:

Für die Privathaushalte: Jährliche Anpassung der Steuertabellen an die Inflation, keine Steuerabzüge auf Löhne, die nicht höher sind als der Mindestlohn, die Abschaffung der steuerlichen Diskriminierung der Alleinerziehenden, Geschiedenen, Junggesellen und Verwitweten, die Abschaffung der „Dop-

pelbesteuerung“ und die Einführung der individuellen Besteuerung berufstätiger Ehepaare und anderer Lebensgemeinschaften, die Abschaffung des sogenannten „Mittelstandsbuckels“ und die Wiedereinführung des Spitzensteuersatzes von 56 Prozent für Beserverdienende, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Reiche.

Für das Kapital: Die Erhöhung der Körperschaftssteuer auf Profite des Groß- und Finanzkapitals, die Einführung einer Steuer auf alle Börsentransaktionen, die Besteuerung der Dividenden, die ernsthafte Bekämpfung der Steuerhinterziehung und des Steuerbetrugs, die Anhebung des Steuersatzes für die in den „Fonds d'Investissements Spécialisés“ gelagerten Vermögen von 0,01 auf 2,5 Prozent. Mehreinnahme im Jahr für den Staat: 6 Milliarden Euro.

Haushaltsloch und Sozialabbau wären kein Thema mehr.

b) Die KPL befürwortet eine Steuerreform, welche Lohnabhängige mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten würde.

c) Die KPL lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer kategorisch ab, da eine Erhöhung der indirekten Steuern die Kaufkraft der Schaffenden zusätzlich einschränken würde.

## Frage 5: Wirtschaft und Arbeitsmarkt

- Wie steht Ihre Partei zu dem langjährigen Vorschlag der Staatsbeamtenkammer, die Beteiligungen des Luxemburger Staates (z.B. ArcelorMittal, SES, Luxair usw.) in einem sogenannten „souveränen Fonds“ zusammenzulegen, um die Eingriffe der öffentlichen Hand in die Unternehmenswelt bei Bedarf zu erleichtern? Ist Ihre Partei des Weiteren bereit, sowohl den Luxemburger Bürgern als auch institutionellen Anlegern des In- und Auslandes ein eigenes Beteiligungsinstrument zur Verfügung zu stellen, um in die Luxemburger Wirtschaft investieren zu können?
- Wie sieht Ihre Partei die Zukunft des Luxemburger Finanz- und Bankplatzes angesichts der Ankündigung zum 1. Januar 2015, den automatischen Informationsaustausch über die Zinseinkünfte von EU-Ausländern anzuwenden, und in Anbetracht der ständigen Diskussion um eine zusätzliche Erweiterung der Zinsbesteuerungsrichtlinie auf andere Finanzprodukte?
- Die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit ist oberstes Ziel der Beschäftigungspolitik, zu der auch die Reorganisation der Arbeitsmarktverwaltung (ADEM) gehört. Teilen Sie die Auffassung der CGFP, dass diese Behörde nicht in eine öffentliche Einrichtung umzuwandeln ist?
- Durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und bei anhaltend hoher Inflation verlieren die Sparvermögen der Bürger in Europa auch dieses Jahr wieder Milliarden an Wert. Was gedenkt Ihre Partei gegen diese reale Vermögensentwertung zu tun, gegen die sich die Betroffenen mit eigenen Mitteln nicht wehren können?



Die Idee eines „souveränen Fonds“ ist interessant. Luxemburg würde sich für die Einführung eines solchen Fonds gut eignen. Ein solcher Fonds könnte durchaus als Instrument dienen, um die Staatsfinanzen zu stabilisieren und zu refinanzieren.

Wir denken, dass unser Finanz- und Bankenplatz weiterhin eine Zukunft hat, allerdings unter der Voraussetzung, dass sich der Standort diversifiziert und weiterentwickelt. Wir haben die Chance genutzt, um den Standort neu aufzustellen und können uns auf Kompetenz und Innovation verlassen. Wir wollen weiterhin die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Luxemburg eine führende Rolle als internationaler Finanzplatz u.a. für die Vermögensverwaltung und das Fondsgeschäft behält.

Wir werden Förderung und Marketing des Finanzplatzes unter staatlicher Regie weiter ausbauen. Wir werden Luxemburg in verstärktem Maße Zugang zu den Wachstumszentren außerhalb Europas verschaffen. Vor allem in Asien. Aber nicht nur dort.

Wir werden dem Finanzplatz zu einem einwandfreien Ruf verhelfen. Internationale Regeln werden angewendet, neue Standards in EU und OECD aktiv mitgestaltet. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die gleichen Regeln für alle großen Finanzplätze der Welt gelten.

Wir wollen das Arbeitsamt neu organisieren und unter tripartitärer Führung wollen wir eine Anstalt öffentlichen Rechts schaffen.

Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank soll die Wirtschaftserholung unterstützen, vor allem in krisenzerrütteten EU-Mitgliedstaaten. Die Zentralbank hat übrigens angekündigt, den Zinssatz zu erhöhen, sobald die Wirtschaftslage sich wesentlich verbessert haben soll.



a) Nicht zuletzt die Cargolux-Affäre bzw. der Einstieg des Emirats Katar in das Kapital der Cargolux hat gezeigt, dass die strategischen öffentlichen Beteiligungen am Kapital von privaten Unternehmen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sind, und zwar besonders dann, wenn zukunftsweisende unternehmerische Entscheidungen gefragt sind. Wir wollen deshalb eine Gesamtstrategie ausarbeiten, um die Anteile professioneller, aktiver und zielorientierter zu nutzen, Unternehmen privaten Rechts industriegerecht zu unterstützen und damit Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Es geht uns darum, das Vertrauen ausländischer Investoren zu stärken. Wir werden deshalb alle staatlichen Anteile in einer Gesellschaft bündeln, die von Experten im Rahmen eines klaren öffentlichen Auftrags mit klaren und überprüfbaren Kriterien geführt wird.

b) Der automatische Informationsaustausch und die damit einhergehende Aufgabe des Bankgeheimnisses waren seit den Beschlüssen von Feira bekannt. Die Gespräche über die US-Steuer-gesetzgebung FATCA, die es den US-Behörden erlauben soll, von Finanzinstituten, die nicht in den Vereinigten Staaten ansässig sind, Informationen über US-Kunden zu erhalten, dauern auch nicht erst seit gestern an. Heute so zu tun, als sei dies nicht vorhersehbar gewesen, ist falsch.

Deshalb teilt die DP nicht die Meinung, dass die definitive Aufgabe des Bankgeheimnisses eine Art Befreiungsschlag der Regierung war. Und die Ankündigung, unser Land zum Spitzenreiter des automatischen Informationsaustauschs zu machen, ist nicht glaubwürdig, zumal eine kohärente Zukunftsstrategie fehlt. Hier wurden vorschnell wichtige Trumpfkarten unseres Finanzplatzes aufgegeben, ohne gleichwertigen Ersatz oder andere Punkte am internationalen Verhandlungstisch zugunsten des Luxemburger Finanzplatzes als Gegenleistung verhandelt zu haben.

Der Finanzplatz steht als Ganzes vor einer bedeutenden Restrukturierung. Wir wollen diese Restrukturierung aktiv begleiten und die notwendigen Rahmenbedingungen hierfür schaffen. Wir sehen den Finanzplatz als einzigartige Chance für unser Land an und wollen zu seinem Erfolg und damit zu sicheren Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen beitragen.

Die DP setzt sich zum Ziel, unser Finanzzentrum so aufzustellen, dass es auch in Zukunft eine starke Stütze unserer Wirtschaft darstellt. Die DP wird mit allen Akteuren des Finanzplatzes eine Strategie ausarbeiten, die auf unseren traditionellen Stärken wie den kurzen Verwaltungswegen, der Neuausrichtung verschiedener Bereiche und dem resoluten Vorantreiben aktuell starker und zukunftssträchtiger Sektoren fußt.

c) Wir wollen das Arbeitsamt zu einer Arbeitsvermittlungs- und Weiterbildungsagentur weiterentwickeln, deren Hauptakzent auf der Weiterbildung und Aktivierung des einzelnen Arbeitssuchenden liegt. Damit das Arbeitsamt diese Erwartungen auch erfüllen kann, muss es finanziell und administrativ möglichst unabhängig sein und eng mit bestehenden Weiterbildungsinstituten und den Betrieben zusammen arbeiten. Um eine stetige Verbesserung der Dienste der Arbeitsagentur als auch einen effizienteren Einsatz ihrer finanziellen Mittel zu ermöglichen, will die DP, dass sowohl die Arbeitsweise der ADEM als auch die unterschiedlichen Maßnahmen regelmäßig auf ihre Effizienz hin analysiert und gegebenenfalls angepasst werden.

d) Es ist den Banken überlassen, ob sie ihre Kunden in den Genuss der Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank kommen lassen oder nicht. Genauso ist den Kunden auch überlassen, sich für die eine oder andere Bank entsprechend ihrer Zinspolitik zu entscheiden oder nicht. Es ist nicht Aufgabe des Staates, sich in Finanzmarktangelegenheiten einzumischen.



a) déi gréng sind für einen „souveränen Fonds“.

b) Ein stabiler und angepasster Finanzsektor ist notwendig, damit wir den Umbau der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit schaffen. In Luxemburg ist der Finanzplatz ein wichtiger Akteur der nationalen Ökonomie, schafft Arbeitsplätze und generiert Steuereinnahmen. Der Finanzplatz ist ebenfalls ein wichtiger Baustein für die Zukunft der EU, wenn er sich die Finanzierung des Umbaus auf die Fahnen schreibt, hin zu einer grünen europäischen Ökonomie. Um dieser Herausforderung jedoch gerecht zu werden, müssen wir die Steuernischenpolitik aufgeben und verstärkt auf Steuertransparenz und den automatischen Informationsaustausch innerhalb der EU setzen.

Vorschläge von déi gréng zum Luxemburger Finanz- und Bankenplatz déi gréng werden:

- die Schaffung einer EU-Bankenaufsicht als übergeordnete Kontrollstelle für das europäische Finanzsystem fördern;
- den Finanzplatz Luxemburg weiter diversifizieren und dabei die Ansiedlung von Investmentfonds fördern, die sozial engagierte und umweltverträglich Projekte finanzieren;
- in Zusammenarbeit mit der „Europäischen Investmentbank“ (EIB) Risikokapital-

fonds zur Finanzierung von grünen Zukunftsprojekten etablieren;

- Risiko und Verantwortlichkeit im Finanzsektor durch intelligente Regulierung besser verknüpfen;
- dazu beitragen, die Spekulation auf Rohstoffen einzudämmen.

Die Finanztransaktionssteuer

Seit Ausbruch der Finanz- und Bankenkrise im Jahre 2008 hat die Stabilisierung der Finanzmärkte gewaltige Kosten verursacht, an denen sich der Sektor bisher kaum beteiligt hat. Eine europäische Finanztransaktionssteuer auf alle Finanzmarktgeschäfte in der gesamten EU könnte einen Teil der Kosten begleichen und fördert gleichzeitig die Stabilität der Finanzökonomie. Die Finanztransaktionssteuer wird die Finanzgeschäfte nur unwesentlich verteuern, aber einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Märkte liefern.

déi gréng werden:

- sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzen, die die Finanzgeschäfte europaweit stabilisiert und die Finanzökonomie an der Finanzierung der öffentlichen Haushalte beteiligt.

c) Wir teilen die Auffassung der CGFP, dass die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit oberstes Ziel der Beschäftigungspolitik sein muss. Wir haben diesbezüglich eine



Reihe von konkreten Vorschlägen entwickelt.

Vorschläge von déi gréng zur Arbeitsmarktverwaltung

déi gréng werden:

- die Reformbemühungen in der ADEM vorantreiben, um eine bessere Arbeitsvermittlung zu erreichen. Dazu müssen zahlreiche konkrete Maßnahmen umgesetzt werden: Die Zahl der Berufsberaterinnen und Berufsberater muss erhöht werden, eine personalisierte Beratung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden, gewährleistet oder die Mobilitätsbereitschaft als Kriterium bei der Arbeitsvermittlung aufgewertet werden;
- die Wirksamkeit von Beschäftigungsmaßnahmen statistisch und qualitativ bewerten und dafür bessere Analyse- und Auswertungsinstrumente schaffen;
- das Gesetzesprojekt über Lebensarbeitszeitkonten vorantreiben, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen soll, ihre Arbeitszeit an die jeweiligen Lebens- und Familienumstände anzupassen, ohne dabei Rentenansprüche einzubüßen;
- Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose mit öffentlichen Partnern ausarbeiten;
- die ADEM mit den Arbeitsämtern der Großregion vernetzen;
- das Modell der Beschäftigungsinitiativen grundlegend überarbeiten. Die Beschäftigungsinitiativen sollen Arbeitssuchende aufnehmen und in eine weiterbildende Tätigkeit integrieren;

der Solidarökonomie auch in der Arbeitsvermittlung eine wichtigere Rolle zuschreiben.

d) Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank ist eine politische Entscheidung, die a) den Staaten helfen soll, ihre schwere Schuldenlast leichter zu schultern, und b) die Wirtschaft wieder ankurbeln soll. Beim ersten Punkt hat diese Politik Erfolg, beim zweiten nicht.

Die reale Vermögensentwertung ist ein Problem, auf das es angesichts der wirtschaftlichen Situation in der EU keine kurzfristigen Antworten gibt. Die Zinsen werden erst wieder steigen, wenn die Rezession überwunden ist.

Wichtig ist, dass die wirtschaftliche Entwicklung in der EU durch sinnvolle und nachhaltige Investitionen angekurbelt wird. Wir können sinnvolle Investitionen mit gesicherten Zinssätzen verbinden, indem wir nachhaltige Sparbücher auflagen oder einen „Grand Emprunt“ für Zukunftsinvestitionen anstoßen, der sich an die Bürgerinnen und Bürger Luxemburgs richtet.

Die Inflation ist derzeit niedriger, als sie es vor der Einführung des Euro war und wird voraussichtlich weiterhin bei zwei Prozent jährlich bleiben. Wir vertrauen auf die Europäische Zentralbank, einen weiteren Anstieg der Inflation zu verhindern.



a) Die LSAP befürwortet die Gründung eines Staatsfonds, der alle staatlichen Beteiligungen bündelt und strategisch verwaltet. Die LSAP steht einem Beteiligungsinstrument für private und institutionelle Investoren offen gegenüber, sofern dieses mit EU-Recht vereinbar ist. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, dass die LSAP dafür eintritt, dass die Ausgabe von Staatsanleihen in Zukunft auch in Form von Volksanleihen erfolgt.

b) Mit einem Anteil von knapp 40 Prozent am BIP bleibt der Finanzplatz die tragende Säule der Luxemburger Wirtschaft und ein wichtiges Standortargument auch für die Ansiedlung anderer Wirtschaftszweige. Die LSAP wird dafür sorgen, dass sich der Finanzsektor weiterhin dynamisch entwickeln und neue Märkte auch außerhalb Europas erschließen kann. Luxemburg braucht aber auch einen sauberen Finanzplatz, dessen Erfolg nicht auf Steuernischen oder einer schwachen Regulierung beruht, sondern auf der Qualität, Vielfältigkeit und Internationalität seiner Produkte und Dienstleistungen. Ein internationaler Finanzplatz lebt auch von seinem guten Ruf und dem Vertrauen seiner Kunden; deshalb wird eine professionelle Innen- und Außendarstellung zum wichtigen Standortfaktor. Die LSAP bedauert in diesem Zusammenhang die unprofessionelle Art und Weise, mit der Finanzminister Frieden die Entscheidung, ab dem 1. Januar 2015 zum automatischen Informationsaustausch überzugehen, in die Öffentlichkeit getragen hat. Die LSAP wird Luxemburg aus der Defensive bringen und sich proaktiv in die Gestaltung der europäischen und internationalen Regulierung einbringen.

c) Die LSAP sieht derzeit keine Notwendigkeit, die ADEM in eine öffentliche Einrichtung umzuwandeln.

d) Die LSAP respektiert die Unabhängigkeit der EZB und deren Zinspolitik. Durch niedrige Zinsen sollen der Konsum angekurbelt und Investitionen induziert werden. Höhere Guthaben- und Kreditzinsen würden momentan die zaghafte Erholung der Konjunktur beeinträchtigen und darüber hinaus die öffentlichen Haushalte insbesondere der hoch verschuldeten Euro-Staaten und Gebietskörperschaften weiter belasten. Die LSAP geht davon aus, dass die EZB ihre Zinspolitik ändert, sobald die Konjunktur in Europa wieder Tritt gefasst hat.



a), b), c) & d) Eingriffe der öffentlichen Hand in die Unternehmenswelt müssen Ausnahmen bleiben. Zur Erinnerung: Die großen Opfer der Luxemburger Steuerzahler für die ARBED haben als Endresultat einen Posten für einen Ex-Minister im Verwaltungsrat, das Verwaltungsgebäude in der Avenue de la Liberté steht aber leer. Auch das rezente Beispiel Cargolux beweist, wie viel Scherben entstehen werden, wenn die Politik sich in unternehmerische Entscheidungen einmischt.

Für die ADR ist aber auch klar, dass der Staat sich nicht von seinem Tafelsilber trennen soll, also die historisch gewachsenen finanziellen Beteiligungen an Gesellschaften wie SES, Arcelor Mittal, Luxair beibehalten soll, dies über die SNCI und die BCEE. Weiter muss der Staat Hauptaktionär in Gesellschaften bleiben, die über Infrastrukturen von nationalem Interesse verfügen, wie CFL, Lux-Airport, Creos oder Enovos. In der aktuellen Lage besteht die ADR auch darauf, dass die Beteiligungen an der BGL BNP Paribas in staatlichem Besitz bleiben.

Die ADR bedauert zutiefst die Kettenreaktionen, ausgelöst auf dem EU-Gipfel in Feira (Frühjahr 2000), die das Bankgeheimnis ausgehöhlt und zum automatischen Informationsaustausch geführt haben. Hier hatten eindeutig persönliche Ambitionen innerhalb der EU Vorrang auf die nationalen Interessen. Die ADR besteht darauf, dass Luxemburg, wie alle andern Länder auch, seine vitalen Interessen innerhalb Europas stärker durchsetzt. Die ADR hat aber Vertrauen in den Finanzplatz als Ganzes, da dieser breit aufgestellt ist und hohe Kompetenzen aufweist. Eine Diversifizierung der Wirtschaft ist aber umso nötiger und dringender, als die Gewinne am Finanzplatz kleiner werden und somit auch ihr Anteil an den Steuereinkünften.

Die ADR sieht das aktuelle Statut der ADEM nicht als das größte Problem. Die Verwaltung muss allerdings mit einer echten Unterstützung ihres Ministers rechnen können, z.B., um den realen Personalbedarf abzudecken. Die ADR wird eine echte Reform der ADEM durchsetzen, damit dieses Amt den gewachsenen Anforderungen nachkommen kann. Die Bedürfnisse der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden haben dabei oberste Priorität.

Luxemburg hat, de facto, keinen Einfluss auf die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Niedrige Zinsen haben viele Vorteile, z.B. für Bürger mit Hypothekendarlehen und Betriebe, die investieren. Die ADR möchte nicht das zarte Wirtschaftswachstum gefährden, um Vermögenden höhere Einkünfte zu bieten. Die Betroffenen können z.B. in Wohnungsbau investieren oder in Unternehmen, wobei dann die „Null-Risiko“-Mentalität aufgegeben werden muss.

## déi Lénk

a) Wir befürworten in unserem Wahlprogramm einen öffentlichen Finanzierungspol zur Wirtschaftsentwicklung. U.a. die 12,9 Milliarden Euro des Reservefonds der Pensionskassen sollen in die lokale und großregionale Wirtschaft investiert werden, statt in spekulative Geschäfte und in die Finanzierung der (französischen) Atomindustrie. Kommunale Betriebe, Kooperativen, Betriebe der „économie solidaire“ und im Non-Profit-Bereich oder kleine und mittlere Privatbetriebe sollen vorrangig über diesen Weg gefördert werden, damit Arbeitsplätze langfristig abgesichert werden und nicht von multinationalen Profitinteressen abhängen. Wir befürworten aber auch einen Plan zur Diversifizierung und Vernetzung der Wirtschaft und der Industrie mit Investitionen in zukunftsweisende und nachhaltige Technologien, die in die Landesplanung und die nachhaltige Entwicklung eingebunden sind, anstatt ihr entgegenzuwirken. Ein zusätzliches Beteiligungsinstrument für in- und ausländische Anleger könnte dabei in Betracht gezogen werden, wenn es offen und transparent ist und nach gewissen Bedingungen ausgerichtet ist.

b) Luxemburg muss seine Abhängigkeit vom Finanzsektor reduzieren, und zwar durch eine Steuerpolitik, welche die Reindustrialisierung und Investitionen in Richtung ökologischen Übergang begünstigt. Außerdem soll Luxemburg sich den EU-Staaten anschließen, die eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen wollen, um so die

spekulativen Aktivitäten zu bekämpfen und den finanziellen Sektor zu den Kosten der Krise beitragen zu lassen, die er verursacht hat.

c) déi Lénk sind der Meinung, dass die ADEM eine Verwaltung bleiben soll, die Arbeitslose bei der Suche nach einer angepassten Arbeitsstelle unterstützt und bei der Wiedereingliederung behilflich ist. Der ADEM darf nicht die Schuld für die Arbeitslosigkeit zugeschoben werden. Entlassungen müssen im Vorfeld verhindert, die Personalvertreterrechte dazu ausgebaut und in Betrieben, die Gewinne abwerfen, müssen Entlassungen unterbunden werden. Zur Schaffung von genügend Arbeitsplätzen müssen auch Staat und Gemeinden beitragen und die Arbeitszeit soll allgemein gekürzt werden.

d) Die Vermögensentwertung durch die Niedrigzinspolitik ist real. Dies ist das Resultat einer von den internationalen Multis gesteuerten, undemokratischen monetaristischen Politik von EU, EZB und FMI, die vor allem der billigen Geldvergabe an die Großbanken dient (und die mit das billig geliehene Geld teuer weiterverleihen!). Auch die Finanzpolitik muss in den Dienst der BürgerInnen – und nicht allein der Banken und Multis – gesetzt werden. Dazu gehört sowohl eine demokratisch und souverän bestimmte Kontrolle über die Finanzpolitik (statt der Diktate von EU, EZB und FMI), europäische Mindestnormen bei der Besteuerung der Unternehmen als auch eine strengere Regulierung der Finanzmärkte



a) Um dem Luxemburger Volk die Möglichkeit zu verschaffen, starken Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen zu nehmen und die nationale Wirtschaft zu entwickeln, tritt die KPL ein für die Schaffung eines staatlichen Beteiligungsfonds, in den die Nationale Kredit- und Investitionsgesellschaft SNCI, alle Beteiligungen des Staates an Betrieben und strategischen Unternehmen, welche die KPL verstaatlichen würde (u.a. die Stahlindustrie, die gesamte Energiewirtschaft, den Satellitenbereich, den Telekom-Bereich) eingebracht werden. Parallel dazu tritt die KPL ein für eine direkte Beteiligung der Belegschaften, ihrer gewählten Betriebsräte und ihrer Gewerkschaftsorganisationen an der Verwaltung der vergesellschafteten Betriebe und des staatlichen Beteiligungsfonds, so dass strategische Entscheidungen über Investitionen, Forschung, Produktion, Beschäftigung und Gewinnverteilung nicht gegen die Interessen der Schaffenden erfolgen können.

b) Die KPL vertrat immer die Meinung, der Luxemburger Staat sollte seine Wirtschaftspolitik darauf ausrichten, Investitionen und die Schaffung von

Arbeitsplätzen in der Realwirtschaft, im Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbereich, zu fördern, statt den Finanz- und Bankplatz, der zum großen Teil auf der Spekulation und darauf beruht, dass die Vermögen von reichen Familien und Kapitalunternehmen, die von der Ausbeutung der Schaffenden herrühren, zu vorteilhaften Bedingungen in Luxemburg verwahrt und vermehrt werden. Die KPL war daher immer und ist bis heute für die Abschaffung des Bankgeheimnisses.

c) Die KPL ist der Ansicht, dass das Arbeitsamt (ADEM) sein bisheriges Statut als Behörde beibehalten und sein Personal massiv aufgestockt werden muss.

d) Die EU und ihre Institutionen, darunter die Europäische Zentralbank, sind so angelegt, dass sie im Interesse des Groß- und Finanzkapitals und im Widerspruch zu den Lebensinteressen der Schaffenden funktionieren. Opfer dieser Ausrichtung sind auch die Sparguthaben der Schaffenden. Die KPL tritt für die Auflösung der „Europäischen Währungsunion“, die Abschaffung des Euro und die Wiedereinführung nationaler Währungen ein.





a) Die Piratenpartei ist davon überzeugt, dass eine Subvention des Staates immer nur eine Starthilfe darstellen sollte, um etwas aufzubauen, das sich mit der Zeit wirtschaftlich trägt. Wir fordern deswegen, dass ein öffentliches Register aller Subventionen und aller direkten und indirekten Anteile des Staates angelegt wird. Diese

Register sollen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit und ihren wirtschaftlichen Sinn überprüft und wenn nötig abgeschafft werden. Außerdem fordert die Piratenpartei, dass Anteile des Staates auf maximal 10 Jahre begrenzt werden sollen.

b), c) & d) Keine Position.

## Frage 6: Wohnungspolitik

- a) Mit welchen konkreten Maßnahmen will Ihre Partei den Grundstein für eine für die CGFP zwingend notwendige zukunftsorientierte und soziale Wohnungspolitik legen, um somit endlich die angestrebte Verknappung und Verteuerung der Wohnfläche in Luxemburg zu bekämpfen?
- b) Welche staatlichen Beihilfen will Ihre Partei gegebenenfalls abändern oder zusätzlich einführen, um für die Mittelschicht den Zugang zum Eigenheim zu annehmbaren Bedingungen zu fördern?



Wir wollen uns auch in Zukunft für eine massive Aufstockung des Wohnraumes einsetzen. Der soziale Mietwohnungsbau soll stärker entwickelt werden, mit dem Ziel, die Gesellschaft weiter zu stabilisieren und so der sozialen Ungleichheit entgegen zu wirken. Private Investitionen zur Aufstockung des Mietwohnungsparks und zur Sanierung, insbesondere der energetischen Sanierung des Mietwohnungsbestandes, sollen gefördert werden. Nicht zuletzt durch steuerpolitische Maßnahmen.

Wir wollen verstärkt in das Angebot von Wohnungen investieren. Die sektoriellen Pläne sollen schnellstmöglich in die Prozedur gehen. Der Wohnungsbauplan mit seinen „projets d'envergure“ sieht die Schaffung von rund 17.000 Wohnungen auf über 500 Hektar vor.

Durch die im neuen Wohngesetzentwurf vorgesehene „gestion locative sociale“ werden wir den Gemeinden bei Eigeninitiativen zur Mobilisierung von ungenutztem Wohnraum finanziell unter die Arme greifen.

Wir werden einen Mietzuschuss für Geringverdiener gemäß dem vorliegenden Gesetzentwurf einführen. Zudem wird das Mietrecht reformiert. Aufbauend auf den Daten des „Observatoire de l'habitat“, soll ein Mietkataster zur Bestimmung der ortsüblichen Vergleichsmiete als Grundlage der Mietpreisbildung dienen. Der ungezügelte Anstieg der Mieten muss gebremst werden.

Wir wollen die Gemeinden bei der Taxierung von leer stehenden Woh-

nungen und ungenutztem Bauland unterstützen. Generell werden Gemeinden ermutigt, aktiver auf dem Wohnungsmarkt zu werden. Insbesondere jungen Familien werden bezahlbare Mietwohnungen mit Vorkaufsrecht zur Verfügung gestellt.

Wir wollen die Funktion der beratenden Mietkommissionen in den Gemeinden auf nachhaltige Wohnungs- und Siedlungsentwicklung ausweiten. Das Aufgabenfeld der obligatorischen Mietkommission wird auf alle Wohnformen und -verhältnisse ausgedehnt. So wollen wir dem prekären Wohnen besser entgegenwirken.

Wir werden zusammen mit dem Syvicol ein Quotenverfahren für soziale Mietwohnungen entwickeln. Neue Strukturen, wie Wohnbaugenossenschaften, werden entwickelt und staatlich gefördert, da sie sich im Ausland bewährt haben. Wir werden ferner im Hinblick auf den Bau geförderter Wohnungen – wie im eingebrachten Gesetzentwurf vorgesehen – privaten Bauträgern die gleiche Unterstützung gewähren wie den öffentlich-rechtlichen Bauträgern.

Wir werden eine nationale Siedlungsentwicklungsgesellschaft schaffen. Diese wird die nachhaltige siedlungs- und wohnungspolitische Handlungsfähigkeit der kommunalen und nationalen Entscheidungsträger gestalten. Barrierefreie Siedlungsgebiete und Wohnungen werden gefördert. Menschen mit Behinderung können so ein autonomes Leben führen.



a) & b) Es muss eine nationale Aufgabe sein, die Preisentwicklung am Wohnungsmarkt zu brechen. Dies wird nicht über eine Erhöhung und Ausweitung der bestehenden Subventionen zu erreichen sein, die zurzeit ob der hohen Preise keine Wirkung mehr entfalten. Zudem lässt die prekäre finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte keine großen Sprünge zu. Wir wollen deshalb auf der Angebotsseite neue Wege gehen. Die Mobilisierung von Bauland und freistehenden Wohnungen sowie die Schaffung von sozialem und verbilligtem Wohnraum, gerade für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, sind in unseren Augen die zentralen Aufgaben einer zeitgemäßen Wohnungspolitik.

Wir werden alles daran setzen, um das Baulandangebot in den kommenden Jahren zu steigern. Wir wollen besonders das Instrument der Baulandverträge und der Bebauungspflicht einsetzen, die es erlauben, zusammen mit den Eigentümern, ausgewiesenes bzw. neu auszuweisendes Bauland innerhalb einer gewissen Zeit tatsächlich auf den Markt zu bringen bzw. zu bebauen. Wir wollen den Rahmen des „pacte logement“ deshalb überarbeiten und zusammen mit den Gemeinden verbindliche Ziele festlegen.

Wir sind der Meinung, dass die öffentlichen Promotoren in der jetzigen Situation nicht noch zusätzliche Baulandreserven anlegen sollten, sondern die bestehenden öffentlichen Baulandreserven sofort mobilisieren müssen. Wir werden deshalb die öffentlichen Baulandreserven von Staat und Gemeinden (Brachen, Baulücken,...) schnellstmöglich auf den Markt bringen und zusammen mit privaten Investoren z.B. mittels „Public Private Partnership“ entwickeln und gerade jungen Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen via Erbpachtverträge, Mietkauf, Mietwohnungen sowie verbilligtem Wohnraum und Sozialwohnungen zugänglich machen.

Diesen Punkt wollen wir zusammen mit den Gemeinden im Rahmen des „pacte logement“ klären und verbindliche Ziele festlegen.

Wir werden die Arbeit und Resultate des „Fonds du logement“ und der „Société nationale des habitations à bon marché“ bilanzieren und die notwendigen inhaltlichen und strukturellen Schlussfolgerungen aus dieser Analyse ziehen. Wir wollen, dass die öffentliche Hand sich als proaktiver wohnungsbaupolitischer Akteur auf die Erstellung von Sozialwohnungen bzw. von verbilligtem Wohneigentum und Mietwohnungen konzentriert. Um dem enormen Bedarf nachkommen zu können, wollen wir zusätzlich die private Initiative aufgrund klarer staatlicherseits festgelegter Kriterien z.B. mit Hilfe von „Public Private Partnership“ in die Schaffung von Sozialwohnungen aktiv einbinden. Das Baulückenprogramm der Stadt Luxemburg dient uns hierfür als Vorbild. Die Zuweisung von öffentlich gefördertem Wohnraum werden wir aufgrund von transparenten Kriterien entscheiden.

Wir werden generell die Instrumente des Erbpachtvertrags („bail emphytéotique“) oder des Mietkaufs („location-vente“), die den Vorteil haben, dass der Grundstückspreis sich nicht so stark im Wohnungspreis niederschlägt, fördern.

Die Baulandspekulation hat ungeahnte Ausmaße angenommen. Der Erwerb oder der Nichtverkauf von Bauland hat sich zu einer der besten Geldanlagen entwickelt.

Vor allem die öffentliche Hand hat diese Entwicklung zu verantworten, durch eine Politik, die zu einer künstlichen Baulandverknappung und einer unzureichenden Baulandmobilisierung geführt hat. Wir denken, dass die dramatische Situation am Wohnungsmarkt kurzfristig ein lenkendes Eingreifen seitens des Staates notwendig macht.



a) & b) Luxemburg braucht mehr erschwingliches Bauland und mehr soziale Mietwohnungen. Anders als die Regierung, wollen déi gréng den Wohnungsmarkt nicht allein den privaten Bauträgern überlassen. Um gegen die Verteuerung durch Spekulation vorzugehen, müssen Staat und Gemeinden eigenhändig Bauland erwerben und mehr bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen. Eine stärkere Kontrolle der Mieten ist unerlässlich, um auch hier Exzesse zu verhindern. Die Spekulation durch leerstehende Wohnungen müssen die Gemeinden mit Sanierungsprogrammen und Abgaben eindämmen. Dafür brauchen sie staatliche Hilfe.

Vorschläge von déi gréng zur Wohnungspolitik

Staat und Gemeinden als Akteure stärken

déi gréng werden:

- das Recht auf würdiges Wohnen in der Verfassung verankern. Damit sollen das Recht auf Wohnen und das Eigentumsrecht dieselbe legale Bedeutung erhalten, was bei der Abwägung unterschiedlicher Interessen von großer Bedeutung ist;
- die Wohnungsbaupolitik zur nationalen Priorität erklären und Staat und Gemeinden verstärkt und gemeinsam einbinden, damit erschwingliches Bauland bereitgestellt wird und soziale Mietwohnungen geschaffen werden können;
- eine nationale Wohnungsbaugesellschaft gründen und so ausrichten, dass sie den Gemeinden bei der Finanzierung, der Schaffung und Verwaltung von Bauland und sozialen Mietwohnungen hilft. Nach einer Reform des „Pacte Logement“ können dessen überarbeitete Instrumente flächendeckend und koordiniert angewendet werden;
- neue Formen des Zusammenlebens fördern und ein flächen- und energieeffizientes Wohnungsangebot schaffen, das kinderfreundlich, seniorengerecht, barriere- und verkehrsfrei ist und jungen Erwachsenen bei ihrer Existenzgründung hilft;

- autonome und semi-autonome Wohnstrukturen ausbauen;
- Initiativen wie die „Agence Immobilière Sociale“ fördern, mit dem Ziel, nicht die Geldrendite der Wohnung in den Vordergrund zu stellen, sondern deren Gebrauchswert;
- neue Eigentumsformen fördern, wie zum Beispiel die Erbpacht („bail emphytéotique“) und Vorbehalten mit Informationskampagnen und positiven Beispielen begegnen;
- Vorkaufsrecht von Staat, Gemeinden und staatlichen Bauträgern ausdehnen auf jedes Bauerwartungsland (potenzielles Bauland) außerhalb des Bauperimeters;
- Das PAG-Gesetz umändern, um den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, punktuelle Probleme im städtischen Bereich zu lösen (Festlegung restriktiver Bauperimeter, „Zones d'aménagement différé“, „Zones d'urbanisation prioritaires“,...).

Wohnungsbaupolitik finanziell absichern

déi gréng werden:

- den Gemeinden den nötigen finanziellen Spielraum bereitstellen, um im Wohnungsbau aktiv zu werden;
- die Grundsteuer reformieren, damit der reelle Wert des Bodens berücksichtigt wird. Zusammen mit einer ökologisch und sozialen Steuerreform werden somit Gelder für den Wohnungsbau durch Staat und Gemeinden frei;
- die Einführung von Reglementen und Taxen auf lokaler Ebene unterstützen, um die Zahl der leerstehenden Wohnungen zu reduzieren, so wie die Region Brüssel dies beispielhaft umgesetzt hat;
- die Ziele der Landesplanung (IVL) mit steuerlichen Maßnahmen unterstützen, z.B. die aktuelle Wegepauschale hinterfragen.



Intelligenter fördern und Mieten begrenzen  
déi gréng werden:

- die staatliche Subventionspolitik überprüfen und die Hilfen den bedürftigen Personen gezielter zukommen lassen;
- die Entwicklung der Mieten besser kontrollieren, durch die Einführung eines Mietspiegels, z.B. nach deutschem Modell, der eine gezielte Kontrolle und Begrenzung der Mieten ermöglicht;
- das Mietgesetz modernisieren, damit die energetische Sanierung von Mietwohnungen gefördert wird und die Mietpreise nicht auf Kosten der finanziell benachteiligten Haushalte ansteigen;
- spezifische Fördermaßnahmen für junge Menschen einführen, dies im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus;
- den Gemeinden dabei helfen, erschwingliche und soziale Mietwohnungen anzubieten. Jede Gemeinde sollte eine Mindestanzahl an sozialen Mietwohnungen zur Verfügung stellen müssen, dies in Eigenregie oder unter Mithilfe der Wohnungsbaugesellschaften („Fonds du Logement“, „SNHBM“) und der „Agence Immobilière sociale“ (AIS).

Wohnraum besser planen

déi gréng werden:

- das Nachhaltigkeitsministerium reorganisieren, damit die Landesplanungsbehörde die anderen Bereiche wie Mobilität, Umwelt, regionale Entwicklung und Infrastrukturen vernetzt und koordiniert;
- die landesplanerischen Vorgaben („Plan directeur de l'aménagement du terri-

- toire“, IVL) stärker berücksichtigen und die Entwicklung der regionalen Zentren an ihnen ausrichten. Dementsprechend wird der „Pacte Logement“ angepasst;
- die „sektoriellen Entwicklungspläne“ der Regionalplanung zu Grunde legen. Wir werden die Umsetzung der Regionalplanung durch regionale Finanzierungsfonds unterstützen, um auf diese Weise Interessenkonflikte zu entschärfen und eine größere Kohärenz in der Gemeindeentwicklung zu fördern;
- die Instrumente des „Pacte Logement“ praxisnah ausgestalten. Diese sinnvollen Instrumente werden bisher kaum eingesetzt und bedürfen weiterer politischer Entscheidung, auch in den Bereichen „Grundsteuer“ und „Eigentumsrecht“;
- bei der Gemeindeentwicklung das verdichtete Bauen innerhalb der bestehenden Bauzonen der Ausweitung des Bauperimeters vorziehen;
- die Bürgerinnen und Bürger stärker bei den Vorstudien der PAG einbinden und das Gesetz dahingehend ergänzen;
- die Bindung eines Bauvertrags an einen Grundstückskauf gesetzlich verhindern;
- öffentliche Bauten so planen, dass sie vielfältig nutzbar und ohne aufwändige Maßnahmen im Laufe der Zeit umnutzbar sind;
- bei öffentlichen Bauvorhaben weniger energieintensiven Baumaterialien den Vorzug zu geben sowie auf die Verwendung von wieder verwertbaren Materialien achten;
- bei größeren Wohnbauprojekten die Entwicklung von Gemeinschaftsgärten gezielt fördern.



a) & b) Die Wohnungspolitik der vergangenen Jahrzehnte konzentrierte sich fast ausschließlich auf die Förderung des Wohneigentums und auf die entsprechende Unterstützung der Nachfrage. Während die Förderung des Erwerbs der eigenen Wohnung durchaus erfolgreich war, muss aber festgestellt werden, dass diese Politik – mit ihren steuerlichen Instrumenten und direkten Beihilfen – neben vielen anderen Faktoren zur Preisexplosion am Immobilienmarkt beigetragen hat. Aufgrund dieser Erkenntnis wird sich die LSAP in der kommenden Legislaturperiode dafür starkmachen, dass es zu einem Paradigmenwechsel kommt, und der Schwerpunkt der Wohnungspolitik auf die Ausweitung des Angebots gelegt wird.

Die LSAP wird eine umfassende Wohnungsbauoffensive starten, die auf mehreren Ebenen ansetzt, u.a.:

- die Ausweitung des Bauperimeters im Rahmen des „Plan sectoriel logement“: Dieses potenzielle Bauland sollte möglichst schnell im Rahmen des IVL-Konzepts erschlossen und genutzt werden;
- die konsequente Förderung des öffentlichen und privaten sozialen Wohnungsbaus sowie die gesetzliche Einführung eines minimalen Prozentsatzes von sozialen Wohnungen in sämtlichen Gemeinden im Verhältnis zur Einwohnerzahl;
- den nachhaltigen Ausbau des Mietwohnungsbestands: die Neuausrichtung des „Fonds du logement“, der verstärkt mit dem Bau und der Vermittlung von sozialen

Mietwohnungen betraut werden soll; daneben muss die „Société nationale des habitations à bon marché“ (SNHBM) auch weiterhin ihre Rolle als Förderinstrument im Bereich des sozialen Wohnungsbaus übernehmen;

- das Einsetzen einer Mietbremse, die den gesetzlichen Mietzins an die Entwicklung der Marktzinsen koppelt, ohne dass die Grenze von 5 Prozent überschritten werden kann;
- die Besteuerung und strikte Begrenzung der Zweckentfremdung von Wohnraum für Bürozwicke: Das gilt auch für den Staat selbst und die Gemeinden;
- die Durchsetzung des öffentlichen Vorkaufsrechts bei Grundstücksverkäufen;
- die systematische Förderung von Mietkauf- und Erbpacht-Modellen;
- die Beschleunigung der Prozeduren zur Steigerung der Bautätigkeit;
- die Bekämpfung von Wohnraum- und Baulandspekulation durch die Besteuerung von freistehendem Wohnraum und brachliegenden Grundstücken sowie die Neuordnung von ungenutztem Bauland;

Darüber hinaus werden die Sozialisten am „billigen Akt“ festhalten, die Notarkosten begrenzen, dichtere und energieeffiziente Bauweisen durchsetzen und die Einführung eines zielgruppenorientierten zinsfreien Darlehens für energetische Sanierungsprojekte befürworten.

## déi Lénk

a) déi Lénk setzen sich dafür ein, dass Staat und Gemeinden selbst genügend Wohnungen zur Verfügung stellen, dazu eine Bestandsaufnahme der zur Verfügung stehenden Bauflächen gemacht wird und Wohnungsbau in Eigenregie durchgeführt wird. Die Spekulanten werden zur Kasse gebeten, indem größeres Bauland in jedem Jahr, in dem es nicht bebaut wird, und Wohnungen, die über längere Zeiträume leer stehen, mit einer neuen Steuer belegt werden. Das Mietrecht soll gestärkt und eine öffentliche „Agence sociale immobilière“ den Menschen helfen, eine ihren Bedürfnissen angepasste Wohnung zu finden.

b) Wir wollen am bestehenden Instrumentarium im Prinzip nichts ändern, wenigstens nicht aus reinen Kostengründen.



a) Die Piratenpartei spricht sich dafür aus, dass auch in Nicht-IVG-Gemeinden Bevölkerungs- und Bauperimeter zugelassen werden.

b) Hier ist zuerst eine Analyse der bestehenden Beihilfen vorzunehmen, ehe vorschnell neue eingeführt oder erfolgreiche abgeschafft werden. Diese Einblicke sind einer außerparlamentarischen Partei im Moment verwehrt, weswegen wir momentan keine verbindliche Aussage treffen können.



a) Die KPL räumt der Bekämpfung der Wohnungsnot, neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, absolute Priorität ein und fordert in ihrem Wahlprogramm den Bau von 40.000 öffentlichen Mietwohnungen innerhalb von fünf Jahren, die Schaffung einer öffentlichen Baulandreserve, die Einführung einer Spekulationssteuer auf Bauland, welche der tatsächlichen Steigerung des Bodenwerts entspricht, die Verallgemeinerung der Erbpacht und des Mietkaufs, die Abänderung des Mietgesetzes im Sinne einer deutlichen Senkung des Quadratmeterpreises bei Wohnungen, die vor 1960 gebaut wurden.

b) Im Bereich der staatlichen Beihilfen im Wohnungsbau fordert die KPL u.a. die vollständige steuerliche Absetzbarkeit der Zinsen bei Hypothekendarlehen für Eigentumswohnungen, die zu eigenen Zwecken benutzt werden, die Verallgemeinerung der staatlichen Bürgschaften bei Hypothekendarlehen, im Falle, wo junge Menschen die entsprechenden Garantien nicht aufbringen können.

## adr:

a) & b) Ein sicheres Dach über dem Kopf ist ein Grundbedürfnis. Jean-Claude Juncker mag die Wohnungsnot in Luxemburg öffentlich zu seiner größten Fehlleistung hervorgehoben haben, daran geändert haben der Premier und seine Regierungen wenig bis nichts! Deshalb hat die ADR bei der Verfassungsrevision vorgeschlagen, dass ein gesonderter Artikel das Recht auf Wohnen garantiert („Le droit au logement est garanti“). Der Staat hat dafür zu sorgen, dass die Bedingungen geschaffen werden, damit jeder unter würdigen Umständen wohnen kann („L'Etat veille à ce que toute personne puisse vivre dignement“). Unter den Bedingungen der freien Marktwirtschaft gibt es nur einen Weg, um Kauf oder Miete in Luxemburg wieder zu vernünftigen Preisen anzubieten: eine deutliche Vergrößerung des Angebots.

In ihren Wahlprogrammen bietet die ADR viele konkrete Vorschläge um die Probleme am Wohnungsmarkt zu beheben, die hier nur teilweise und stichwortartig wiedergegeben werden können:

- Die Prozeduren, z.B. für eine Baugenehmigung, müssen deutlich einfacher und schneller werden.
- Wo es möglich ist, muss eine größere Baudichte, z.B. über mehrere Stockwerke, zugelassen werden.
- Staat und Gemeinden müssen Baugrund zu richtungsweisenden Preisen verkaufen, eventuell über den Weg der Erweiterung des Bauperimeters.
- Jede Familie muss, für ihre Erstwohnung, zu staatlichen Hilfen Zugang haben.
- Neue Formen des Wohnungserwerbs wie den Erbpachtvertrag und den Mietkauf müssen unterstützt werden.



**Visitez  
aussi  
notre  
site  
Internet:**

**www.cgfp.lu**



## Frage 7: Bildungspolitik

- a) Eine öffentliche Bilanz der Grundschulreform liegt seit kurzem vor: Welche konkreten, punktuellen Verbesserungen schlägt Ihre Partei für die Zukunft vor?
- b) Unabhängig von dem noch ausstehenden Gutachten des Staatsrates, welche wesentlichen Bestimmungen der im Parlament hinterlegten Sekundarschulreform müssten nach Meinung Ihrer Partei noch abgeändert werden?
- c) In Bildung und Erziehung spielt das Beherrschen der drei Landessprachen als wesentliches Element unserer nationalen Identität eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt der wachsende Einfluss des Englischen, weshalb das Beherrschen der Sprache Shakespeares für Schüler und Studenten von kapitaler Bedeutung ist. Eine Verwässerung unserer Mehrsprachigkeit wäre fatal für unser Land und unsere Jugend. Wie steht Ihre Partei zu dieser Problematik?

CSV

Wir haben in den vergangenen Jahren entscheidende Reformprojekte und wichtige Infrastrukturinvestitionen mit auf den Weg gebracht.

Die Grundschule wurde wegweisend reformiert. Darauf kann die vorliegende Sekundarreform aufbauen. Zudem wurden die Berufsausbildung und auch die Lehrmethoden erneuert.

Die Grundschulreform soll punktuell verbessert werden, so wie es das Gutachten vorsieht, und im Dialog mit den Betroffenen.

Wir werden diese Zukunftsreformen weiterentwickeln, die Lehrpläne straffen und an die Erfordernisse und Erkenntnisse der Reformen anpassen. Nicht die Menge, sondern die Qualität des Lernens werden wir verbessern. Wichtig ist uns dabei, Leistung in den Vordergrund zu setzen und zu fördern. Hinzu kommt der Dialog mit Schülern, Eltern, Lehrern, Schulpersonal und Berufsvertretern. Entscheiden wird am Ende das Parlament.

Wir werden die dem Parlament vorliegende Reform des Sekundarunterrichts in die Praxis umsetzen.

Wir werden die Berufsausbildung weiter fördern. Wir wollen Brücken zwischen sogenannten intellektuellen und manuellen Berufen bauen.

Wir werden uns für möglichst autonome Schulen einsetzen. In der

Grundschule werden die Schulpräsidenten schrittweise durch Schuldirektoren ersetzt.

Wir werden – nach Verabschiedung der aktuellen Reformen – keine weitere strukturelle Schulreform mittragen. Die Schulgemeinschaft braucht politische Stabilität und Ruhe. Grund- und Sekundarschule müssen eine Schule aus einem Guss werden.

Wir werden auf den Stärken der Schüler aufbauen. Die Orientierung der Schüler wird durch eine bessere Profilerstellung zielführender gestaltet. Das CPOS („Centre de psychologie et d'orientation scolaires“) und die SPOS („Service psychologique d'orientation scolaire“) werden wir reformieren.

Wir werden die „Maison de l'orientation“ gesetzlich festschreiben. Die schulische und berufliche Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen wird verstärkt regionalisiert.

Die Mehrsprachigkeit ist eine Stärke unseres Schulsystems. Wir müssen aber das Schulangebot an die Wirklichkeit anpassen, um keine Talente nutzlos zu vergeuden. Deshalb schaffen wir die Möglichkeit einer Alphabetisierung auf Französisch oder einer zweisprachigen Alphabetisierung. Die englische Sprache erhält eine größere Programmgewichtung innerhalb der Mehrsprachigkeit.

DP

a) In der Grundschule hat die Einführung des kompetenzorientierten Unterrichts ohne eine entsprechende Aus- bzw. Weiterbildung der Lehrkräfte zu sehr viel Unsicherheit und Unklarheiten geführt. Hinzu kommt, dass die Lehrbücher und -materialien nicht entsprechend angepasst wurden. Dies ist ein Geburtsfehler der Grundschulreform, der auch mit dem größten Engagement seitens der Lehrerinnen und Lehrer nicht aufgefangen werden konnte. Hinzu kommt, dass mangels entsprechender Richtlinien seitens des Ministeriums die Reform von Schule zu Schule anders umgesetzt wurde.

Der administrative Aufwand für die Lehrkräfte ist durch die Grundschulreform stark gestiegen, was zur Folge hat, dass wertvolle Zeit, die die Lehrer in die Vorbereitung ihres Unterrichts stecken könnten, für Papierkram verloren geht. Fazit: Vom vorgegebenen Ziel, nämlich einer besseren individuellen Förderung des einzelnen Schülers, sind wir heute weiter denn je entfernt.

Die individuelle Förderung des Schülers steht im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik. Die DP bekennt sich zu den Zielen des kompetenzorientierten Unterrichts. Die Art und Weise, wie diese Ziele erreicht werden sollen, ist jedoch völlig offen und erfordert deshalb eine konkrete Auseinander-

setzung mit einer individualisierten Unterrichtsgestaltung. Die DP steht zum Prinzip der Vielfalt an pädagogischen Modellen in den Luxemburger Schulen. Der kompetenzorientierte Unterricht ist für uns lediglich ein Instrument unter vielen, das dem Lehrer zur Verfügung steht. Für die DP ist der kompetenzorientierte Unterricht kein klar umrissenes didaktisches Modell und lässt deshalb eine Vielzahl an unterschiedlichen pädagogischen Ansätzen zu. Wir wollen die aktuellen Lehrpläne überarbeiten und die darin enthaltenen Kompetenzsockel auf ein Minimum reduzieren bzw. auf einige Kernbereiche begrenzen.

Das Vermitteln der Allgemeinbildung darf nicht vernachlässigt werden. Das Bewertungssystem muss stark vereinfacht werden, sodass der administrative Aufwand für die Lehrer auf ein Minimum reduziert wird und die Verständlichkeit für die Eltern und Schüler garantiert ist.

b) Die DP spricht sich für die Einführung des Tutorats in der Sekundarschule aus. Der Tutor soll demnach eine wichtige koordinierende Rolle spielen für eine ganze Reihe von Ansprechpartnern (Klassenlehrer, Schulpsychologe, Sozialarbeiter usw.), die dem Schüler zur Verfügung stehen.

Die DP ist der Ansicht, dass die Schulleitung versuchen sollte, in den ersten

beiden Jahren des „cycle inférieur“ die Lehrerteams weitestgehend beizubehalten. Dadurch verspricht sich die DP ein verbessertes Schulklima und eine kohärentere Betreuung der Schüler.

Anstatt dass die Schüler innerhalb der „classes de rattachement“ individuell betreut werden, will die DP, dass eine stärkere Individualisierung des Unterrichts in allen Fächern garantiert wird. Die DP ist darüber hinaus der Ansicht, dass schulische Defizite durch individualisierte Hausaufgaben innerhalb des Schuljahres in Angriff genommen werden müssen.

Die DP will eine detaillierte Analyse des aktuellen Kompensationssystems durchführen, um in voller Kenntnis der positiven und negativen Auswirkungen dieses Systems über eine Reform diskutieren zu können. Für die DP kann eine Debatte über die Promotionskriterien jedoch nicht losgelöst gesehen werden von einer Debatte über Bildungsziele und Schulprogramme.

Die DP ist der Ansicht, dass die Schüler weitgehende Freiheit bei der Auswahl ihrer Studienfächer genießen sollten. Wir wollen die Schulen darin unterstützen, sich thematische Schwerpunkte zu geben, um so den Schülern von vornherein eine Garantie geben zu können, dass bestimmte Fächerkombinationen möglich sind.

Die Schüler müssen auf diese Entscheidung vorbereitet und dabei unterstützt werden. Die DP will dies im Rahmen eines individuellen Zukunftsplans für jeden Schüler garantieren. Die Wahl der Fächerkombination des „cycle supérieur“ soll demnach das Resultat eines langfristigen Reflexionsprozesses des Schülers sein,

bei dem auch die Eltern und der Tutor eng eingebunden sind.

c) Die DP bekennt sich zur Mehrsprachigkeit im Luxemburger Schulsystem und zu hohen Sprachenstandards in der Sekundarschule. Doch bei dem Erlernen von Fachkompetenzen in den Nicht-Sprachenfächern darf es nicht zu sprachlichen Barrieren kommen. Hier muss das Erlernen der Fachkompetenzen im Mittelpunkt stehen. Um den unterschiedlichen sprachlichen Fähigkeiten der Schüler Rechnung zu tragen, und die Schüler möglichst individuell fördern zu können, sollte eine Differenzierung der Unterrichtssprache in den Nicht-Sprachenfächern angeboten werden. Die DP will daher den Schülern grundsätzlich eine Wahlmöglichkeit bei der Unterrichtssprache anbieten.

Die DP tritt dafür ein, dass der Sprachenunterricht an unseren Schulen grundlegend überdacht wird. Der Unterricht muss mehr auf den Aspekt der Fremdsprachigkeit ausgerichtet werden, sprich Deutsch und Französisch müssen, wie das Englische, konsequent als Fremdsprachen unterrichtet werden. Mehr Wert soll zudem auf die kommunikativen Fähigkeiten (Sprechen und Schreiben) gelegt werden, ohne jedoch die strukturellen Aspekte des Sprachenunterrichts (Grammatik, Vokabular) zu vernachlässigen.

Ein Charakteristikum der Luxemburger Sekundarschule besteht im Wechsel der Unterrichtssprache von Deutsch auf Französisch in der Sekundarschule. Die Frage ist, ob dies für das Aneignen von Fachwissen eher hinderlich ist oder nicht. Um dies zu überprüfen, will die DP eine entsprechende wissenschaftliche Studie in Auftrag geben.

déi gréng

a) & b) In Luxemburg sind die Ansprüche an eine gute Bildungspolitik besonders groß, denn wohl kein anderes Land hat eine ähnlich komplexe Sprachensituation. Gleichzeitig bringt die hohe Zuwanderungsrate und die Mehrsprachigkeit der Gesellschaft für Schülerinnen und Schüler eine zusätzliche Sprachenvielfalt mit sich. Diese Sprachensituation stellt heute mit Sicherheit die größte Herausforderung in sämtlichen Stufen des Luxemburger Schulsystems dar.

Die bisherige Bildungspolitik geht nicht genügend auf die ungleichen Ausgangsbedingungen der Schülerinnen und Schüler ein, wie etwa auf soziale oder kulturelle Herkunft, Muttersprache oder Bildungsstand der Eltern. Die Erfolgchancen der Kinder in unserem Bildungssystem und in der Berufswelt werden somit nicht optimal gefördert. Die Schule wird ihrem Auftrag als sozialer Aufzug immer weniger gerecht. Unser Schulsystem zementiert soziale Defizite leider eher, als sie zu mindern. Das müssen wir ändern!

Es sind vor allem die Lehrkräfte, die jede Reform im Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern, dem übrigen Schulpersonal und den Eltern in die Praxis umsetzen müssen. Gegenseitiger Respekt ist deshalb ein wichtiger Grundstein grüner Bildungspolitik. Wir werden wieder Ruhe und Vertrauen ins schulische Umfeld bringen und dafür sorgen, dass nicht die Strukturen, sondern die Inhalte und deren pädagogische Vermittlung in den Mittelpunkt rücken.

c) déi gréng werden an der Mehrsprachigkeit festhalten, jedoch ab der Oberstufe eine Gliederung des Studienangebots in Haupt- und Nebensprachen einführen. Eine Schwäche in einer Sprache darf nicht automatisch zum schulischen Misserfolg führen.

Vorschläge von déi gréng zur Erziehung- und Bildungspolitik

Eine hochwertige Kinderbetreuung garantieren

déi gréng werden:

- die Qualität der öffentlichen und privaten Betreuungsangebote regelmäßig kontrollieren und verbessern, zum Beispiel durch eine gezielte Qualifikation des Personals, mehr Fachpersonal sowie einer regelmäßigen Weiterbildung und durch strengere Kriterien für gesunde Ernährung und Pflegeprodukte;
- Familien mit Kindern möglichst früh unterstützen und Kinder möglichst früh fördern. Frühkindliche Förderung funktioniert außerhalb des schulischen Rahmens: Wir brauchen gute Betreuungsstrukturen für die Kinder und Beratungsstrukturen, welche die Eltern in Erziehungsfragen begleiten und unterstützen;
- schrittweise die kostenlose, flächendeckende und öffentliche Ganztags-Kinderbetreuung anbieten, auch für Kinder des „Précoce“ („Früherziehung“). Die Öffnungszeiten der Betreuungsstrukturen sollen verbessert werden;
- das Luxemburgische als Integrationssprache fördern, sowohl in den Betreuungsstrukturen als auch in der Früherziehung;
- besondere Aufmerksamkeit auf die Inklusion der Kinder mit besonderen Bedürfnissen legen und ihnen in den Kindertagesstätten ausreichend Plätze zur Verfügung stellen („Crèches“, „Maisons relais“, „Foyers“);
- Schule und Betreuungsstrukturen besser aufeinander abstimmen und die Zuständigkeit in einem neuen „Ministerium für Kinder und Jugendliche“ bündeln;



- vermehrt innovative Betreuungsmodelle einführen und Aktivitäten unterstützen wie z.B. Natur- oder Waldbetreuung („Bëschcrèche“).

Eine Grundschule des Erfolgs sichern

déi gréng werden:

- an der Grundschule die drei offiziellen Sprachen unterrichten, ohne dass Mängel in einer dieser Sprachen automatisch zu einem Schulversagen führen;
- sowohl Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten und -rückständen als auch leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler individuell fördern und fordern;
- die vierteljährlichen Bilanzen und Evaluierungen für Eltern und Schülerinnen und Schüler verständlich gestalten;
- einen gemeinsamen Werteunterricht für alle Kinder einführen, der sowohl den aktuellen Moralunterricht als auch den Religionsunterricht ersetzt;
- den Kompetenzunterricht zusammen mit dem Lehrpersonal anpassen und sowohl die schwächeren als auch die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler individuell fördern;
- Bildung für nachhaltige Entwicklung integrieren sowohl in die Schulprogramme als auch in die Grundausbildungen des Betreuungs- und des Schulpersonals;
- die „Éducation différenciée“ in die Grundschule integrieren und die Schulen barrierefrei gestalten, die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte entsprechend anpassen und so ein allen Kindern offenes Schulsystem verwirklichen;
- die Funktionsweise der multiprofessionellen und mobilen Teams verbessern. Diese werden genügend Mittel erhalten, um sich gezielt und möglichst früh um Schülerinnen und Schüler mit Verhaltens- oder verschiedenartigen Lernproblemen (Dyslexie, Dysphasie, Dyscalculie ...) zu kümmern und sie in Zusammenarbeit mit dem Lehrpersonal unterstützend zu begleiten;
- die Koordination und Zusammenarbeit zwischen dem Schulpersonal verbessern, speziell auch zwischen den einzelnen Zyklen;
- eine Überarbeitung und Verbesserung der Initial- und Weiterbildung der Lehrkräfte in die Wege leiten, um auch unter schwierigen Bedingungen einen qualitativ hochwertigen und flexiblen Schulbetrieb zu ermöglichen;
- eine hauptamtliche Direktion einführen, die als Gesprächspartnerin für alle erkennbar ist (Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, sozioedukatives Personal, Eltern, Gemeinde, Ministerium und Betreuungsstrukturen), die verbindlich für Schulqualität bürgt, die Schule leitet und durch die Übernahme der Verwaltungsaufgaben die Lehrkräfte von administrativer Arbeit entlastet;
- alle Partner – und speziell die Eltern – in die wichtigen Entscheidungen einbinden, auch bei der strategischen Ausrichtung der Schule;
- überschaubare Schulstrukturen fördern und neben einer Mindest- auch eine Maximalgröße für Schulen definieren;
- finanzielle und strukturelle Mittel vorrangig in jenen Schulen einsetzen, in denen die sozialen und kulturellen Benachteiligungen am größten sind;
- „Classes d'accueil“ anbieten, damit die sprachliche Integration bestmöglich gefördert wird, besonders für erst kürzlich nach Luxemburg gezogene Kinder;
- flächendeckend öffentliche Ganztagschulen anbieten, im Zusammenspiel mit den Betreuungsstrukturen;
- überprüfen, ob die „Education précoce“ ihre Ziele erfüllt oder ob sie nicht besser durch eine Frühförderung außerhalb des Schulsystems ersetzt werden sollte;
- spezialisierte Therapiestrukturen schaffen, um möglichst vielen Kindern, die im Ausland in stationärer Behandlung sind, in Luxemburg adäquate Förderung anbieten zu können.

Sekundarunterricht als Vorbereitung fürs Leben ansehen

déi gréng werden:

- den Dialog über Lehrinhalte und neue Lehrformen mit allen Lehrkräften weiterführen und eine Individualisierung des Sekundarunterrichts unterstützen;
- vom Prinzip der frühen Orientierung der Kinder nach der sechsten Klasse in drei getrennte Ausbildungsgänge abrücken und ein Pilotprojekt mit einer Gesamtschule für noch schulpflichtige Schülerinnen und Schüler ausarbeiten;
- an der Mehrsprachigkeit festhalten, jedoch ab der Oberstufe eine Gliederung des Studienangebots in Haupt- und Nebensprachen einführen. Eine Schwäche in einer Sprache darf nicht automatisch zum schulischen Misserfolg führen;
- im technischen und im klassischen Gymnasium das Tutorat ausbauen sowie „Schüler helfen Schüler“-Projekte initiieren;
- einen neutralen Werteunterricht für alle Kinder einführen, der die bisherigen Moral- und Religionsunterrichte im Sekundarunterricht ersetzen wird;
- der politischen Bildung einen neuen Stellenwert einräumen und bereits in den unteren Klassen des „Secondaire“ über die Grundprinzipien der Demokratie sowie den Aufbau und die Funktionsweise der demokratischen Institutionen aufklären;
- die Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützen und die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, bei ihren Entscheidungen abschätzen zu können, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen auswirkt;
- die Informatik als Schulfach aufwerten und Internetkompetenz bzw. den Umgang mit den neuen Medien und deren Möglichkeiten in alle Schulfächer integrieren, da sie ein wichtiger Bestandteil der späteren beruflichen Laufbahn sind;
- die Vermittlung von Medienkompetenz in den Grund- und Sekundarschulen fördern. Medienpädagogische Inhalte sollen fächerübergreifend dabei helfen, dass sich die Schülerinnen und Schüler kritisch mit Medienprodukten auseinandersetzen;
- die Schülerinnen und Schüler stärker an der Gestaltung des Schulalltags beteiligen und politische Bildung auch im Schulalltag auf den diversen Ebenen der Institution Schule erlebbar machen. Dies mündet in einer Stärkung der Rolle der gewählten Schülervertreterinnen und -vertreter, sowohl in den Schulen als auch auf nationaler Ebene. Somit werden Schülerinnen und

Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die ihr Wahlrecht ab 16 verantwortlich ausüben können;

- die Eltern stärker ins Schulleben einbinden, ebenfalls in die Diskussionen zur strategischen Ausrichtung der Sekundarschulen;
- in den Schulbetrieb integrierte Praktika fördern und ausbauen, sowohl im klassischen als auch im technischen Sekundarunterricht und den Schülerinnen und Schülern damit einen besseren Einblick in die Arbeitswelt ermöglichen;
- den Ausbau der Schulgebäude des postprimären Unterrichts konsequent weiterführen. Besonders in den unteren Klassen sind die Schülereffektive zu hoch;
- die Arbeit der „École de la deuxième chance“ stärker fördern.

Die Berufsausbildung aufwerten

déi gréng werden:

- möglichst alle beruflichen Ausbildungswege in deutscher und französischer Sprache anbieten, um unüberwindliche sprachliche Hürden bei der Ausbildung zu vermeiden und so hinsichtlich der komplexen Sprachensituation die Chancengleichheit zu verbessern;
- das Tutorat und den „Conseiller à l'apprentissage“ aufwerten, damit Auszubildende effizienter begleitet werden können und die Zahl der Lehrabbrüche reduziert wird;
- die Ausbildungsreife anhand von definierten Mindestanforderungen festlegen;
- Selbstständigkeit, Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Teamfähigkeit fördern und neben der fachlichen Kompetenz vermitteln;
- die Vorbildfunktion der Gemeinden und öffentlichen Verwaltungen durch ein breites Angebot an Praktika stärken;
- ein lebenslanges Recht auf Bildung festschreiben und hochwertige Weiterbildungsangebote anbieten, berufsbegleitend oder in Vollzeit („Life Long Learning“), dabei gleiche Rechte für alle Berufskategorien (Beispiel Selbstständige und Freiberufler) garantieren. Außerdem die Entwicklung und den Einsatz von „e-Learning“-Techniken fördern.

Eine optimale Orientierung garantieren

déi gréng werden:

- eine zielgerichtete Beratung zur Schul- und Berufsorientierung in allen Schulgebäuden einführen;
- Unterstützung für Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen in allen Schulgebäuden anbieten;
- die „Maison de l'Orientation“ mit regionalen Antennen stärken, um die Vernetzung von Schule und Arbeit aktiver voranzutreiben;
- Schnuppertage und -praktika in Handwerksbetrieben einführen – auch in der Großregion – und das Handwerk als erstrebenswerte Berufsaussicht fördern;
- jeder Schülerin und jedem Schüler einen Praktikums-Tutor oder eine -Tutorin zur Seite stellen;
- die Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieben verbessern, indem hierfür spezifische Ansprechpartner bereitgestellt werden;
- eine systematische Analyse des Arbeitsmarkts erstellen, um die Ausrichtung der Orientierungsmaßnahmen an die Nachfrage am Arbeitsmarkt anpassen zu können.

Den Schulabbruch verhindern

déi gréng werden:

- die regionalen Beratungsstellen der „Action Locale pour Jeunes“ (ALJ) stärken und damit einen intensiveren Kontakt zu den Schulen gewährleisten;
- den „Service Volontaire d'Orientation“ für Jugendliche stärken, um gefährdeten Schülerinnen und Schülern sinnvolle Perspektiven zu bieten, und die Kooperation mit der ALJ und den Jugendhäusern verbessern;
- den Mangel an Sozial- und Schlüsselkompetenzen ernst nehmen und ihm durch eine Erweiterung der Weiterbildungsprogramme entgegenwirken;
- das systematische Angebot von Internaten garantieren und diese an die jeweiligen Schulen angliedern;
- jugendliche Schulabbrecherinnen und -abbrecher in kleinen regionalen Zentren für eine Berufsausbildung fit machen und sie kontinuierlich begleiten. Diese Zentren mit den Betrieben der Region vernetzen und in die Sozial- und Solidarwirtschaft einbinden;
- Betriebe unterstützen, die Verantwortung für diese Jugendlichen übernehmen;
- ein spezielles „Stagiaire“-Statut ausarbeiten, damit auch Personen automatisch krankenversichert / sozial abgesichert sind, die ein Praktikum lediglich als Orientierungshilfe und nicht im Rahmen einer Ausbildung oder eines staatlichen Programms machen.

Universität in Verantwortung nehmen

déi gréng werden:

- die gesellschaftliche Bildungs- und Lenkungsrolle der Universität Luxemburg stärker fördern. Projekte, Studien und Ergebnisse müssen aktiv und über Expertenkreise hinaus nach außen getragen und vermittelt werden;
- der Universität eine demokratischere Entscheidungsstruktur geben und ihre interne Funktionsweise verbessern: keine exklusive Entscheidungsgewalt für das Rektorat, sondern Mitsprache und Mitentscheidung der anderen Organe sowie der Lehrkräfte, der Forscher, der Studierenden und des Personals;
- die geisteswissenschaftlichen Lehr- und Forschungsaktivitäten stärker fördern;
- eine Ausweitung der berufsbegleitenden Studien anregen, unabhängig vom Angebot an Vollzeitstudien;
- den Universitätscampus in Belval rasch fertigstellen und den Bau der Universitätsbibliothek als zentrales Element für die Lehr- und Forschungsaktivität beschleunigen;
- den Lehrkräften, Forschenden und Studierenden bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen bieten, insbesondere durch ausreichenden und erschwinglichen Wohnraum auf und in der Nähe des Universitätscampus;



- die akademischen und partizipatorischen Rechte des „Assistant-Professeur“ den Rechten des „Professeur“ anpassen;
- Luxemburger Forschende sowie Professorinnen und Professoren im Ausland stärker mit der Universität Luxemburg vernetzen und akademische und wissenschaftliche Aktivitäten zusammenführen;
- den Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen an der Universität verhindern;
- die Studentenvertretungen besser einbinden, sowohl auf der Ebene der Universität als auch auf jenen der Fakultäten und Institute;
- die Entstehung eines multikulturellen und lebendigen Studierendenlebens in Luxemburg fördern;
- mehr staatliche oder staatlich subventionierte Wohnungen in den europäischen Hauptzielorten unserer Studierenden anbieten, vor allem für Studienanfängerinnen und -anfänger;
- die nationalen Studentenvereinigungen stärker unterstützen und regelmäßig zu studentenpolitischen Themen konsultieren;
- das Personal des CEDIES aufstocken, um eine bessere Beratung und Begleitung der Studierenden zu ermöglichen und auch die regelmäßigen Verspätungen bei der Zuteilung der Studienbeihilfen zu beheben;
- ein nachhaltiges und sozial gestaffeltes Modell für Studienbeihilfen umsetzen, das Studierenden und Staat finanzielle Planungssicherheit bietet;
- die Studienbeihilfen auf Studenten und Studentinnen ausweiten, die auf weiterführenden Berufsschulen im Ausland studieren.

## déi Lénk

a) déi Lénk wollen in der Grundschule präzise Zielsetzungen und verständliche Bewertungsmethoden verankern, zur Unterstützung aller Schüler die Verantwortung für eine Lerngruppe einem multiprofessionellen Team anstatt einem einzelnen Klassenlehrer übertragen und deshalb die vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen der Education différenciée (EDIFF) in die Schulen eingliedern sowie die bestehenden Schulkomitees ausbauen, um die Verantwortung der einzelnen Akteure zu stärken, anstatt einen Schuldirektor einzuführen.

b) déi Lénk wollen die Sekundarschulreform völlig neu diskutieren.

c) déi Lénk wollen die Vielsprachigkeit auf ihrem derzeitigen hohen Niveau aufrechterhalten; in ihr liegt eine unleugbare Stärke, auf persönlichem,

kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Plan. Die luxemburgische Sprache in allen vor- und außerschulischen Strukturen ist zu fördern, insbesondere in der Früherziehung, die in allen Gemeinden und für den ganzen Tag angeboten werden muss. Das Sprachenlernen und besonders die Schriftsprache sehen wir als wichtiges Werkzeug zur Teilhabe in der Gesellschaft. Weiterhin sind alle Sprachen der Kinder wertzuschätzen und als Sprungbrett zum weiteren Sprachenlernen zu nutzen. Die Hierarchie zwischen dem Französischen und dem Deutschen und das Konzept der Verkehrssprachen und der Alphabetisierung müssen gründlich diskutiert werden. Die schulische Didaktik und die Lehrbücher müssen an die besondere Sprachensituation des Landes angepasst werden.

## adr:

a), b) & c) Für die ADR ist die Schul- und Bildungspolitik ein zentrales Thema. Die jahrelangen Fehlentwicklungen, wo die Nivellierung nach unten politisches Programm ist (z.B. Kompetenzunterricht, zu großzügiges Kompensieren, Ersetzen von Noten durch nicht verständliche Bilanzen,...), sind am Ursprung von vielen Problemen wie das dramatische Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit. Auch die sehr hohe Durchfallquote bei offiziellen Einstellungsexamen für den öffentlichen Dienst ist ein untrügliches Zeichen für das Kaputtmachen des Bildungssystems. Es ist unmöglich, alle konkreten Vorschläge der ADR in einigen Zeilen zu umreißen, daher nur einige Stichwörter: mehr Leistung fordern, Direktoren in die Grundschule, zurück zum Punktesystem zumindest im Cyle 4 (5. und 6. Schuljahr), Sektionen im Lyzeum erhalten, Kunst- und Musiklyzeum, Handwerk aufwerten, in technischen Lyzeen besser auf die Arbeitswelt vorbereiten usw.

Für die ADR muss Luxemburgisch zur Umgangs- und Integrationssprache in den Schulen werden. Die Mehrsprachigkeit in den Schulen muss erhalten und verbessert werden, auch mit neuen didaktischen Methoden und Mitteln, wo sowohl Deutsch als Französisch eher als Fremdsprachen gelernt werden. Neuankommlinge müssen, ganz besonders in der Grundschule, in Spezialklassen („classes d'accueil“) unterrichtet werden, um den in Luxemburg üblichen Sprachen mächtig zu werden.



**Votre assurance  
professionnelle**



a) Die LSAP setzt weiter auf Innovation im Grundschulbereich und hält an bewährten Grundlagen der Reform fest. Die LSAP wird:

- die Schülerbewertung auf der Grundlage sogenannter „bilans intermédiaires“ kontinuierlich überprüfen und weiter optimieren; die „bilans“ vereinfachen und dadurch leserlicher gestalten;
- auch weiter am partizipativen Ansatz in Sachen Schulleitung festhalten: Die Selbstverwaltung in Form autonomer Schulkomitees hat sich in der Praxis bewährt, deshalb wird die LSAP auf den Einsatz von hierarchisch übergeordneten Schulleitern verzichten und nur im Bedarfsfall auf eine derartige Maßnahme zurückgreifen; die gewählten Elternvertreter stärker in den Schulbetrieb einbinden; den Verwaltungsaufwand reduzieren.

b) Die LSAP steht zum Gesetzesprojekt, so wie es von der Bildungsministerin im Namen der CSV-LSAP-Regierung im Parlament eingebracht worden ist.

c) Die LSAP betrachtet die Mehrsprachigkeit nicht nur als wichtigen Vorteil bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, sondern auch als kulturellen Reichtum, den es zu erhalten gilt. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass das Erlernen der drei Landessprachen (und des Englischen) einen hohen Stellenwert in unserem Bildungssystem behält. Doch die Mehrsprachigkeit muss eine Chance sein; sie darf nicht zur unüberwindlichen Hürde für den schulischen oder beruflichen Erfolg oder die gesellschaftliche Integration werden. Daher wird die LSAP darauf achten, dass die Sprachanforderungen in der Grundschule und in der Sekundarschule diesem übergeordneten Ziel Rechnung tragen. In der Grundschule wird die LSAP ein Pilotprojekt initiieren, das auf französische Alphabetisierung setzt und die deutsche Sprache als Fremd- bzw. Zweitsprache anbietet. Im technischen Sekundarunterricht werden die erforderlichen Sprachkompetenzen je nach ausgewählter Fachrichtung unterschiedlich gewichtet werden.



a) Die KPL ist der Ansicht, dass es sich hierbei in erster Linie um eine technokratische, formale Reform der Grundschule handelt. Das Bildungsministerium hätte noch viel enger mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten müssen – zum Beispiel bei den sogenannten „bilans“ –, was aber leider nicht der Fall war. Nur so hätte man im Sinne einer dialektischen Aufhebung positive Aspekte der früheren Grundschule bewahren und neue Methoden integrieren können. Diverse pädagogisch-didaktische sowie methodische Neuerungen („équipe multi-professionnelle“, „approche par compétences“, „bilans“, „plans de réussite scolaire“) haben Einzug erhalten; diese müssen allerdings noch einmal mit den Gewerkschaften überarbeitet und verbessert werden. Alles bleibt Makulatur, wenn die Betreuungsstrukturen und -zentren („maison relais“) nicht ausgebaut werden. Für die Schüler aus einkommensschwachen Familien müssen in materieller, soziokultureller und pädagogisch-didaktischer Hinsicht die gleichen Ausgangsvoraussetzungen geschaffen werden. Deshalb plädiert die KPL für die Einführung der Ganztagschule (bei gleichzeitiger massiver Aufstockung des Lehr- und Erziehungspersonals). Welche katastrophalen Auswirkungen die Grundschulreform hat, erkennt man an den Orientierungsmaßnahmen in den Städten mit einer hohen Dichte an Arbeiter- und Migrantenfamilien – quasi jedes dritte Kind wird ins „régime préparatoire“ überwiesen.

b) Für die Sekundarschulreform gilt dasselbe wie für die Reform der Grundschule. Es handelt sich vorrangig um eine formale Neugestaltung der Sekundarschule, welche die soziologische Struktur des luxemburgischen Bildungssystems nicht wesentlich ändern wird. Die Sekundarschule Luxemburgs wird mit dieser Reform, die gleichsam von der kapitalistisch-

neoliberalen Wirtschaftsorganisation OECD diktiert wurde, weiterhin ein Spiegelbild der bürgerlichen Klassengesellschaft bleiben. Die KPL fordert die Einführung einer laizistischen polytechnischen Sekundarschule (dreijähriger „tronc commun“ nach der Grundschule) mit Schwerpunkt auf den Human- und Naturwissenschaften bei gleichzeitiger Ausbildung der manuellen Fähigkeiten sowie mit anspruchsvollen, objektiven Leistungskriterien – d.h. keine automatische Versetzung, jedoch Berücksichtigung der Stärken des Schülers. Anschließend erfolgt die vierjährige Berufsausbildung (Handwerker oder Techniker) oder die vierjährige Vorbereitung auf das klassische bzw. technische Abitur – bei Beibehaltung der meisten bestehenden „Sektionen“, jedoch Prozedurvereinfachung beim Wechsel des schulischen Schwerpunkts.

c) In der Tat erweist sich die Mehrsprachigkeit als luxemburger Besonderheit, welche auf jeden Fall bewahrt werden muss. Allerdings bedarf es hierzu konkreter Anstrengungen. Vor allem Kindern und Jugendlichen aus Migranten- und Arbeiterfamilien fehlt beim Erlernen der Sprachen die nötige Unterstützung. Diese kann ihnen nur geboten werden, wenn die Betreuungsstrukturen, in denen der Spracherwerb (Hausaufgaben, spielerische Herangehensweise, spezifische Übungen, Kommunikationssituationen etc.) eine zentrale Rolle haben muss, ausgeweitet und verbessert werden. Insbesondere im Kindergarten und im ersten Zyklus der Grundschule müssen neue Wege gefunden werden. Das Nicht-Beherrschen der Mehrsprachigkeit darf indes nicht als Ausschlusskriterium fungieren, vor allem nicht bei Jugendlichen, die aus politisch-wirtschaftlichen Gründen mit ihren Eltern nach Luxemburg zogen / ziehen mussten. Diese werden auf schulischer Ebene oft falsch orientiert.



a) & b) Die augenblicklich starre und unflexible Struktur im Sekundarschulsystem wird durch diese Reform nicht verändert. Wir fordern deshalb die Zusammenlegung des „Enseignement Secondaire Classique“ und des „Enseignement Secondaire Technique“, um so ein sogenanntes modulares Schulsystem einführen zu können. Durch die Verschmelzung der aktuell separaten Systeme zu einem einzigen, modular aufgebauten System könnte man optimal auf die persönlichen Stärken und Schwächen des individuellen Schülers eingehen.

b) Keine Position.





Monde  
de sécurité  
Bâloise

# Minimisons les risques

Mir maachenlech méi sécher.  
Votre sécurité nous tient à cœur.  
[baloise.lu](http://baloise.lu)

 **Bâloise**  
Assurances

  
**CGFP**  
*Assurances*

16, rue Érasme  
L-1468 Luxembourg  
tél.: +352 27 04 28 01  
[info@cgfp-assurances.lu](mailto:info@cgfp-assurances.lu)



Eine Service-Leistung der CGFP

# Erweiterung des Kinderbetreuungsangebots der CGFP wird konkret

**Beamtenministerin Octavie Modert besucht CGFP-eigene Kindertagesstätte auf Belair und unterzeichnet Konvention zur Einrichtung einer zusätzlichen Auffangstruktur im Norden des Landes**

*Im Hinblick auf die Schaffung von zwei zusätzlichen CGFP-Kindertagesstätten im Lande stattete die für den öffentlichen Dienst zuständige Ressortministerin Octavie Modert am vergangenen 30. September der bereits bestehenden CGFP-Einrichtung an der hauptstädtischen Rue J.-B. Esch einen Besuch ab. Gleichzeitig konnte die Konvention, welche die Rahmenbedingungen zur Inbetriebnahme einer zweiten CGFP-Kindertagesstätte im Norden des Landes regelt, unterzeichnet werden. erinnert sei daran, dass das im Jahre 2011 von der CGFP erzielte Besoldungsabkommen auch soziale Maßnahmen beinhaltet, darunter die Schaffung von zwei weiteren, von „CGFP-Services“ zu betreibenden Auffangstrukturen für Kinder. Im Wortlaut heißt es darin: „Le Gouvernement s’engage à réaliser les mesures suivantes: Création de deux crèches / garderies supplémentaires au profit du personnel de l’Etat gérées par CGFP-Services (...)“*



Die derzeitige CGFP-Kindertagesstätte auf Belair kann bis zu 42 Kinder aufnehmen

Bei ihrem Besuch in der CGFP-eigenen Kindertagesstätte auf Belair wurde Beamtenministerin Octavie Modert vom Vorsitzenden von „CGFP-Services“, Jos. Daleiden, recht herzlich willkommen geheißen, dies in Anwesenheit der beiden Direktionsbeauftragten Renée Groff und Eliane Jeitz, von „CGFP-Services“-Administrator Georges Muller, den beiden „CGFP-Services“-Beauftragten Marc Poos und Roland Rinnen sowie dem CGFP-Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit, Steve Heiliger.

In seiner Begrüßungsansprache blickte „CGFP-Services“-Präsident Jos. Daleiden auf die Entstehungsgeschichte der bereits bestehenden CGFP-Kindertagesstätte auf Belair zurück, die ihre Tore nach anfänglichen Schwierigkeiten im Jahre 1995 eröffnen konnte. Besonderen Wert legte der Vorsitzende der CGFP-Dienstleistungsstruktur auf den Umstand, dass sowohl die Auflagen des Familienministeriums als auch die Vorgaben des Gesundheitsministeriums strengstens berücksichtigt werden. Ein hoch motiviertes und bestens qualifiziertes Personal trage seinerseits zu einem absolut reibungslosen Ablauf des Tagesgeschehens bei.

Bei einem Rundgang durch die freundlich eingerichtete und kindergerecht gestaltete Auffangstruktur konnte sich Ministerin Octavie Modert von der zweckmäßigen Nutzung und Einrichtung der Räumlichkeiten überzeugen.

Familie und Beruf sinnvoll miteinander verbinden zu können, war und ist auch heute noch immer das Ziel der nunmehr bereits vor gut 18 Jahren in Betrieb ge-

nommenen CGFP-eigenen Kindertagesstätte „Kaweechelchen“ mit Sitz auf Belair. Bis zu 42 Kinder leben hier tagsüber zusammen. Sie basteln, turnen, singen, tanzen und malen. Die Kinder sollen sich rundum wohlfühlen. In familienähnlicher Atmosphäre werden die Kinder unter Aufsicht und Leitung von Fachpersonal betreut und erlernen hierbei soziales Zusammenleben.

Wohlfühlen kann man sich hier allemal. Mit viel Liebe zum Detail war das auf Nr. 36 an der hauptstädtischen Rue J.-B. Esch gelegene Gebäude seinerzeit kindergerecht eingerichtet und diesbezüglich im Laufe der Jahre immer wieder auf den neuesten Stand gebracht worden. Kindertagesstätten haben in der Tat einen wichtigen Betreuungs- und Erziehungsauftrag und müssen alleine schon deshalb hohen fachlichen und organisatorischen Standards entsprechen, um Kindern eine optimale Förderung zu gewährleisten. So möchte auch die CGFP-eigene Einrichtung den Kindern in einem Wohlfühlambiente den Entwicklungsspielraum bieten, den sie in ihrem jeweiligen Alter brauchen. Entsprechend den Erwartungen sind die Räumlichkeiten der Kindertagesstätte „Kaweechelchen“ bereits bei ihrer Konzipierung unter Berücksichtigung der geltenden Bestimmungen entworfen und über die Jahre immer wieder den neuesten Erkenntnissen entsprechend angepasst worden.

Dass dies auf bemerkenswerte Art und Weise gelungen ist, konnte Beamtenministerin Octavie Modert, die des Lobes voll war hinsichtlich Einrichtung

*Beamtenministerin Octavie Modert bei der Unterzeichnung der Konvention, welche die Rahmenbedingungen zur Inbetriebnahme einer zweiten CGFP-Kindertagesstätte in Ingeldorf, Gemeinde Erpeldingen, regelt*

Fotos: Steve Heiliger



und Führung der CGFP-Tagesstätte, bei ihrem Besuch auf Belair feststellen: Die Räumlichkeiten sind groß, hell und einladend und bieten den Kindern viel Platz für vielschichtige Aktivitäten. In einem gut durchdachten Betreuungskonzept sollen Beruf und Familie, wie oben bereits erwähnt, durch flexible Betreuungsformen vereinbar gemacht werden. Ebenso soll den Kindern frühzeitig ein reichhaltiges Anregungs- und Förderangebot zugänglich sein.

Was am 29. Mai 1995, vor gut 18 Jahren also, auf Belair mit gerade mal sechs Kindern recht bescheiden begann, hat sich im Laufe der Zeit zu einer Art Großfamilie mit derzeit 42 kleinen Gästen entwickelt. Heute ist das Haus „Kaweechelchen“ eine allseits anerkannte Einrichtung. Die Alterspyramide reicht von gerade mal drei Monaten bis zu vier Jahren. Eines trifft für die Kinder insgesamt zu: Ein Elternteil muss im öffentlichen Dienst beschäftigt sein, so ein Aufnahmekriterium.

Die im Anschluss an den Rundgang von Beamtenministerin Octavie Modert unterzeichnete Konvention bezieht sich auf die Einrichtung von zunächst einer weiteren CGFP-Kindertagesstätte im Norden des Landes, genauer gesagt in Ingeldorf,

Gemeinde Erpeldingen, d.h. in der sogenannten Nordstadt zwischen Ettelbrück und Diekirch. Die Gemeinde Erpeldingen mit an ihrer Spitze Bürgermeister André Bauler hatte sich spontan dazu bereit erklärt, ein früheres Vorschulgebäude zur Verfügung zu stellen, das nun in mühevoller Kleinarbeit den Erfordernissen einer modernen Kindertagesstätte angepasst wird. Die voraussichtliche Eröffnung ist für Frühjahr 2014 vorgesehen. Die Einrichtung soll Platz für etwa 20 Kinder bieten.

Erwähnen wir der Vollständigkeit halber, dass die dritte im jüngsten Besoldungsabkommen vorgesehene CGFP-Kindertagesstätte voraussichtlich im Osten resp. Süden des Landes eröffnet wird. Eine definitive Entscheidung über den genauen Standort soll in absehbarer Zeit fallen.

Mit einem Glas spritzigem Moselwein fand die sympathische Zusammenkunft ihren Abschluss, wobei sich Präsident Jos. Daleiden bei der Ministerin für ihren Besuch, ihr Interesse und ihre Aufmerksamkeit recht herzlich bedankte, derweil Ministerin Octavie Modert „CGFP-Services“ ihre weitere Unterstützung bei ihrem sozialen Auftrag zusicherte.

s.h.



In diesem bisher als Vorschule genutzten Gebäude in Ingeldorf wird die zweite CGFP-Kindertagesstätte eingerichtet, in der ab Frühjahr 2014 etwa 20 Kinder betreut werden können



# Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch  
eines jeden

## BHW und CGFP


bieten ihnen hierzu die Möglichkeit  
und zwar zu den  
allergünstigsten Bedingungen

## Unschlagbares Angebot

für:  
Wohnungsbau/-kauf  
Modernisierung  
Grundstückwerb

mit:  
Sofortkredit  
CGFP-Vorzugsdarlehen  
Steuervorteilen

**Lassen Sie sich unverbindlich beraten**

Bitte ausfüllen und einsenden an:	 <b>OEL/CGFP</b> Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement B.P. 595 – L-2015 Luxembourg
Baukredit:	_____ (Name)
	_____ (Vorname)
Ich bitte um unverbindliche Beratung durch einen CGFP/BHW-Berater	_____ (Straße, Hausnummer)
	_____ (Plz. /Wohnort)
	_____ (Telefon)
	_____ (Dienstbezeichnung)
	_____ (Dienststelle)

**Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2013**



# Bausparen

## aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW Dispo maXX

## Bauen und Sparen

Der BHW Dispo maXX ist ideal zum Bauen und Sparen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

### Zinsgünstiges Darlehen

BHW Dispo maXX bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie beeinflussen selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Sie haben die Wahl zwischen drei Darlehenszinsvarianten zu 3,75%, 2,90% oder sogar 1,90%. Ganz so, wie es Ihren Wünschen entspricht.

### Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Dispo maXX kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfan-

gen wollen, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

### Spareinlage mit hoher Rendite

Wollen Sie kein BauSparDarlehen in Anspruch nehmen, so bietet sich der BHW Dispo maXX als attraktive Spareinlage mit hoher Rendite an. Während der Vertragslaufzeit erhalten Sie eine Basisverzinsung von 1,00%. Bei Darlehensverzicht und einer Laufzeit von mindestens sieben Jahren erzielen Sie bis zu 4,00% Guthabenzinsen. Diese Höherverzinsung ist abhängig von der Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere und begrenzt auf einen Zeitraum von max. acht Jahren. Sie profitieren als Kunde somit von steigenden Guthabenzinsen.

### Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jedes Jahr bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern macht das z.B. 2.688 Euro. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!

Informieren Sie sich noch heute:  
Tel.: 47 36 51.

## Neuer BHW-Vorstandsvorsitzender zum Antrittsbesuch in Luxemburg



Unser Bild zeigt den neuen BHW-Vorstandsvorsitzenden, Lars Stoy (l.), zusammen mit seinem Vorgänger im Amt, Dieter Pfeiffenberger  
Foto: Steve Heiliger

Vor kurzem stattete der neue BHW-Vorstandsvorsitzende Lars Stoy der „Oeuvre CGFP d'Epargne Logement“, der CGFP-Facheinrichtung im Bereich der Baufinanzierung, einen Antrittsbesuch ab. Begleitet wurde er dabei von seinem Vorgänger im Amt, Dieter Pfeiffenberger, der innerhalb der Postbank die Verantwortung für Baufinanzierung / Commercial Real Estate übernimmt. Lars Stoy ist zusätzlich übergreifend für die Steuerung des Geschäftsfelds Bausparen zuständig. Als Vorstandsvorsitzender verantwortet er das Ressort CEO (Revision, Vertriebsbetreuung und NL Luxemburg).

Begrüßt zu einem aufschlussreichen Arbeitsgespräch wurden die Gäste aus Hameln von „Oeuvre“-Präsident Jos. Daleiden, umgeben von Georges Muller, Finanzverwalter, und Paul Zimmer, Wirtschaftsrat bei CGFP-Services, der Dienstleistungsstruktur der CGFP.

Lars Stoy (40) ist Bankkaufmann und Betriebswirt und hat seine berufliche Laufbahn 1994 bei der Commerzbank begonnen. 1999 wechselte der gebürtige Hamelner zur BHW-Bausparkasse und durchlief dort verschiedene Stationen. Im Zuge der Integration der BHW-Bausparkasse in den Postbank-Kon-

zern wechselte er 2006 zur Postbank, wo er die Kapitalmarktkommunikation / Investor Relations verantwortete. 2009 übernahm Stoy – zunächst als Generalbevollmächtigter, ab 2012 als Vorstandsmitglied – parallel dazu die Leitung des Ressorts Finanzen der BHW-Bausparkasse.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der „Oeuvre CGFP d'Epargne Logement“ bedankte sich Jos. Daleiden nach einleitenden Begrüßungsworten bei Dieter Pfeiffenberger für die hervorragende Zusammenarbeit während seiner Amtszeit als BHW-Vorstandsvorsitzender und wünschte dessen Nachfolger an der Spitze der BHW-Bausparkasse Lars Stoy viel Erfolg in seinem neuen Wirkungsfeld. Der „Oeuvre“-Vorsitzende verfehlte es dabei nicht, auf die langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen BHW und der Berufsorganisation der öffentlichen Funktion hinzuweisen, die nach Abschluss eines Kooperationsvertrages am 1. Februar 1977 mit der Einrichtung einer ersten BHW-Niederlassung in Luxemburg begonnen und es seither einer Vielzahl an öffentlich Bediensteten ermöglicht habe, ihren Traum vom Eigenheim dank einer vorteilhaften, fortschrittlichen und zukunftsweisenden Finanzierungsform zu verwirklichen. **s.h.**

Bauen und Wohnen

## BHW-Beratung bei der „Semaine du Logement“

Anlässlich der jüngsten Auflage der „Semaine du Logement“, die vom 27. bis 30. September 2013 in den Messehallen auf Kirchberg stattfand, war auch der CGFP-Kooperationspartner BHW erneut mit einem Informationsstand vertreten. Die sachkundigen Berater der BHW-Bausparkasse informierten die zahlreichen Messebesucher eingehend in Sachen Baufinanzierung und boten gleichzeitig die vielfältigen Produkte aus dem CGFP-Versicherungsangebot an.

Eine sinnvolle Alternative mit vielen Vorteilen gegenüber einem herkömmlichen Bankdarlehen bleibt in der Tat die Finanzierung des Eigenheims über einen Bausparvertrag mit einem Sofortkredit zu äußerst günstigen Bedingungen, wie ihn die „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“ im Verbund mit BHW anbietet, nicht zuletzt auch, weil das Bausparen steuerlich gefördert ist und die Zinserträge aus Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit sind. Der Zugang zum Eigenheim liegt der



Unser Bild wurde am Rande der diesjährigen „Semaine du Logement“ aufgenommen und zeigt Direktor Lothar Meyer (r.), zusammen mit (v.l.n.r.) Vertriebsdirektor André Lamas, Sachbearbeiterin Nancy Rensch und Vertriebsleiterin Chantal Back  
Foto: Steve Heiliger

CGFP seit jeher besonders am Herzen. Bereits in den 70er Jahren ging die CGFP eine Kooperation mit dem Beamtenheim-

stättenwerk BHW ein, um CGFP-Mitgliedern Geldmittel zum Wohnungsbau zu günstigen Bedingungen zu vermitteln.

Dazu kommt das vorteilhafte Angebot der ganzen Palette der CGFP-Versicherungen. **s.h.**



# snaidero

## CUCINE PER LA VITA

by

# KITCHEN Store

204, route d'Arlon • L-8010 Strassen  
Tél.: (+352) 26 11 98 50 • [www.kitchenstore.lu](http://www.kitchenstore.lu)



**Eng Spullmaschinn + Schäffche mat Pyrolyse + Inductionsplack vun der Mark Siemens, offrëiert ab engem Kaf vu 15 000 € fir Membere vun der CGFP bis den 15/12/2013.**

Conditions en magasin, offre non cumulable avec une autre offre passée, en cours ou à venir.

# CGFP-Website

[www.cgfp.lu](http://www.cgfp.lu)

Abonnieren Sie jetzt die CGFP-Newsletter  
Immer topaktuell unter [www.cgfp.lu](http://www.cgfp.lu)



## D'ARMÉI, ENG ERAUSFUERDERUNG FIR DECH

An der Arméi léiers du deng Limiten ze iwwerwannen an däi perséinlecht Potential ze entwéckelen. Du bass een Deel vun engem staarken Team a setz dech fir anerer an. Du gëss op deng Missiounen virbereet a baus dir deng professionnell Zukunft op. Déi kann an der Arméi sinn oder anzwousch anescht.  
D'Lëtzebuerger Arméi sicht jonk Leit fir de Fräiwëllegendéngscht.

Nächst Anzéien ass den **06. Januar 2014**

**INFOTELEFON 8002-4888**

>>> Stéchdatum fir den Aschreiwungsformular  
eran ze schécken ass de **16. Oktober 2013**



**LËTZEBUERGER ARMÉI**  
[www.armee.lu](http://www.armee.lu) • [info@armee.lu](mailto:info@armee.lu)

**Koweechelchen**

**Foyer  
de jour  
CGFP**

Pour tout  
renseignement  
s'adresser à  
Mme Renée Groff,  
directrice

36, rue J.B. Esch  
L-1473 Luxembourg  
Tél.: 25 03 54  
Fax: 25 28 84





# Comment se forment et s'adaptent les prix que vous payez ?

Suivant le modèle de nos voisins belges et français et de nombreux autres pays européens, le Luxembourg a créé fin 2011 un «Observatoire de la formation des prix». Intégré dans l'Observatoire de la Compétitivité du Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur, il a comme mission d'analyser des données statistiques en vue de fournir des éléments d'informations sur les mécanismes de la formation des prix à la consommation au Luxembourg. A cet effet et en complément d'autres études plus juridiques déjà réalisées, l'«Observatoire de la formation des prix» a fait réaliser une étude micro-économique analysant les comportements des entreprises au Luxembourg lorsqu'elles fixent ou adaptent les prix de leurs principaux produits et services à payer par le consommateur final.

Afin de répertorier au mieux la diversité de comportements possibles, l'étude a été menée de façon exploratoire en procédant par enquête auprès d'un échantillon restreint de vingt entreprises artisanales et commerciales de taille, de secteurs et de profils différents. Elles représentent un total de 960 millions d'euros de chiffres d'affaires et comptent près de 6.000 salariés. Les entreprises sélectionnées (surtout des petites et moyennes entreprises) viennent de 4 secteurs différents et prennent en considération autant que possible la diversité du tissu économique comme en témoigne le tableau ci-joint.

Interrogées par un grand cabinet de consultance, pour la quasi-totalité de ces entreprises, les marchandises ainsi que les salaires sont les postes de coûts les plus importants. Il est pourtant étonnant de constater que les loyers et l'énergie constituent un facteur plutôt négligeable au niveau des coûts. Les investissements ne représentent pas non plus une composante majeure dans la formation des prix. Une fois fixés, les prix ne sont en général pas négociés avec les clients (tiens, pourquoi d'ailleurs?), sauf s'il s'agit de pratiques de marché connues telles les négociations en vigueur dans le métier de la construction par exemple.

**Rarement d'adaptations des prix à la baisse**

Il a été constaté qu'en général, une baisse des coûts n'est pas répercutée par les entreprises sur le prix de vente suggérant l'absence d'une véritable concurrence sur les prix dont bénéficierait le consommateur final. En effet, les

Secteur de la Construction	Secteur du Commerce
1. TPE en travaux de menuiserie	6. Acteur de la grande distribution
2. PME en travaux de toiture et de couverture	7. Traiteur local
3. PME en travaux de vitrerie et miroiterie	8. Boulangerie artisanale
4. Entrepreneur de construction traditionnelle	9. Boutique de vêtements
5. TPE en travaux de peinture	10. Chaîne de produits de boulangerie
Secteur du Service (B2C)	Secteur HORECA
11. Chaîne luxembourgeoise de coiffure	16. Café-Bar à Luxembourg
12. Opérateur de téléphonie	17. Hôtel appartenant à une chaîne internationale
13. Services d'assurances (agence)	18. Hôtel-restaurant familial
14. Service de retouches	19. Chaîne de restauration internationale (franchise)
15. Chaîne de services automobiles	20. Restaurant traditionnel local

Source: Etude des adaptations de prix des entreprises au Luxembourg, Deloitte – mai 2013

entreprises rencontrées ont tendance à pratiquer davantage des adaptations de prix à la hausse. Selon l'étude, 17 entreprises sur 20:

- adaptent leurs prix uniquement à la hausse: ces entreprises ne pratiquent jamais de baisse de prix;
- adaptent leurs prix principalement à la hausse: ces entreprises augmentent habituellement leur prix, mais il leur arrive de baisser leur prix face à des événements spécifiques (par exemple, pour un ajustement de stocks ou encore suite à la baisse de la TVA).

Même dans le cas rare où des facteurs de coûts venaient à baisser, la plupart des entreprises ne diminuent en effet pas leurs prix en y voyant l'opportunité de se constituer une réserve afin d'éviter notamment les fluctuations de prix au profit d'une certaine stabilité. On peut en déduire que la concurrence sur les prix n'est pas très prononcée, sinon la majorité des entreprises seraient incitées à baisser leurs prix afin de gagner des parts de marché. D'autres entreprises interrogées préfèrent répercuter les hausses de leurs coûts sur leurs marges plutôt que d'augmenter leurs prix. Il importe de souligner que dans une économie de marché et sur un marché concurrentiel, une baisse des marges constitue un phénomène qu'on ne peut considérer comme anormal.

Pour une majorité des entreprises, les frais de personnel ne guident aucunement la politique des prix. Pour ces entreprises, les éléments déclencheurs pour réviser les prix sont plutôt l'évolution des coûts fournisseurs (produits finis et/ou matières premières), surtout lorsqu'il s'agit de fournisseurs étrangers.

**L'indexation automatique des salaires renforce le pouvoir d'achat**

Lorsque les entreprises faisant partie de l'échantillon sont interrogées sur la manière dont leurs clients perçoivent les

augmentations de prix, il est constaté qu'une majorité est peu sensible à de telles variations à la hausse. Ce comportement s'explique par l'existence d'un mécanisme de compensation des pertes de pouvoir d'achat. L'indexation automatique des salaires joue donc pleinement son rôle de stabilisateur au niveau de la demande des clients et met à mal la modulation de ce système décidée début 2012. Un quart des entreprises interrogées profitent d'ailleurs de l'échéance d'une tranche indiciaire pour répercuter les hausses des autres coûts (autres que les salaires) sur leurs prix de vente, leurs clients acceptent à ce moment plus facilement de telles augmentations. Il convient également de noter qu'un tiers des entreprises profitent des tranches indiciaires pour gonfler leur bénéfice car elles augmentent leurs prix plus que nécessaire pour compenser l'augmentation des coûts.

**Absence d'une gestion rigoureuse des prix**

Les entreprises interrogées ne font d'ailleurs pas nécessairement preuve d'une grande expertise en ce qui concerne la détermination et l'adaptation de leurs prix. L'étude constate en effet qu'un nombre relativement important d'entreprises de l'échantillon utilisé disposent de peu de compétences analytiques de gestion rendant difficile l'optimisation de leurs prix de vente. Ainsi, la fixation et l'adaptation des prix par ces entreprises s'inscrivent plutôt dans une démarche passive voire réactive. S'il y en a, le recours à la comptabilité analytique semble être réservé aux grandes entreprises et aux leaders de marché, les autres entreprises optant plutôt pour des démarches empiriques ou dépendant de leur fiduciaire qui les alerte en cas de trop forte dégradation des marges mettant en péril leur activité.

**polz**

*Il importe de souligner que cette étude ne permet pas de tirer des conclusions extrapolables à l'ensemble des entreprises établies au Luxembourg en raison de la taille réduite de l'échantillon choisi et de l'absence d'analyse des données financières permettant de confirmer les résultats de l'enquête. L'intégralité de l'étude peut être téléchargée sous [http://www.odc.public.lu/actualites/2013/07/Observatoire\\_de\\_la\\_formation\\_des\\_prix/index.html](http://www.odc.public.lu/actualites/2013/07/Observatoire_de_la_formation_des_prix/index.html)*

Carrières FEIDT

Montée d'Ernzen  
L-7636 Ernzen  
Tél. : (00352) 87 94 75 |  
Fax : (00352) 87 94 78

Pierres naturelles  
Gabions

www.carrieresfeidt.lu



# Unser Dossier „Mehrwertsteuer“

Die vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer kann die CGFP, wie alle Verteidiger der Arbeitnehmer, Privathaushalte und Familien, keineswegs begrüßen. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, sei dies vorweg klar betont.

Aber damit ist nicht alles gesagt. Es fragt sich nämlich, was man haushaltspolitisch tun könnte oder tun müsste, um eine TVA-Erhöhung zu vermeiden. Wir können keinen sozialen Kahl-schlag und keinen ewig anhaltenden Einkommens-Stillstand im öffentlichen Dienst hinnehmen. Wir wollen auch keine Erhöhung der direkten Steuern für die mittleren und niedrigen Löhne und Gehälter. Ebenso sind wir gegen den vorgeblich „schlanken“, in Wirklichkeit „schwachen“ Staat, den uns lautstarke Ultra-Spar-Apostel und Austeritäts-Fanatiker beschern wollen. Und wir wollen genauso wenig, dass unser Staat seine Investitionen für öffentliche Infrastrukturen herab-führt und so die Zukunft des Landes vernachlässigt, unsere Lebensqualität und das günstige Umfeld für die Unternehmen in Luxemburg beeinträchtigt.

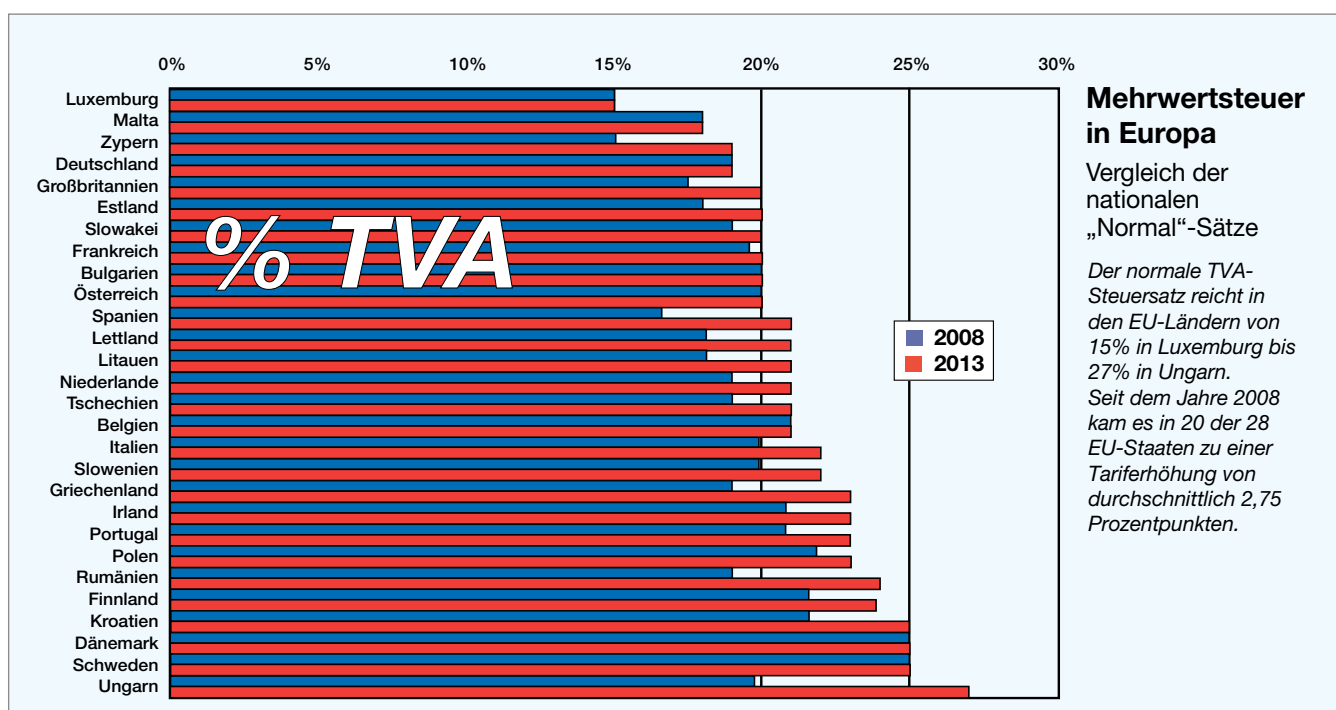
Deswegen muss diese TVA-Diskussion zuerst an der Frage ansetzen, ob denn eine Erhöhung der indirekten Steuern in Wirklichkeit auch erforderlich ist, oder zumindest in welchen engen Grenzen man sie halten kann. Dazu muss vor endgültigen Entscheidungen abgewartet werden, wie sich die Konjunktur erholt. Die Anstrengungen der letzten Jahre, um unsere Wirtschaft zu diversifizieren und sie international besser aufzustellen, könnten ja durchaus einen soliden Aufschwung bringen und die Staatseinnahmen nachhaltig verbessern. In diesem Sinne haben auch der Staatsminister und sein Finanzminister betont, es sei noch zu früh, sich über das Ausmaß einer Erhöhung festzulegen.

Wir müssen uns somit einer öffentlichen Diskussion stellen. Für diese Debatte sei hier ein erster Beitrag geleistet, in Form einer weit gespannten Analyse, einschließlich einer klaren politischen Bewertung: Wer sozial denkt, kann sich für keine Erhöhung der Mehrwertsteuer begeistern. Und wenn sie hinzunehmen ist, sollte sie erstens minimal bleiben, und zweitens intelligent moduliert werden.

Die MwSt. verwendet nämlich nicht nur einen einzigen einheitlichen Steuersatz, auch wenn die ultraliberalen Vordenker in OECD und EU-Kommission ein solches Modell aggressiv propagieren. Durch niedrigere Sätze für bestimmte Güter und Dienste kann die MwSt. erträglicher ausgestaltet werden, besonders in sozial- und familienpolitischer Hinsicht, aber beispielsweise auch mit wohnungsbaufördernden Konsequenzen.

Alle diese Überlegungen machen es erforderlich, dass man auch als prinzipieller Gegner einer TVA-Erhöhung bereit sein muss, aktiv in dieser Angelegenheit mitzudiskutieren. Im Luxemburger Sozialdialog kann nur derjenige seine Argumente vortragen und verteidigen, der auch bereit ist, die Meinungen und Forderungen anderer anzuhören und zu diskutieren.

Dass uns nun eine Mehrwertsteuer-Debatte ins Haus steht, liegt europaweit im Trend der Zeit. Wenn wir die für den kommenden 1. Januar angekündigten Anpassungen miteinbeziehen, lassen sich seit 2008 in 20 der 28 EU-Staaten Erhöhungen der TVA-Sätze feststellen, wobei der „normale“ Satz in den 28 Ländern von durchschnittlich 19,58% auf 21,54% zunimmt, also um fast zwei volle Prozentpunkte.



Dies verdeutlicht die obenstehende Grafik, welche auch das starke TVA-Gefälle zwischen den EU-Ländern zeigt. Im Vergleich zum heutigen Luxemburger Satz von 15% liegt der nicht-gewichtete Durchschnitt aller EU-Länder damit um 43,6% höher.

In den von der Finanzkrise besonders hart betroffenen Ländern wurden neben der MwSt. auch andere Steuern und Abgaben angehoben, doch ergibt sich eine allgemeine Vorliebe der Politiker für die Anpassung gerade dieser Steuer, weil sie leicht umzusetzen ist, und die betroffenen Wähler die Wirkung nur „indirekt“ zu spüren bekommen. Man schont die sakrosankte Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, akzeptiert aber eine Erhöhung der Konsumpreise für die Privathaushalte.

Unser TVA-Satz von 15% blieb über 20 Jahren unverändert, während Deutschland beispielsweise den seinen in diesem Zeitraum von 15% auf 19% hochfuhr. Dies alles ändert aber nichts an der Tatsache, dass auch unser Niveau heute um die Hälfte höher liegt als bei der Einführung im Jahre 1970. Damals betrug das europäische Mindestniveau 10%, heute liegt es bei 15%.

Die Luxemburger Erhöhung von 10% auf 15% stellt, für sich allein gesehen, einen eindeutigen und bedauerlichen sozialen Rückschritt dar. Denn, das muss wiederholt werden, die Mehrwertsteuer ist keine gute Sache für die „kleinen Leute“ und für die normalen Lohnempfänger. (Dazu unser Beitrag „Die Mehrwertsteuer, eine unsoziale Steuer“.) Daher ist, wenn nun eine erneute TVA-Anhebung angeregt wird, große Skepsis angesagt, wie sie die auf nebenstehender Seite abgedruckte Position der Staatsbeamtenkammer klar zum Ausdruck bringt.

Wie schon betont, ist erstens zu belegen, wie die Gesamtlage der Staatsfinanzen sich 2015 darstellt und welche Alternativen zu einer Steuererhöhung denkbar sind. Die nächste Frage betrifft dann das reale Ausmaß jenes Ausfalls an „elektronischen Mehrwertsteuern“, den Luxemburg für 2015, 2017 und 2019 erleiden wird. Der anstehende Ausfall von 2015 soll sich auf 700 Millionen belaufen.

Diesbezüglich aber kommt die nebenstehende, tiefschürfende Analyse über „die Story von den 700 Millionen“ zur überraschenden Schlussfolgerung, dass Luxemburg ab 2015 sogar noch deutlich mehr Steuereinnahmen ans Ausland überweisen muss, jedenfalls über 1 Milliarde Euro. Dennoch wird dies unsere Netto-Einnahmen

nicht um 700 Millionen unter das heutige Niveau absenken, wie es einige Vielredner und Vielschreiber so forsch ständig wiederholen: Hier wurden einige Halbwahrheiten aufgeschnappt, und vor allem wird der ganze Vorgang nicht korrekt eingeordnet.

Erinnern wir kurz daran, um was es konkret geht. Die MwSt.-Einnahmen, die von 2015 bis 2019 graduell wegfallen und die uns die derzeitige TVA-Debatte beschern, stammen aus dem boomenden Business amerikanischer (aber auch japanischer, koreanischer, chinesischer, russischer oder kanadischer) Dot-Com-Firmen, die Luxemburg als ihr Einfallstor für den europäischen Markt gewählt haben.

Wir reden hier einerseits von weltbekannten Software-, Internet- und Mobilfunk-Unternehmen wie etwa Ama-

zon, Microsoft, Apple, iTunes, eBay, Skype, PayPal usw., aber auch von Dutzenden wenig bekannter Firmen der sogenannten Games-Industrie, des Vertriebs von Video-on-Demand und anderer Dienstleistungen bis hin zum Pornogeschäft.

Bekanntlich kassiert der Luxemburger Fiskus die gesamte Mehrwertsteuer, die auf dem europäischen Internet-Verkauf von Produkten und Dienstleistungen erhoben wird, wenn es zu einer elektronischen Auslieferung ab Luxemburg an den europäischen Privatkunden kommt. Dies betrifft genauso das Downloaden digitaler Bücher für einen E-Book-Reader, etwa Kindle, wie den Erwerb einer Anti-Virus-Software für PC, Laptop oder Tablet oder den Kauf einer App für iPhone oder iPad.

## Die Mehrwertsteuer, eine unsoziale Steuer

Die Mehrwertsteuer (MwSt.) oder „Taxe sur la Valeur Ajoutée“ (TVA) wurde 1918 vom deutschen Industriellen Wilhelm von Siemens ausgedacht und in Frankreich 1954 erstmals umgesetzt. Sie breitete sich schnell in ganz Europa aus, bevor sie ohne Kontroverse zu einer EG-Norm wurde. Luxemburg führte sie 1970 ein. Heute gibt es sie in über 150 Ländern, nicht zuletzt in allen Industriestaaten außer den USA.

Den vielen Arten von Umsatzsteuern, die sie ablöste, war sie offensichtlich aus finanztechnischen und volkswirtschaftlichen Gründen überlegen. Aber als indirekte Abgabe ist und bleibt sie grundsätzlich eine unsoziale Steuer.

Alle Privathaushalte mit bescheidenen Einkünften, die den überwiegenden Teil ihrer Mittel ausgeben müssen, zahlen dadurch die TVA auf fast dem ganzen Verdienst. Die Millionäre aber, die für ihren Lebensunterhalt nur einen Bruchteil ihrer Einnahmen ausgeben, zahlen auf dem überwiegenden Teil ihrer Einnahmen keine MwSt.

Die Steuertechniker sprechen hier von einer „regressiven“ Steuer, im Gegensatz zur „progressiven“ Einkommenssteuer, bei höheren Einkommen kommen auch höhere Steuersätze zur Anwendung. Wenn sich der Lohn verdoppelt, verdreifacht sich die Lohnsteuer unter Umständen. Aber auch die MwSt. lässt sich durchaus sozialer gestalten, indem man sinnvoll mit einer Mehrzahl von Steuersätzen spielt, also alle Luxusgüter mit dem Höchstsatz belegt, Le-

bensmittel, Babynahrung und Kinderbekleidung aber niedriger besteuert.

Hervorzuheben ist in dieser Debatte vor allem der Umstand, dass hier nur die Haushalte betroffen sind, weil die Firmen de facto weitgehend von der MwSt. entlastet bleiben. Wenn sie nämlich die von den Privatkunden einkassierten TVA-Beträge an den Staat abführen, dürfen sie die ihnen selbst von Lieferanten in Rechnung gestellte Steuer in Abzug bringen. Dieser Vorteil gilt allerdings nicht für die Banken, da die Finanzdienstleistungen generell keiner TVA unterliegen und sich deswegen keine gezahlte MwSt. wiedererlangen lässt.

Aus guten Gründen hat sich Luxemburg somit politisch für niedrige TVA-Sätze entschlossen, und lobenswerterweise haben wir derzeit die günstigste MwSt. in der gesamten EU. Nebenbei sei daran erinnert, dass unser Land für diesen Umstand bereits reichlich belohnt wurde: Aus diesem Grund haben sich viele nicht-europäische Internet-Firmen für den Standort Luxemburg entschieden und haben bereits über 1 Milliarde Euro an unser Schatzamt abgeführt für elektronisch ausgelieferte „Waren“ und Dienste an Kunden auf dem ganzen Kontinent.

Im Übrigen scheint es inzwischen immerhin bereits politischer Konsens zu sein, dass wir auch künftig die niedrigsten Sätze der EU behalten sollen, wie auch immer eine eventuelle Anhebung der Sätze aussehen mag.



Es betrifft allerdings nicht den Vertrieb konventioneller Bücher, CDs oder sonstiger Güter, welche zwar online bestellt, aber als Paket an der Haustür abgeliefert werden. Hier wird jene Mehrwertsteuer erhoben, die im Land des Kunden gilt, selbst wenn der Verkäufer Amazon Europe sàrl heißt und sich in Luxemburg niedergelassen hat.

Bis 2014 behält der Luxemburger Staat alle einkassierten TVA-Beträge für sich, ab 2015 aber muss er 70%, ab 2017 dann 85% und ab 2019 schließlich 100% seiner diesbezüglichen Einnahmen an die EU-Partnerländer, in denen der jeweilige Kunde wohnt, überweisen. Diese Veränderung bewirkt somit substantielle Zahlungen an die EU-Partner aus dem Topf von Einnahmen, die uns bisher allein zu Gute kamen. Diese, so sagt man uns, müssen wettgemacht werden durch andere Einnahmen, und eine Anhebung der MwSt.-Sätze sei dazu der beste Weg.

Wenn es um eine geforderte Steuererhöhung geht, ist zuallererst eine prinzipielle Feststellung angebracht. Die allgemein kolportierte Theorie, unsere Staatsfinanzen seien total verlottert und erforderten somit unverzüglich dramatische Maßnahmen, ist eine bloße These professioneller Propagandisten. Im Gegensatz zu seinen Nachbarn und Partnern genießt Luxemburg bei allen Rating-Agenturen in der Welt die absolute Höchstnote, unser Staat hat den bestausgeglichsten Staatshaushalt und die niedrigste Staatsverschuldung und das Land einen enormen Leistungsüberschuss. Wer das Gegenteil behauptet, irrt gewaltig.

Offensichtlich verfestigt sich derzeit der wirtschaftliche Aufschwung, und da die Steuereinnahmen konjunkturrell

sehr sensibel reagieren, darf man gespannt sein, wie die Staatskonten in einem Jahr aussehen. Bezüglich der budgetären Entwicklung hat man jedenfalls heute keinen klaren Durchblick. Jeder steuerpolitische Kurswechsel aber verlangt eine solide Analyse, wozu unbedingt klare Fakten vorliegen müssen.

Demnach ist heute nichts dringender als abzuwarten, um feststellen zu können, wie einerseits die allgemeine Gesundung der Staatsfinanzen vorankommt, und wie andererseits der elektronische Umsatz bis 2015 anwächst.

Da die Einnahmen an MwSt. aus den Internet-Geschäften auf alle Fälle, wie untenstehend argumentiert wird, im Jahre 2015 stark anwachsen werden, weil plötzlich viel höhere Steuersätze anzuwenden sind, erweisen sich vernünftige Prognosen heute – und wohl auch noch in einem Jahr – als unmöglich. Es könnte gut sein, dass die Nettoeinnahmen sich mehr als verdoppeln, und dass deswegen dem Luxemburger Staat, nach allen Überweisungen ins Ausland, netto ein höherer Betrag an Cyber-TVA verbleibt, als jene 719 Millionen Euro, die 2012 eingenommen wurden. Somit ist das nun angekündigte „700-Millionen-Loch“ eine bloße Chimäre, ein Schreckgespenst wie das ominöse „2-Milliarden-Budgetloch“, das man uns vor ein paar Jahren ankündigte und das in der realen Welt nie zustande kam.

Klugerweise hat der Staatsminister vorgeschlagen, jedenfalls vor 2015 nicht an der TVA-Schraube zu drehen. Wir glauben, hier klar dargelegt zu haben, dass es auch sehr starke Argumente gibt, keine Änderung vor dem 1.1.2016 vorzunehmen.

Dennoch: Wenn sich herausstellen wird, dass die Aufregung bezüglich 2015 nicht berechtigt war, so ist damit die ganze Angelegenheit nicht aus der Welt geschafft. Auch wenn die Verringerung des Luxemburger Anteils im Jahre 2017 in ihren Auswirkungen womöglich abgefedert wird durch das Weiterwachsen des digitalen Marktes, so verbleibt doch die Tatsache, dass im Jahre 2019 die Manna, an die unser Staatshaushalt nun gewöhnt ist, unweigerlich und total ausfallen wird.

Das „dicke Ende“ kommt also 2019. Je mehr aber der elektronische Handel bis dahin wächst, desto höher wird dann unser Einkommensausfall sein. Luxemburg wäre somit sehr gut beraten, bis dahin sein Pulver trocken zu halten, statt es bereits 2015 leichtfertig zu verschießen. 2019 könnte sich zeigen, dass eine TVA-Erhöhung im Jahre 2015 die unverantwortlichste politische Handlung der letzten Jahrzehnte war.

PZI

Chambre des Fonctionnaires et Employés publics:

## Vers de nouvelles priorités futures?

(Bref extrait de l'avis relatif à la loi budgétaire pour 2013)

«Au-delà des diverses mesures incluses dans le projet d'octobre et de celles annoncées début novembre, la Chambre des Fonctionnaires et Employés publics voudrait, en vue des décisions qui seront prises dans les années à venir, souligner que tout alourdissement de la fiscalité luxembourgeoise est à considérer avec une très grande prudence.

Ainsi la Chambre doit se prononcer contre tout relèvement futur des taux de TVA. D'une part, cet impôt constitue une fiscalité qui est antisociale en ce qu'elle frappe de façon disproportionnée les ménages à revenu faible et moyen, qui doivent dépenser le gros de leurs revenus directement pour leur consommation courante et

leurs investissements dans des biens durables d'usage quotidien.

Ensuite, c'est un élément sensible de la compétitivité de nos commerces, en général et surtout par rapport aux régions frontalières voisines, mais aussi pour les opérateurs de services en ligne (TVA sur e-commerce, social games, video-streaming, etc.).

Enfin, une telle hausse aurait évidemment un impact direct sur le niveau général des prix et sur le pouvoir d'achat réel des ménages, de sorte que le risque existe que d'aucuns ne demandent et n'obtiennent la neutralisation de la hausse en question sur le plan de l'indexation des salaires et des transferts sociaux.»

### Luxemburgs europäische Internet-Mehrwertsteuer

# Die Story von den 700 Millionen Euro

Die von Luxemburg einkassierte MwSt. auf elektronisch gelieferten Waren und Dienstleistungen für den gesamten EU-Markt hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt. Das Rechnungsjahr 2011 erbrachte 546 Millionen Euro, 2012 bereits 719 Millionen Euro, bei einem Jahreswachstum von deutlich über 30%. Nun hört man, der Zuwachs habe sich inzwischen sogar auf 40% beschleunigt. Somit ist es nicht unrealistisch, für 2013 über 900 Millionen Euro und 2014 gar 1,2 Milliarden zu erwarten.

Weil dann ab 2015 neue Regeln gelten werden, wobei Luxemburg einen Großteil seiner Einnahmen an die Länder der jeweiligen Internet-Kunden abtreten wird, geht jetzt allerseits die Rede von einem zu erwartenden „TVA-Ausfall von 700 Millionen Euro“. Bisher wurde nicht belegt, wie diese Zahl zustande kam. Und bei näherem Hinsehen gelangt man aber schnell zur Schlussfolgerung, dass aus heutiger Sicht jede präzise Zahl eine reine Spekulation ist.

Vor allem hat der zu erwartende Wegfall von Netto-Einnahmen einen ganz eigenen Stellenwert, der offensichtlich den parlamentarischen und journalistischen Überfliegern entgeht. Weil die TVA-Einnahmen derzeit so rasant wachsen, werden sie 2015 deutlich höher liegen als heute, und das Abtreten eines Teils an andere Länder stellt somit kein dramatisches Abrutschen vom heutigen Einnahmen-Niveau dar. Ein bedeutender Teil dessen, was wir

dann abgeben werden, ist nicht von den jetzigen Einnahmen abzuziehen, sondern stammt vielmehr aus dem Wachstum der nächsten drei Jahre.

Die Sache ist allerdings noch deutlich komplexer. Wir glauben sogar und wir wollen im Folgenden darlegen, dass unser Finanzminister deutlich mehr an seine Kollegen überweisen wird als 700 Millionen Euro, dass dies ihm paradoxaler Weise aber weniger Schmerzen bereiten wird, als man dies heute glaubt.

Sehen wir uns das einmal näher an. In den Jahren 2015 und 2016 muss unser Schatzamt 70% seiner MwSt.-Einnahmen aus elektronischen Internetlieferungen an die Steuerbehörden der Kunden-Länder abtreten. Sollten diese Überweisungen von 70% nun tatsächlich jenen ominösen 700-Millionen-„Wegfall“ von Steuereinnahmen darstellen, dann bedeutet dies natürlich, dass die entsprechenden gesamten TVA-Einnahmen sich 2015 auf 1 Milliarde Euro belaufen.

Wie aber vorhin angeführt, ist durchaus bereits im Vorjahr mit 1,2 Milliarden Euro zu rechnen, vorausgesetzt, es kommt bis dahin nicht zu einem plötzlichen Einbruch der Marktentwicklung. Nehmen wir einen kurzen Augenblick lang an, die TVA-Einnahmen lägen 2015 wiederum 30% über dem Vorjahresniveau, also etwa bei 1,5 bis 1,6 Milliarden, so tritt Luxemburg statt der nun prophezeiten 700 Millionen eher 1,0 bis 1,1 Milliarden Euro ab.

Der verbleibende Anteil Luxemburgs von 30% betrüge dabei sei-

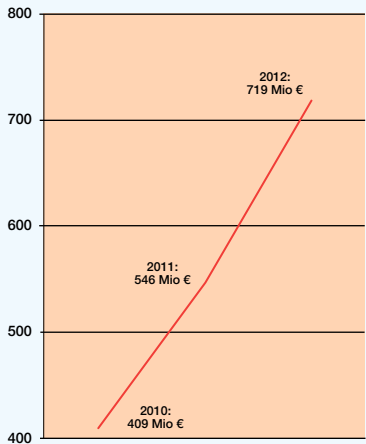
nerseits 450 bis 480 Millionen Euro, womit er den realen Erträgen von 2010 und 2011 entspräche und gegenüber dem Niveau von 2012 nur einen Rückgang von 230 bis 270 Millionen Euro darstellte. Somit ist, aus heutiger Sicht betrachtet und im Vergleich zu den heutigen Steuereinnahmen, der 700-Millionen-Ausfall eine eher wirre, kaum nachvollziehbare Spekulation. Und welches auch seine genaue Höhe sein mag, der Einnahmerückgang von 2015 ist insofern eher ein virtueller Vorgang, als Luxemburg zu diesem Zeitpunkt von einem hohen Einnahmen-Gipfel abstürzen wird, auf dem wir heute noch gar nicht stehen und über dessen Höhe man heute nur rätseln kann.

Was die Einschätzung der Entwicklung so richtig kompliziert macht, ist vor allem der Umstand, dass ab 2015 die anzuwendenden Steuersätze sich schlagartig erhöhen. Bisher kassierte die Luxemburger Enregistrement-Verwaltung lediglich 3% (etwa auf den elektronischen Büchern) oder 15% (auf den meisten übrigen Geschäften), und die heutigen TVA-Einnahmen berechnen sich somit aus der Anwendung dieser beiden Steuersätze auf den Umsatz der Branche.

2015 aber kommen auch für die Luxemburger Internetfirmen die MwSt.-Sätze aller 28 EU-Staaten zur Anwendung, also Sätze, die bis 27% reichen. Der Normalsatz liegt

Fortsetzung Seite 25

## Ertrag der Mehrwertsteuer aus elektronischen Internet-Lieferungen und Dienstleistungen



Derzeit nehmen bei der elektronischen MwSt. die Einnahmen so rasant zu, dass für 2014 wohl 1,2 Milliarden € zu erwarten sind. Weil ab 2015 jedoch deutlich höhere Steuersätze anzuwenden sind (jene des Wohnsitzes des Kunden), könnten 2015 die Bruttoeinnahmen 2 bis 2,5 Milliarden € erreichen, wovon Luxemburg 600 bis 750 Millionen für sich behalten dürfte, was dem Einnahmenniveau der letzten Jahre gleichkommt. Ist somit der vielbeschworene „700-Millionen-Ausfall“ für 2015 nicht ein weiteres budgetäres Gruselmärchen?



Réussissons ensemble



Pour plus d'informations sur nos services bancaires, n'hésitez pas à nous appeler au (+352) 42 42-2000.



**BGL  
BNP PARIBAS**

La banque d'un monde qui change

bgl.lu

Le Couturier de la Véranda



*At Véranda®*

☎ 48 56 37  
www.atveranda.lu



## Découvrez le nouveau MacBook Pro avec écran Retina 13 pouces chez LINEHEART CITY.

L'avenir du portable clair et net.

Le tout nouveau MacBook Pro 13 pouces est doté d'un spectaculaire écran Retina de plus de 4 millions de pixels, d'une architecture flash ultra-rapide et des derniers processeurs Intel. Et il ne pèse que 1,62 kg pour 1,9 cm d'épaisseur<sup>1</sup>.

www.lineheart.lu

<sup>1</sup>Les dimensions et le poids varient en fonction de la configuration et du procédé de fabrication. TM et © 2012 Apple Inc. Tous droits réservés.

Rendez-vous chez  
votre expert Apple le plus proche.

**LINEHEART CITY**



Luxembourg-Ville

• Esch-sur-Alzette

• City Concorde

• Galerie Auchan



Fortsetzung von Seite 23

im europäischen Durchschnitt bei 21,54%, und in fast allen Ländern ist der Normalsatz auf elektronische Bücher anzuwenden. Konkret bedeutet dies, dass bei gleich bleibendem Umsatz die einzubehaltenden und abzuliefernden TVA-Beträge erheblich anwachsen werden.

Dadurch dass die Endpreise für die Kunden plötzlich nach oben springen, werden natürlich die verkauften Mengen reduziert. Auch werden die steuerlich benachteiligten Internethändler in den anderen Ländern plötzlich konkurrenzfähig, was den hiesigen Handel auf die Dauer schwächen muss. Vorher aber gibt es Ende 2014 noch ein spektakuläres Feuerwerk, weil viele Kunden noch schnell maximal von den günstigen Steuern profitieren wollen.

Aber selbst, wenn man genau wüsste, wie ausgeprägt die entsprechende Reaktion der Kunden ausfallen wird – die Volkswirte sprechen hier von der „Elastizität zwischen Preis und Nachfrage“ – wäre dennoch keine vernünftige Schätzung möglich, weil niemand vorhersagen

kann, wie hoch die relevanten Steuersätze jedes der 28 EU-Länder 2015 sein werden.

Anfang kommenden Jahres liegt der MwSt.-Normalsatz, wie bereits gesagt, im nicht-gewichteten Durchschnitt der EU bei 21,54% und erreicht somit 143,6% des luxemburger Niveaus. Trägt man der relativen wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Staaten Rechnung, so erreicht das EU-Niveau wohl eher 135% bis 140% des unsrigen, denn der deutsche Satz macht nur 127% und der britische und der französische stellen nur 133% unseres Niveaus dar.

Nur ist es so, dass für die elektronisch übertragenen Bücher heute der luxemburger „super-reduzierte“ TVA-Satz von 3% gilt, ab 2015 aber für die Kunden in den meisten Ländern der hohe Normalsatz. Bei gleichem Geschäftsvolumen bedeutet dies, dass in dieser Sparte das MwSt.-Aufkommen sich regelrecht vervielfachen wird. Von entscheidender Bedeutung ist somit die Frage, welchen präzisen Anteil am E-Commerce zu diesem Zeitpunkt die E-Bücher haben.

Für diese vervielfacht sich der anzuwendende Steuersatz, während er sich für alle anderen Dienste und „Waren“ nur um vielleicht ein Drittel erhöht. Alles in allem ist deshalb heute kaum vorherzusagen, wie sich 2015 der durchschnittliche Satz verändert.

Zudem ist noch unklar, wie sich die Regulierung diesbezüglich entwickeln wird. In rechtlicher Hinsicht haben Frankreich und Luxemburg zurzeit einen Rechtsstreit mit der EU-Kommission vor den EU-Gerichtsinstanzen. Was den anzuwendenden Steuersatz betrifft, laufen die Überlegungen der EU-Kommission dahin, die elektronisch ausgelieferten Bücher tarifmäßig den Papierbüchern gleichzustellen, die in manchen Ländern als Kulturgüter in den Genuss eines reduzierten Satzes kommen. Diesbezüglich wird es aber kaum vor 2015 eine Bewegung geben.

Somit bleiben die voraussichtlichen Konten für 2015 eindeutig offen. Sollten aber beispielsweise, als Reaktion auf die zu erwartende generelle Verteuerung der Cyber-Waren, die Verkaufsumsätze 2015 gegenüber

dem Vorjahr stagnieren statt weiterzuwachsen, und sollte der durchschnittliche Steuersatz sich gleichzeitig verdoppeln, so ergäbe dies für 2015 TVA-Gesamteinnahmen von 2,4 Milliarden Euro, gegenüber 1,2 Milliarden im Vorjahr.

Und der luxemburger Fiskus hätte dann rund 1,7 Milliarden an die ausländischen Kassen zu überweisen, dürfte 2015 aber selbst 720 Millionen behalten, was den Einnahmen von 2012 entspricht. Gegenüber 2012 betrüge der Einnahmen-Einbruch somit nicht 700 Millionen Euro, sondern 0 Euro.

Selbstverständlich ist dies eine reine Milchmädchenrechnung, und wir wollen hier keine Zahl als plausibel hinstellen, weil es derzeit einfach zu viele Unbekannte gibt. Wir sagen aber sehr laut und deutlich, dass die 700-Millionen-These sehr, sehr weit davon entfernt ist, als eine halbwegs plausible und glaubwürdige Prognose durchzugehen. Das ist nicht einmal eine nachvollziehbare Milchmädchenrechnung,

PZI

## Die derzeitigen luxemburger TVA-Steuersätze

Während die Anwendung der Mehrwertsteuer durch eine Menge Brüsseler Richtlinien für die gesamte EU weitgehend geregelt ist, und auch bezüglich der Abweichungen vom Standard-Steuersatz vieles eng harmonisiert wurde, legen die Mitgliedsländer dennoch weiterhin ihre diversen Steuersätze selber fest. Der luxemburger Normal-Satz von 15% ist der niedrigste in der Union und entspricht zudem auch dem festgelegten Mindestniveau für den Normalsatz. Gleichzeitig wendet Luxemburg drei niedrigere Sätze an, den „reduzierten“ Satz von 6%, den „super-reduzierten Satz“ von 3% sowie den „Parking-Satz“ von 12%.

Die derzeit geltenden luxemburger MwSt.-Tarife könnte man wie folgt grob zusammenfassen, ohne dass diese knappe Darstellung nun einen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt oder auf eine absolute Genauigkeit bis in die letzten Einzelheiten hinein.

Normalsatz von 15%, gültig in allen Fällen außer den folgenden:

Super-reduzierter Satz von 3%: für Nahrungsmittel und Wasser, auch Mineralwasser, für Abwässer und Müllabfuhr, Medikamente, ärztliche und zahnärztliche Behandlungen, bestimmte Hilfsmittel für Behinderte, für Bestattungen, auch durch Einäscherung, für Bücher, auch in elektronische Form, für Zeitungen und Zeitschriften, Kulturveranstaltungen, TV-Verteilung und Bezahl-Fernsehen, für den Besuch von Kino-, Theater-, Musik- und Sportveranstaltungen, für die

Benutzung von Sporteinrichtungen und den Konsum in Cafés, Gaststätten und Hotels, für Kinderkleidung und Kinderschuhe, für den Wohnungsbau und bauliche Instandsetzungen im Falle von Hauptwohnungen, für den Personentransport und für Autorenvergütungen,

Reduzierter Satz von 6%: für Heizungsgas und Elektrizität, für Pflanzen und Blumen, für Haarschneiden, Fahrradreparaturen sowie für „Retouchen“ und Instandhaltung von Kleidern und Haustextilien sowie von Schuhen und Lederartikeln,

Parking-Satz von 12%: für bestimmte Weine, für bestimmte Heizungs-Brennstoffe, für Wohnungsreinigung und Fensterputzen, für Werbetrucksachen, für das Aufbewahren und Verwalten von Wertpapieren sowie für die Bereitstellung von Kreditsicherheiten,

Außerdem gelten in Luxemburg noch einige TVA-Steuerbefreiungen („exemptions“) in Fällen, wo im Ausland eine Steuer erhoben wird. Verschiedene der besonderen Sätze kann Luxemburg vorläufig, bis auf weiteres, beibehalten, obschon sie nach EU-Regeln höher sein sollten. Dies gilt besonders für den „Parking-Satz“ von 12% und den „super-reduzierten“ Satz von 3%: Die entsprechenden Ausnahmen dürfen wohl abgeschafft, aber nicht beliebig abgeändert werden.

LuxDidac 2013

# Warum zappelt Phillip?

## ADHS im Mittelpunkt der diesjährigen LuxDidac

Bereits zum 18. Mal in Folge fand zu diesem Schulanfang die vom „Syndicat National des Enseignants“ (SNE/CGFP) und von der „Fédération Générale des Universitaires au Service de l'Etat“ (FEDUSE/CGFP) organisierte LuxDidac in den Mehrzweckräumen des „Forum Geesseknäppchen“ in Merl statt. An vier Tagen präsentierten auch in diesem Jahr in- und ausländische Verleger didaktisches Zusatzmaterial, das sich sowohl an Lehrer und Professoren als auch an Eltern und Erzieher richtet. Auf einer Ausstellungsfläche von mehr als 600 Quadratmetern fanden die Besucher ein mannigfaltiges Angebot von pädagogischem und praxisbezogenem Unterrichtsmaterial für die verschiedenen Lernfächer und Schulstufen.

Die LuxDidac bietet den Verantwortlichen von SNE und FEDUSE aber auch alljährlich die Gelegenheit, die Unterrichtspolitik kritisch zu beurteilen. Anlässlich der Eröffnungsfeier barg die Schulreform auch dieses Jahr wieder großes Potenzial für Diskussionen um Aufbau und Umsetzung.

Die von SNE und FEDUSE ausgetragene LuxDidac gilt als unumgänglicher Termin zum Schulanfang



In Anwesenheit zahlreicher Gäste wurde die 18. Auflage der LuxDidac feierlich eröffnet  
Foto: Steve Heiliger

mit dem Ziel, den Schulen praxistaugliches Unterrichtsmaterial zur Verfügung zu stellen. Auch das Unterrichtsministerium lässt der LuxDidac ein ganz besonderes Augenmerk zukommen und nimmt folglich jedes Jahr mit einem Stand des MENFP an der Ausstellung teil.

Jedes Jahr gehört aber auch eine Konferenz zu einem aktuellen Thema zur LuxDidac.

In diesem Jahr referierte der bekannte österreichische Verhaltenspädagoge Gerhard Spitzer zum Thema: „Warum zappelt Phillip?“ Der Bestseller-Autor und beliebte Kolumnist hat mit seinen Büchern zum Thema Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) schon unzähligen Familien, Kindern und Betroffenen geholfen, da er selbst ausgeprägt von dieser psychischen Störung betroffen ist und daher genau weiß, wie ADHS „sich anfühlt“.

In einem Workshop, in welchem ein besseres Verständnis dieses multifaktoriellen Störungsbildes, ADHS, vermittelt werden sollte, bekamen die Teilnehmer zudem verhaltenspädagogische Praxistipps mit auf den Weg, die auch bei „zappeligen“ Kindern und Jugendlichen zur entspannenden Interaktion beitragen können.

Mit einem Rundgang durch die Ausstellung und einem von der CGFP angebotenen Ehrenwein wurde die offizielle Eröffnungsfeier der diesjährigen LuxDidac beendet.

p.r.



„fonction publique“-Themenreihe

# Ins Netz gegangen

## Eine kritische Beleuchtung (a-)sozialer Netzwerke



„Unzählig sind die Irrfahrten, die heutzutage einsame und vereinsamte Reisende im Cyberspace unternehmen. Die beliebtesten Ziele sind die vermeintlich sozialen Netzwerke, in denen das Individuum das zu finden wähnt, was dem realen Alltag gebricht: Mitteilung, Verständnis, Freundschaft, freie Meinungsäußerung, aktive Teilnahme usw.“, schreibt Claude Heiser, Erster Vizepräsident der CGFP.

Dass der Mensch der Spezies der „Viel-zu-Vielen“, von Aristoteles positiv als „zoon politikon“ gewertet, von Friedrich Nietzsche als „Herdenmensch“ verachtet, angehört, verdeutlicht in unserer schönen neuen Welt vor allem sein Drang, einer Gruppe anzugehören, sich selbst und seine intimsten Gedanken unentwegt mitzuteilen, ständig – quasi per Direktübertragung – in Kontakt mit anderen zu sein. Nicht dass er es geschafft hätte, im Rousseauschen Sinn zurück zu einer natürlichen, primitiven Gesellschaftsstruktur zu finden, die den Akzent auf die Gemeinschaft unter Mitmenschen legt, im Gegenteil: Unsere Zeitgenossen verlagern zusehends ihr eigentliches, vermeintlich soziales Leben in eine virtuelle Welt der Algorithmen, in der sie mithilfe modernster Technik Seilschaften knüpfen und Netzwerke aufbauen.

Der Begriff des Netzwerkes hat sich in der Zwischenzeit als Metapher für virtuelle Kommunikation und Interaktion zwischen Individuen etabliert.<sup>1</sup> Sogenannte „soziale Netzwerke“ versprechen und verschaffen den in einer gefühlkalten Gesellschaft lebenden Benutzern die Illusion von Gemeinschaft, Beisamensein und Zusammenhalt, also die Befriedigung von Grundbedürfnissen – was unter anderem ihren Erfolg und ihre Unabdingbarkeit erklärt. Ijoma Mangold zufolge hätten sich beispielsweise „bei Facebook die innigsten seelisch-kommunikativen Bedürfnisse des Menschen mit der digitalen Technologie so anschiemig verbunden wie in keiner anderen Internet-Anwendung.“<sup>2</sup> Eine Verknüpfung also zwischen einerseits menschlichem Verlangen und digitaler Zufriedenstellung. Die Netzwerkmetapher stellt die Vernetzung, Verknüpfung oder Verbrüderung zwischen Menschen in den Vordergrund und fällt dementsprechend auf eine breite Akzeptanz, da positiv konnotiert. In seinem Essay *Netz-Euphorien* relativiert Gerhard Fröhlich bereits 1996 diese doch sehr optimistische, wenn nicht naive Sicht kritisch: „Hinter der Idee der ‚Vernetzung‘ steht zudem die *realitätsinkongruente*

Vorstellung, die gesellschaftslosen Individuen würden sich nachträglich zu einer Gesellschaft zusammenschließen: die nachträgliche Vergesellschaftung einzelner.“<sup>3</sup> Und in der Tat überwiegt die negative Konnotation der Netz-Metapher: Man geht ins Netz, tappt in eine Falle, wird gefangen genommen, unbeweglich, unfrei.

Unzählig sind die Irrfahrten, die heutzutage einsame und vereinsamte Reisende im Cyberspace unternehmen. Die beliebtesten Ziele sind die vermeintlich sozialen Netzwerke, in denen das Individuum das zu finden wähnt, was dem realen Alltag gebricht: Mitteilung, Verständnis, Freundschaft, freie Meinungsäußerung, aktive Teilnahme usw. Doch müssen wir feststellen, dass sich diese World-Wide-Web-Touristen des Öfteren verirren: Sie erliegen gewissen Illusionen, von denen sie sich nicht mehr befreien können, werden waghalsig und wundern sich über die Konsequenzen ihres Handelns; die Flucht wird ihnen unmöglich, vielmehr geraten sie in Abhängigkeit, werden unfrei. Preisgabe und Mitteilung verwandeln sich rasch in Bloßstellung, Privates wird öffentlich. Im Netz konstruierte Identität wird, nicht zuletzt in der Realität, demontiert. Was bleibt, ist die schleichend und klammheimlich entstandene Unfähigkeit, *wirklich* (d. h. auf Wirkung zielend) zu kommunizieren und zu handeln.

Auch wenn es den Leser befremden sollte, so begeben wir uns zurück in die griechische Antike, und zwar auf eine berühmte Irrfahrt, die Homer in seiner *Odyssee* beschreibt. Lediglich eine kurze Episode, die ebenfalls die Netz-Metapher in den Vordergrund rückt, soll hier, Szene für Szene, in Verbindung mit den digitalen Netzwerken gebracht werden und diese kritisch beleuchten.

### Zentralisierte Macht und steter Konkurrenzkampf

Da die Göttinnen und Götter der homerischen Welt sehr menschlich porträtiert werden, ja zuweilen Anthropomorphisierungen menschlicher Verhaltenswei-

sen darstellen, erstaunt es nicht, dass der Feuergott Hephaistos Opfer einer ganz banalen Ehekrise wird: In der Tat betrügt ihn seine Ehegattin, die Liebesgöttin Aphrodite, mit dem Kriegsgott Ares. Diese außereheliche Beziehung wird aber letzten Endes aufgedeckt, denn der Sonnengott Helios, so berichtet Homer, hat die beiden in ihrer geheimen Umarmung gesehen und überbringt Hephaistos diese Botschaft. Gekränkt und rachsüchtig, schmiedet dieser einen Plan, ja er schmiedet ein ehernes Netz, um beide *in flagranti* festzunageln und dem öffentlichen Gespött preiszugeben:

„Aber sobald Hephästos die kränkende Rede vernommen,/ Eilet er schnell in die Esse, mit *rachevollen* Entwürfen:/ Stellt auf den Block den gewaltigen Amboß, und schmiedete *starke/ Unauflösliehe Ketten*, um *fest und auf ewig zu binden*./ Und nachdem er das *trügliche Werk* im *Zorne* vollendet,/ Ging er in das Gemach, wo sein Hochzeitbette geschmückt war,/ Und verbreitete rings um die Pfosten kreisende Bande:/ Viele spannt er auch oben herab vom Gebälke der Kammer,/ Zart wie Spinnengewebe, *die keiner zu sehen vermöchte*./ Selbst von den seligen Göttern: so wunderbar war die Arbeit!“<sup>4</sup>

Im Gegensatz zur Annahme und Überzeugung, soziale Netzwerke unterstützen die Demokratisierung, die Gleichheit und den zentralisierten die Macht, da jeder auf vermeintlich gleicher Ebene agieren und reagieren könne, konzentriert sich die Macht letzten Endes auf den einen oder anderen „Strippenzieher“ im digitalen Netz: Von dem Augenblick an, wo Hephaistos den Entschluss gefasst hat, Aphrodite und Ares mittels seines Netzes dingfest zu machen, liegt die Macht und die Kontrolle in seinen Händen. Er allein verfügt über das Schicksal der beiden Liebenden. Ähnlich verfügen sogenannte „Webmaster“ oder Verwalter von beispielsweise Facebook-Gruppen unter dem Deckmantel freier und egalitärer Kommunikation und Interaktion über eine höchst zentralisierte Macht: „Die Quelle von Macht ist die Kontrolle über (Handlungs-)Ressourcen, die andere benötigen.“<sup>5</sup> Ressourcen bei Facebook sind unter anderem Imagepflege, das Erringen von Ansehen, das Zugehörigkeitsgefühl, das Miteinander. Der „Webmaster“ hat insofern die Macht, dass er die Teilnehmer seiner Gruppe kontrollieren, ihnen die Ressourcen zugestehen oder verwehren kann: Despektierliche Bemerkungen, ein „like it“ hier, ein „don’t like it“ dort, machen die Teilnehmer zu Marionetten, die schlimmstenfalls aus der Gruppe ausgeschlossen werden können.

Teilnehmer von sozialen Netzwerken stehen also zusätzlich in einem steten Konkurrenzkampf, so wie auch Ares zum Nebenbuhler des Hephaistos geworden ist. Konkurrenz in der digitalen Gemeinschaft entsteht durch das Phänomen des sozialen Vergleichs. So schreibt Maria Konnikova in *How Facebook makes us unhappy*: „The more time people spent browsing the site, [...] the more envious they felt. The effect [...] was a result of the well-known social-psychology phenomena of *social comparison*.“<sup>6</sup> Im sozialen Netzwerk entwirft der Teilnehmer ein

Bild von sich selbst, zeigt sich selbstverständlich von der Sonnenseite als Gesellschaftskritiker, als fürsorglicher Elternteil, als erfolgreicher Geschäftsmann usw. Da der Mensch relativ schnell Minderwertigkeitsgefühlen zum Opfer fallen kann, wird er weder Zeit noch Mühen scheuen, um sein Internet-Profil stets aufzubessern und somit konkurrenzfähig zu bleiben. Solche virtuellen Hahnenkämpfe arten im schlimmsten Fall in Cybermobbing aus, traut man sich doch eher, Schlüpfertigkeiten oder Beschimpfungen per „Send“-Taste feige aus dem Hinterhalt des Computerzimmers abzufeuern, als etwaige Zwistigkeiten in der Realität, Auge in Auge, auszutragen. So führt die Abschottung in einem sozialen Netzwerk des Öfteren zur Schwächung sozialer Kompetenzen, also, schlimmstenfalls, zu *asozialem* Verhalten: Genormter, geregelter menschlicher Umgang, kurz, gute Manieren, scheinen im Cyberspace außer Kraft zu treten, schließlich wird man ja nicht mit seinem Kontrahenten in *persona* konfrontiert. So schmiedet auch Hephaistos sein Netz so, dass es „keiner zu sehen vermöchte“, schlägt also aus dem Hinterhalt zu.

### Verschleierte Wirklichkeit und Utopie

Nachdem Homer von Hephaistos’ Racheplänen erzählt hat, richtet er sein Augenmerk auf die beiden Ehebrecher: „Er [d. i. Ares] ging in die Wohnung,/ Faßte der Göttin Hand, und sprach mit freundlicher Stimme:/ Komm, Geliebte, zu Bette, der süßen Ruhe zu pflegen!/ *Denn Hephästos ist nicht daheim*.“<sup>7</sup> Die beiden Liebenden *glauben* also, unbeobachtet zu sein, *wähnen* sich in Sicherheit. Den Leser in einer Zeit aufgedeckter NSA-Affären mit dem Hinweis zu langweilen, dass jedwede Art von digitaler Kommunikation Gefahr läuft, aufgedeckt zu werden, käme einer Plattitüde gleich. Interessanter in dieser Szene ist die Tatsache, dass eine offensichtliche Diskrepanz zwischen Schein und Sein, zwischen Irrealität und Realität besteht, die für unser Thema von Belang ist: Aphrodite und Ares unterliegen beide der Illusion, ihre Sehnsüchte unbeobachtet und frei ausleben zu können, merken aber nicht, dass sie bereits das Netz des Hephaistos wie das Damokles-Schwert bedroht.

Die Dichotomie von Schein und Sein bzw. Irrealität und Realität spielt ebenfalls bei den sozialen Netzwerken eine bedeutende, wenn auch ambivalente Rolle. Zum einen dient die „Internet-Surface“ dazu, die Realität, d. h. die wahren, realen Begebenheiten zu verschleiern: Der virtuelle Teilnehmer gestaltet sich ein zweites Leben in der virtuellen Welt, ein Leben, in dem seine Erwartungen im Gegensatz zum realen Alltag erfüllt werden. Er porträtiert sich so, wie es seinen idealen Vorstellungen entspricht, entwirft eine Utopie, die er selbst gestalten und kontrollieren kann. Das unser Leben manchmal aus der Bahn werfende Prinzip der Kontingenz bzw. des Zufalls weicht einem unrealistischen Kontrollvermögen unserer eigenen Existenz. Die Gestaltung einer Facebook-Seite erlaubt es uns, Utopien zu entwerfen, Sehnsüchte

**Miles & More**  
Lufthansa

**Luxair**



Souscrivez dès maintenant et bénéficiez d'avantages attrayants!  
Infos sur [www.miles.lu](http://www.miles.lu), souscription dans votre agence BCEE

**Décision rapide récompensée: jusqu'à 250 € de remise sur votre prochain vol Luxair\***

Exclusivité BCEE

**CUMULEZ DES MILES!**  
**SUR TERRE ET DANS LES AIRS.**

Cumulez des Miles de prime à chacun de vos achats. Et profitez-en deux fois plus chez Luxair\* et tous les autres partenaires Miles & More!

**SPUERKEESS**  
Äert Liewen. Är Bank.

\* à l'exclusion des vols et voyages LuxairTours, voir conditions générales de vente Luxair disponibles sur [www.miles.lu](http://www.miles.lu)

Banque et Caisse d'Épargne de l'Etat, Luxembourg, établissement public autonome, 1, Place de Metz, L-2954 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg B 30775, [www.bcee.lu](http://www.bcee.lu), tél. (+352) 4015-1



dadurch wahr werden zu lassen, dass wir uns mittels unserer außerordentlichen Selbstdarstellung von der Masse abzuheben vermögen, dass wir zu etwas Besonderem werden, und dies in einer Gesellschaft, die sich in der Realität eher durch Uniformität und *mainstream* charakterisiert. Der konfliktreiche und monotone Alltag wird „vertagt“. Auch glauben viele „Netzwerkuser“, neue, bessere und menschlichere Lebensformen der Gleichheit, Freundschaft und des Zusammenseins zu finden. Fröhlich spricht, sich auf Heiner Keupp beziehend, von der „Sehnsucht nach Lebensformen, welche wechselseitige Unterstützung, Vertrautheit und ein Gefühl von Zugehörigkeit bieten können.“<sup>8</sup> Mit seiner Metapher der „Big Mother“ verleiht er den Facebook-Adepten quasi ödipale Züge: „Netze entsprechen demnach dem traditionellen Klischee von Mütterlichkeit: bloß gewährend und fördernd, kaum fordernd, das Individuum unterstützend, ohne allzu große Gegenleistungen zu erwarten.“<sup>9</sup> Dass dieses Gesellschaftskonzept von der Wirklichkeit weit entfernt ist, liegt auf der Hand: Es handelt sich um eine zeitlich begrenzte Ausblendung der Realität, um ein naives Unbewusstsein, dass das Netz des Hephaistos bereits über einem lastet. Des Weiteren schließlich ist die Kluft zwischen Realität und Irrealität darauf zurückzuführen, dass der Netzwerkteilnehmer glaubt, in seiner Facebook-Gruppe unter sich, d. h. unbeobachtet zu sein, und sich dementsprechend ungehemmt verhält. Auch Ares und Aphrodite verlieren ihre Hemmungen in ihrem Liebesnest... und tapen in die Falle.

### Exhibitionismus, Schaulust und der „point of no return“

„Plötzlich umschlangen/ Sie die künstlichen Bande des klugen Erfinders Hephästos;/ Und sie vermochten kein Glied zu bewegen oder zu heben./ Aber sie merkten es erst, da ihnen die Flucht schon gehemmt war.“<sup>10</sup> Hephaistos schlägt zu, lässt die beiden Liebenden ins Netz gehen und hält sie in dieser doch sehr intimen Lage fest: „Künftig möchten sie zwar, auch nicht ein Weilchen, so liegen!/ Wie verbuhlt sie auch sind, sie werden nicht wieder verlangen,/ So zu ruhn! Allein ich halte sie fest in der Schlinge,/ Bis der Vater zuvor mir alle Geschenke zurückgibt./ Die ich als Bräutigam gab für sein schamloses Gezücht!“<sup>11</sup> Doch diese Gefangenschaft genügt ihm nicht, sondern er möchte seine Opfer zusätzlich öffentlich zur Schau stellen: „Fürchterlich ruft er aus, und alle Götter vernahmen's:/ Vater Zeus, und ihr andern, unsterbliche selige Götter!/ Kommt und schaut den abscheulichen unausstehlichen Frevel.“<sup>12</sup>

Drei Begebenheiten in dieser Szene sind meines Erachtens in Bezug auf die Problematik sozialer Netzwerke von Bedeutung: Aphrodite und Ares werden in einem Moment *intimer Privatheit* vom Netz des Hephaistos gefangen. In der Tat geht es bei den sozialen Netzwerken ebenfalls vorrangig darum, sich freimütig auszuleben und Privates hemmungslos preiszugeben. Man möge diese Neigung anhand der psychologischen Begriffe „Narzissmus“ und „Exhibitionismus“ umreißen. Ausschlaggebend ist hier vor allem das existentielle Problem der Identitätskonstruktion. Unsere moderne Gesellschaft verwehrt dem Einzelnen zusehends die Bildung einer ausgereiften Persönlichkeit, verlangt eher die Anpassung an das Kollektiv, sei es in Bezug auf politische Ansichten, Verhaltensweisen, Konformität, berufliche Laufbahn, Kleider u. v. m. Facebook und dergleichen erlauben es den „Usern“, eine vermeintlich eigene Identität zu schaffen, ein Bild von sich selbst zu entwerfen und zu veröffentlichen. Tony Tulathimutte verweist diesbezüglich auf den von *Oxford Dictionaries Online* aufgenommenen Begriff des „selfie“, „the self-portrait taken in solitude and submitted to the gaze of millions, turning each of us into his own paparazzo.“<sup>13</sup> Der Widerspruch dieser vermeintlichen Identitätsbildung liegt auf der Hand: Einerseits wird diese Identität im stillen Kämmerlein entworfen („in so-

litude“), andererseits wird sie Millionen von Menschen zur Schau gestellt („to the gaze of millions“). Beide Tatbestände verwehren letztlich eine wahrhaftige Identitätskonstruktion, denn zum einen verlangt Identität das Auge des anderen, Interaktion, kann also keineswegs in der Einsamkeit geschaffen werden, zum anderen kann eine Identität, die für Millionen konstruiert wird, keineswegs authentisch sein. So geht es bei der Erstellung eines Facebook-*Profiles* an erster Stelle um eine narzisstische Zurschaustellung einer Wunschidentität, um eine *Profilneurose*. Die anderen sollen erkennen, wer, d. h. wie großartig man ist und was man alles erreicht hat; Tulathimutte nennt es „personal branding“: „Personal branding is the subtext of all social networking: when we post vacation photos, we attest to our ability to take luxurious vacations; when we post pictures of our babies, we present ourselves as proud and caring parents; when we crack wise about current events, we demonstrate our wit, relevance, and political leanings.“<sup>14</sup> Narzisstische und exhibitionistische Züge sind unverkenn-

auch in der Realität muss man seinem Bildnis und den an dieses gekoppelten Erwartungen gerecht werden.

Eine Flucht, dies wäre die dritte Feststellung, gibt es nicht wirklich. Ares und Aphrodite „vermochten kein Glied zu bewegen oder zu heben.“ Nachdem man sich ein Selbstbildnis erschaffen hat, werden die anderen sich ein Bildnis machen, dessen Entsprechung sie *fordern*. Was also als freie Handlung beginnt, wird zur Abhängigkeit – Abhängigkeit von den anderen und von dem sozialen Netzwerk, dessen Plattform man tagein tagaus zu betätigen sich gezwungen sieht.

### Ewige Gegenwart

Ares und Aphrodite werden während ihres Liebesspiels im Netz des Hephaistos gefangen; es handelt sich also um eine Momentaufnahme, eine Echtzeitübertragung, eine Direktübertragung des gelebten Lebens. In ihrem Artikel über *Facebook-Timeline* spricht Nina Pauer von der „Gleichzeitigkeit vom Leben und seinem Abbild“<sup>15</sup>, die durch diese innovative Funktion des sozialen Netzwerks ermöglicht wird. Dass es sich hier



bar: Das konstruierte, sich profilierende Ich steht im Vordergrund und stellt sich schamlos zur Schau.

Die Kehrseite der Medaille wird bei Homer akzentuiert und stellt einen zweiten erwähnenswerten Aspekt dar: Der sich im Netzwerk darstellende Mensch verliert sehr schnell die Kontrolle über seine Selbstdarstellung, die zu (s)einer *Bloßstellung* wird und die *Schaulust* der anderen befriedigen soll. Mit „kommt und schaut“ lädt Hephaistos den Olymp ein, um die missliche und peinliche Lage der beiden Ehebrecher zu verspotten – unbedachte Aussagen oder peinliche Photos, die einmal im sozialen Netzwerk geäußert bzw. publiziert worden sind, bleiben bestehen, und ein Profil, das man sich erschaffen hat, verlangt die Aufrechterhaltung dieser Identität. Was also zunächst als freie Handlung anmutet – die eigens erschaffene Identität –, verwandelt sich zu einer Gefangenschaft und Abhängigkeit, der man nur sehr schwer entfliehen kann. Profile, die man erschaffen hat, generieren ihrerseits Erwartungen des Publikums, die man fortan erfüllen muss: Allmählich verliert man die Kontrolle über sein eigenes virtuelles Selbst und wird Opfer seiner eigenen Schöpfung. Sowohl virtuell als

um einen die Existenz oder wenigstens die Vorstellung von Existenz betreffenden Schritt handelt, wird klar, wenn wir uns vor Augen führen, dass das Leben eigentlich aus den drei Orientierung gebenden Zeitebenen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft besteht: Entweder erinnern wir uns an die Vergangenheit, weil wir aus ihr gelernt und Erfahrungen gesammelt haben, oder wir verarbeiten und vergessen sie: Beide Tendenzen beeinflussen unmittelbar die Gegenwart und gestalten ferner unsere weiteren Lebensprojekte und somit die Zukunft. Eine Auflösung dieser Zeitebenen, wie sie von sozialen Netzwerken hervorgerufen wird, ist insofern problematisch. Eine Vergangenheit gibt es nicht mehr, weil nichts vergessen werden wird: „Löschen ist in Facebooks Timeline nicht mehr vorgesehen. Und damit auch kein Vergessen. Darin liegt das anthropologische Neuland, vor dem wir stehen.“<sup>16</sup> Die Unmöglichkeit des Vergessens lähmt aber die gesunde Gestaltung der Gegenwart, führt im schlimmsten Fall zu nicht zu bewältigenden Spätschäden: „Schon jetzt fällt es schwer, Missverständnisse und Streitereien zu vergessen, wenn nichts davon gelöscht wird oder heilsame Kommunikationspausen nicht mehr möglich

sind.“<sup>17</sup> Die immerwährende Gegenwart zerstört zusätzlich jede Möglichkeit wahrer menschlicher Interaktion und Freundschaft, denn auch diese sind lediglich an den Augenblick gebunden, eben eine „Eintagsfliege“: „I'm not even sure these new instruments are genuinely 'social'. There is something faux about the camaraderie of Facebook“.<sup>18</sup> Warum? Weil auch Freundschaft Erinnerung und Zukunftspläne braucht, um überhaupt entweder bestehen zu können. Unmittelbare, ausschließlich gegenwärtige Beziehungen im virtuellen Raum scheinen eher wahre Interaktion oder die Fähigkeit zur wahren zwischenmenschlichen Interaktion zu erschweren: „Facebook friendship and Twitter chatter are displacing real rapport and real conversation“.<sup>19</sup> Begnadete Chatter und Facebook-Abhängige veranschaulichen nichts anderes als den verarmten modernen Zeitgenossen: Alles muss schnell, einfach und unverbindlich sein; wahre Kommunikation zwischen zwei Menschen, Konfliktmanagement und Auseinandersetzung mit Problemen sind *out*, da langwierig und anstrengend.

### Homerisches Gelächter

Kehren wir noch einmal zurück zu Ares und Aphrodite. Wie reagieren die Götter auf die Bloßstellung der beiden ertappten Ehebrecher? Homer beschreibt das zum geflügelten Wort gewordene *Homerische Gelächter*: „Jetzt standen die Götter, die Geber des Guten, im Vorsaal;/ Und ein langes Gelächter erscholl bei den seligen Göttern./ Als sie die Künste sahn des klugen Erfinders Hephästos./ Und man wendete sich zu seinem Nachbar, und sagte:/ Böses gedeihet doch nicht; der Langsame haschet den Schnellen!“<sup>20</sup> Dies ist also der Preis für die Selbstdarstellung, die neurotische Profilierung, die Zurschaustellung seines Lebens: Sehr schnell kann sich die spielerische Selbstdarstellung in Bloßstellung und Verspottung verkehren. Wie viele Menschen leiden heutzutage bereits unter Facebook und Cyber-Mobbing, wie viele werden Opfer der virtuellen Verspottung? Das prominenteste Beispiel liefert wohl der Fall der 15-jährigen Kanadierin Amanda Todd, die durch Cybermobbing via „soziales Netzwerk“ in den Selbstmord getrieben wurde. Auch wenn es mit Sicherheit nicht Homers Anliegen gewesen sein kann, die sozialen Netzwerke kritisch zu beleuchten, so erscheint diese Hephaistos-Episode aus der *Odyssee* wie eine Allegorie des modernen Übels: Es sind die entgegengesetzten Gefühle und Bedürfnisse – Sehnsucht nach zwischenmenschlichen Beziehungen, Liebe, Freunden (die Liebesgöttin Aphrodite) oder Hass, Wut, Zorn, Aggressivität (der Kriegsgott Ares) –, die uns letzten Endes Teil eines Netzwerkes (Hephaistos) werden lassen, eines Netzwerkes, das uns früher oder später ins Netz gehen lässt.

Claude Heiser

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Gerhard Fröhlich: Netz-Euphorien. Kritik digitaler und sozialer Netzwerkmetaphern, in: Philosophie in Österreich 1996, hg. v. Alfred Schramm, Wien 1996.

<sup>2</sup> Ijoma Magold: Nix war früher besser, in: Zeit online, 9.10.2011. In diesem Kontext verwundert es kaum, dass der Begründer von Facebook, Mark Zuckerberg, Psychologie und Informatik studiert hat.

<sup>3</sup> Fröhlich: Netz-Euphorien, S. 9., H. v. m.

<sup>4</sup> Odyssee VIII, V. 272-281, H. v. m.

<sup>5</sup> Fröhlich: Netz-Euphorien, S. 4.

<sup>6</sup> Maria Konnikova: How Facebook makes us unhappy, in: The New Yorker, 10.9.2013.

<sup>7</sup> Odyssee VIII, V. 290-293, H. v. m.

<sup>8</sup> Fröhlich: Netz-Euphorien, S. 7.

<sup>9</sup> Ebd., S. 8.

<sup>10</sup> Homer: Odyssee VIII, V. 296-299, H. v. m.

<sup>11</sup> Ebd., V. 315-319.

<sup>12</sup> Ebd., V. 305ff., H. v. m.

<sup>13</sup> Tony Tulathimutte, You Are What You Tweet, in: The New York Times, 4.9.2013.

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Nina Pauer: Die Utopie ist da, in: Zeit online, 28.9.2011.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Bill Keller: The Twitter Trap, in: The New York Times, 18.5.2011.

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Homer: Odyssee VIII, V. 325-329, H. v. m.





**B** comme Béton

Chez B Immobilier, vous trouverez bien sûr des agents immobiliers mais aussi des conseillers financiers et des conseillers fiscaux. De quoi vous garantir des contrats « béton » pour vos opérations immobilières.

ACHAT • VENTE • LOCATION  
CONSEIL IMMOBILIER, FINANCIER ET FISCAL

[www.b-immobilier.lu](http://www.b-immobilier.lu)



Viandes fraîches  
Gibier - Volaille  
Charcuteries  
Salaisons

**AWIETOR**

VIANDES EN GROS

[www.wietor.lu](http://www.wietor.lu)

19A, rue de Haller  
L-6312 Beaufort  
Tél : 83 64 85-1  
Fax : 86 90 87

e-mail : [wietor@internet.lu](mailto:wietor@internet.lu)



Nous ne nous contentons pas de gérer vos avoirs. Nous vous délivrons un service de haute qualité et nos relations s'inscrivent dans le long terme. Nous prenons le temps de vous écouter, de vous connaître et de mériter votre confiance. Nous respectons vos besoins et vos préoccupations et nous vous proposons des solutions adaptées.

Nous faisons plus que parler investissements avec vous. Nous vous prenons en considération dans toutes vos composantes, nous abordons avec vous votre situation familiale et nous discutons de tous les problèmes liés à l'organisation et à la transmission de vos avoirs. Nous vous aidons à structurer votre patrimoine et à le préserver au moment de la transmission aux générations suivantes.

Vous êtes au centre de nos préoccupations.



AMSTERDAM | BRUXELLES | GENÈVE | LONDRES | LUXEMBOURG  
MADRID | MONACO | MUNICH | PARIS | VARSOVIE

[WWW.KBL.LU](http://WWW.KBL.LU)





# Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations  
(du lundi au vendredi de 09h30 à 11h30): 26 77 77 77

afas@cgfp.lu  
http://www.cgfp.lu/cgfp\_services

**AFAS** **CGFP**  
Association de Formation  
et d'Appui scolaires a.s.b.l.



- partéipolitisch unabhängig
- ideologisch neutral
- repräsentativ
- dynamisch
- erfolgreich
- 28000 Mitglieder

## Ihre Berufsvertretung

### Ihre Treppe leicht hinauf und hinunter!

Entdecken Sie den Treppenlift von  
THYSSENKRUPP Ascenseurs



Ob kostenloses Preisangebot für Treppenlifte oder Besuch,  
Rufen Sie uns einfach an: 40.08.96

THYSSENKRUPP ASCENSEURS S.à r.l.  
22, Rue Edmond Reuter, L-5326 Contern  
Tel.: 40.08.96, E-mail: luxembourg@thyssenkrupp.com



# Stehen Sie nicht im Abseits – Werden Sie noch heute Mitglied der



### Die CGFP bietet:

- ✓ Wirksame Berufsvertretung, besonders Ihrer moralischen und materiellen Interessen und erworbenen Rechte
- ✓ Gratisabonnement auf die Verbandszeitung „fonction publique“
- ✓ Kostenlose juristische Beratung in Beamtenrechtsfragen
- ✓ Kostenlose Auskunft und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten

### sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot:

- ✓ CGFP-Bausparen (mit Sofortkredit)
- ✓ CGFP-Versicherungen (alle Sparten)
- ✓ Krankenzusatzversicherung
- ✓ CGFP-Sterbekasse (mit Zugang zur „Caisse chirurgicale“)
- ✓ Zusatzpensionsversicherung
- ✓ Service CGFP de Placement (Geldanlage)
- ✓ CGFP-Konsumkredit („petits prêts“)
- ✓ Fondation CGFP de Secours / CGFP-Hilfswerk
- ✓ CGFP-Reiseagentur Lux Voyages
- ✓ Kindertagesstätte „Kaweechelchen“
- ✓ CGFP-Nachhilfevermittlung für die Sekundarstufe „AFAS“

Und so einfach geht's:  
Untenstehende Karte ausfüllen und einsenden an:

**CGFP**  
Boîte postale 210  
L-2012 Luxembourg

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE  
DE LA FONCTION PUBLIQUE  
Boîte postale 210  
L-2012 LUXEMBOURG

CGFP

## Déclaration d'adhésion

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom: .....

Domicile: ..... Code postal no .....

Rue: ..... no .....

Administration/Service: .....

Fonction: ..... Date de naissance: .....

CCP ou  
compte bancaire no: IBAN LU

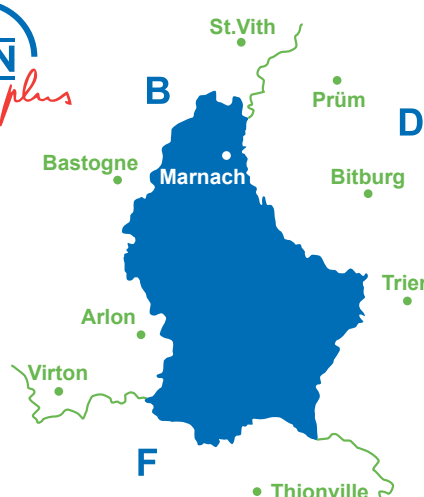
....., le .....

(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00€ (retraités/veuves: 35,00€), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.



4 gutt Grënn, sech fir LUXPellets z'entscheeden



- ✓ regional hirgestallt
- ✓ pénktlech geliwwert
- ✓ propper betankt
- ✓ permanent kontrolléiert



## LUXPellets S.A.

Äre Spezialist fir labber Liwwerungen

Informationen a Bestellungen

# 26 90 53 - 1

info@luxpellets.com

[www.luxpellets.com](http://www.luxpellets.com)



STORES ET DECO

74, route de Longwy L-8080 Bertrange

Tel : 32 59 05 1 Fax : 32 59 07

info@cvr.lu

[www.cvr-storencenter.lu](http://www.cvr-storencenter.lu)

marquises - parasols - pavillons  
mobilier de jardin - stores extérieurs  
rideaux - stores intérieurs

# Sammelt Cactus-Punkte bei all Gulf Mazout- Bestellung ...



Info:  
[www.gulf.lu](http://www.gulf.lu)  
☎ 92 92 92 - 1

\*Dës Offer gëlt fir Lëtzebuerg. Déi éischt Liwwerung muss bor oder mat V PAY beim Chauffeur bezuelt ginn.



**Cactus**



CESI Youth Camp:

# Les jeunes de l'Europe veulent se faire entendre

*Fondation d'une CESI Youth – un mouvement des jeunes de l'Europe pour se faire entendre et faire valoir ses droits d'une voix commune – est devenue une finalité pour les participants du premier Youth Camp, organisé par la Confédération européenne des syndicats indépendants en Hongrie à la veille de cette rentrée scolaire.*

*Il s'agit cependant d'une grande ambition, dont la réalisation nécessite du temps, de la volonté et surtout de la persévérance. Cet événement, qui fut un succès et auquel la CGFP n'a pas manqué de participer, était un premier pas dans le sens d'une CESI Youth.*

Le CESI Youth Camp, lequel s'est tenu au Lac Balaton, du 5 au 7 septembre, a réuni une quarantaine de participants âgés entre 18 et 35 ans, venus depuis différents coins de l'Europe. Il a été soutenu logistiquement par le syndicat hongrois MKKSZ, membre de la CESI.

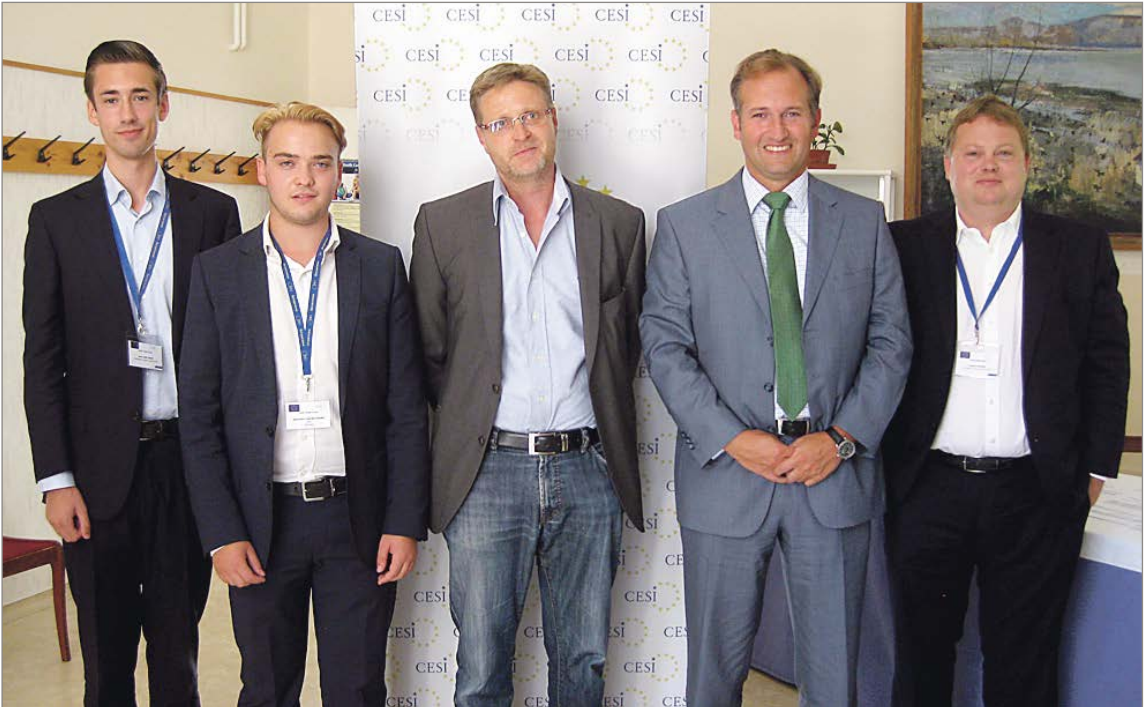
L'objectif du CESI Youth Camp était tout d'abord de stimuler la réflexion et le débat au sujet des défis que l'actuelle situation économique jette aux jeunes de l'Europe, et notamment la précarité de l'emploi, le chômage et un futur incertain.

Dans ce cadre, le CESI Youth Camp a accueilli les experts Fabian Zuleeg, un économiste de renom, le président du conseil de la direction du European Policy Centre, et Wolfgang Müller, le directeur de la représentation européenne de la Bundesagentur für Arbeit. Le délégué du European Youth Forum, Jerry den Haan, était également l'invité du camp afin de partager avec les participants sa vision des challenges et perspectives s'offrant aux jeunes générations.

Des questions et sujets sensibles et cruciaux, tels que «la Garantie Jeunes», les mesures pour emploi largement en application dans les Etats membres, les subventions étatiques y relatives et la mobilité imposée par le contexte économique ont été abordées lors de cette rencontre. Il était particulièrement intéressant d'apprendre que certains experts ne voient pas d'un œil si négatif les métamorphoses commandées par la crise, mais estiment que l'on se trouve en présence d'un changement inévitable des habitudes et de la mentalité.

Ainsi, le European Policy Centre estime qu'un emploi stable, ayant caractérisé l'Europe pendant les dernières décennies, est un standard désuet et que l'emploi plus précaire et donc moins sûr, accompagné d'une mobilité récurrente est une nouvelle réalité à laquelle les nouvelles générations vont devoir s'habituer.

Klaus Heeger,  
Secrétaire  
général de la  
CESI  
(au milieu),  
entouré de  
Jerry den  
Haan, Matthäus  
Fandrewski,  
Wolfgang Müller  
et Fabian Zuleeg  
(de g. à d.)



Le European Policy Centre se sent par ailleurs pessimiste quant aux résultats à moyen et à long terme de la Garantie Jeunes, une mesure tendant à assurer à chaque jeune au chômage une offre d'emploi, de stage, d'apprentissage ou de formation de qualité, et juge que toute aide financière directe versée aux entreprises pour stimuler l'embauchage serait inadéquate pour favoriser un emploi durable.

Le deuxième volet du CESI Youth Camp consistait en workshops, répartis en trois thèmes différents, à savoir l'implication des jeunes affiliés dans le travail de la CESI (1), l'Emploi des jeunes en tant que priorité-phare de l'Europe (2) et l'avenir du mouvement syndical, ainsi que le rôle qui y jouent les médias sociaux (3).

En plus d'un échange très dynamique, les participants ont pu découvrir les structures et le fonctionnement du lobbying syndical dans leurs pays respectifs. Les résultats du brainstorming ont été présentés par les rapporteurs désignés.

En aboutissement de tout ce travail, le CESI Youth Camp est arrivé à plusieurs conclusions.

Il a été d'abord constaté que les intérêts des jeunes générations sont bien distincts de ceux des autres catégories présentes sur le marché du travail. En effet, les impératifs d'un jeune en quête d'un emploi stable et décemment rémunéré ne sont pas les mêmes que ceux d'un quadra- ou quinquagénaire soucieux de maintenir le niveau de sa retraite.

Les participants ont par ailleurs conclu qu'étant donné que les jeunes générations sont devenues pour l'Europe une priorité, la CESI a besoin d'un mouvement Youth. Ce nouveau visage lui permettrait de devenir plus dynamique et plus attractive.

Enfin, il a été décidé de nommer un porte-parole Youth, en la personne de Matthäus Fandrewski du Dbb Jugend (der dbb beamtenbund und tarifunion), dont le rôle serait, dans un premier temps, d'élaborer la plateforme permettant un échange per-

manent avec les jeunes affiliés des organisations membres de la CESI via les personnes de contact désignées, dont un représentant de la CGFP.

Il est à signaler qu'à partir de 2014, le porte-parole pourra se réunir avec les délégués Youth au siège de la CESI pour s'occuper des questions et sujets d'actualité relevant de son champ d'action.

Les résultats de ces rencontres feront ensuite l'objet des prises de position que le porte-parole fera valoir devant le Conseil de la CESI.

Tout ceci nous amène à dire que CESI Youth Camp était un véritable succès et qu'une première dalle de la fondation a d'ores et déjà été posée. Il ne reste au mouvement naissant que de persévérer sur son chemin, mais il y sera soutenu par la CESI. Il en va de même pour la CGFP, prête à s'engager pour la bonne cause européenne.

A.C.



Matthäus Fandrewski s'adresse aux participants du CESI Youth Camp



Le travail au sein d'un workshop



# Mehr Kraft, mehr Lebensqualität!

## Kieser Training

Der Anteil der Muskeln am Gesamtkörpergewicht beträgt etwa 40-50% beim Mann, etwa 25-35% bei der Frau. Hauptaufgabe der Muskulatur ist die Bewegung unseres Körpers durch Kontraktion. Wir haben den Körper, um uns zu bewegen und der Körper braucht eine regelmäßige und ausreichend intensive Beanspruchung, um gesund zu bleiben.

Krafttraining ist die effizienteste Methode, die Muskulatur gezielt zu belasten und zu erhalten. Weil die Muskulatur das größte Organ unseres Körpers ist und am Anfang einer organischen Funktionskette steht, kommt deren Erhaltung eine so wichtige Rolle zu. Die Nutzen, die **Kieser Training** Ihnen bietet, sind demnach vielfältig:

- Tragen Sie leichter an sich
- Bleiben Sie gesund und leistungsfähig
- Erhalten Sie Ihre Kraft in jedem Alter
- Verbessern Sie Ihre Haltung
- Beugen Sie Rückenschmerzen vor oder gehen Sie diese aktiv an
- Steigern Sie Ihre Beweglichkeit
- Beugen Sie Osteoporose vor
- Fördern Sie die Fettverbrennung und steigern Sie Ihren Stoffwechsel
- Schaffen Sie sich eine Basis für gesunden Sport
- Tun Sie etwas für Ihr Aussehen und Ihr Selbstbewusstsein

Mehr Informationen zu Kieser Training finden Sie auf [www.kieser-training.lu](http://www.kieser-training.lu) oder [www.kieser-training.de](http://www.kieser-training.de).



38 Rangwee · L-2412 Luxembourg  
Tél. 31 37 38  
[www.kieser-training.lu](http://www.kieser-training.lu)

**KIESER**  
**TRAINING**  
FÜR KRAFT UND GESUNDHEIT



„Fairtrade Lëtzebuerg“

# Eine Alternative für das bestehende Wirtschaftssystem

CGFP unterstützt auch weiterhin den Gedanken des Fairen Handels

„Früher war es nur eine kleine Einkaufstasche, heute kriegt man mehr als einen Einkaufswagen mit Fairtrade-Produkten gefüllt“, meint Jean-Louis Zeien, Präsident von „Fairtrade Lëtzebuerg“, im Interview mit „fonction publique“. Die Menschen in Luxemburg seien bereit, den Weg vom fairen Handel einzuschlagen, denn „es ist nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern auch der Gerechtigkeit, dass die betroffenen Arbeiter den Lohn bekommen, der ihnen zusteht.“



Die Jugendgruppe „Young-Fairtrade“ setzt sich mit bunten Aktionen, beispielsweise Cocktailständen bei Festivals, für faire Nord-Süd-Handelsbeziehungen ein

Die ganz nach dem Vorbild ihrer Schwesternvereinigungen in aller Welt arbeitende luxemburgische Nicht-Regierungsorganisation „Fairtrade Lëtzebuerg“ hat ihre Aktivitäten 1992 unter dem Namen TransFair-Minka aufgenommen mit dem Ziel, benachteiligte Produzentenfamilien in Afrika, Asien und Lateinamerika zu unterstützen und deren Lebens- und Arbeitsbedingungen durch den fairen Handel zu verbessern. Fairtrade handelt nicht selbst mit Produkten, sondern vergibt vielmehr ein Label für fair gehandelte Waren. Somit zeichnet sie Produkte, die nach streng festgelegten Kriterien gehandelt wurden, mit einem Güte-Siegel aus.

Über 1000 Produkte sind heutzutage mit diesem Label ausgezeichnet und werden in mehr als 185 Verkaufsstellen in Luxemburg angeboten. So verkaufen in Zwischenzeit alle Kaffeeröster im Land faire Kaffeebohnen. Die „Coop 300“, eine Organisation, die mit Menschen mit einer Behinderung zusammenarbeitet, verarbeitet unter der Leitung eines diplomierten Maître-Chocolatier exklusiv nur Fairtrade-Schokolade in ihren Erzeugnissen, während „Autisme Luxembourg“ aus Beckerich die erste fair gehandelte Marmelade in Luxemburg produziert.

Neben Lebensmitteln gibt es aber auch eine ganze Reihe Waren aus dem sogenannten „Non-Food“-Bereich. So wurde 2012, anlässlich des 20. Jubiläums der Organisation, fair gehandeltes Gold in die Produktlinie aufgenommen und mittlerweile arbeiten schon sieben luxemburgische Juweliere mit „fairem“ Gold. Der faire Handel hat sich nicht nur in den Köpfen und Herzen, sondern auch in den Supermarkt-Regalen etabliert.

Aber es bleibe noch viel Luft nach oben, meint Luxemburgs langjähriger Fairtrade-Präsident Jean-Louis Zeien. Die Summe der Ausgaben für Fairtrade-Produkte liegt im Großherzogtum bei 16,20€ pro Kopf. „Im weltweiten Vergleich liegen wir damit zwar weit vorne, allerdings werden in Ländern wie Irland oder der Schweiz doppelt so viele Produkte verbraucht.“

Besonders bei den Rosen und Bananen sieht Jean-Louis Zeien großes Potential, um den Marktanteil von fair gehandelten Waren auszubauen. Ein

Viertel der Rosen und 15% der hierzulande verkauften Bananen tragen das Fairtrade-Label. Noch bis zum 31. Oktober soll deshalb mit Hilfe der Kampagne „Just Do Eat“ die Vermarktung der fair gehandelten Bananen vorangetrieben werden.

Wer Produkte aus dem fairen Handel bezieht, unterstützt zugleich ein transparentes Handelsgeschehen. Hinter jedem Produkt steht ein zuverlässiges Zertifizierungs- und Kontrollsystem, das ebenfalls ein vernünftiges Preis / Leistungsverhältnis zulässt. Neben den Fairtrade-Bestimmungen sind in den Produktionsvorgaben weitgehend auch umweltschonende Kriterien enthalten.

„Besonders junge Menschen haben die Wichtigkeit von Fairtrade erkannt“, bemerkt Jean-Louis Zeien. TNS Ilres führte 2012 eine Studie im Auftrag von „Fairtrade Lëtzebuerg“ durch, an der 510 Personen teilnahmen. Hier stellte man fest, dass über 90% der 18- bis 29-jährigen das Label kennen und etwa drei Viertel auch seiner Echtheit vertrauen.

Die Organisation bietet mit „Young-Fairtrade“ denn auch eine Plattform für junge Erwachsene, sich als Freiwillige mit einzubinden. Die Jugendgruppe „Young-Fairtrade“ setzt sich mit bunten Aktionen, beispielsweise Cocktailständen bei Festivals, für faire Nord-Süd-Handelsbeziehungen ein.

Außerdem arbeitet „Fairtrade Lëtzebuerg“ eng mit dem „Service National de la Jeunesse“ zusammen und bietet

regelmäßig drei Freiwilligen aus dem Ausland die Möglichkeit, ein Jahr in Luxemburg für Fairtrade zu arbeiten. Natürlich können aber auch luxemburgische Jugendliche aktiv an den verschiedenen Projekten und Aktionen teilnehmen. Einige von ihnen wagen sogar den Schritt ins Ausland, so ist momentan eine junge Frau in Nicaragua stationiert, um den alternativen und nachhaltigen Tourismus bei einer Kaffee-Kooperative mit aufzubauen. Mitte August ist erstmals eine luxemburgische Gruppe von Touristen dorthin gereist, um aus erster Hand zu erfahren, wie fairer Handel funktioniert, und unter welchen Bedingungen die Angestellten auf der Kaffeeplantage leben und arbeiten.

Daneben gibt es auch noch das Projekt „Fairtrade Schools“, bei dem bisher dreizehn Gymnasien in Luxemburg als Fairtrade-Schule zertifiziert wurden. Die Schulgemeinschaft in diesen Häusern verpflichtet sich einerseits dazu, fairen Handel und Nachhaltigkeit in ihrem eigenen Konsum zu verankern. Andererseits sollen die Auswirkungen der Weltwirtschaft und des gesellschaftlichen Konsumverhaltens auf die Umwelt und mögliche Alternativen dazu im Unterricht erörtert und in das schulische Leben integriert werden. Dies setzt natürlich voraus, dass sich alle Akteure, sowohl Lehrer als auch Schüler, aktiv mit einbinden.

Angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen macht Jean-Louis Zeien noch einmal auf die verschiede-

nen Herausforderungen aufmerksam, die sich der zukünftigen Regierung und den Gemeinden im Bereich des fairen Handels stellen.

„Staat und Gemeinden müssen sich im Klaren darüber sein, dass der billigste Preis nicht immer ausschlaggebend für den Kauf eines Produktes sein darf. Andernfalls machen sie sich möglicherweise der Unterstützung von Ausbeutung und Kinderarbeit schuldig, wie sie beispielsweise auf vielen Kakaoplantagen in Südamerika betrieben wird, und untergraben darüber hinaus auch die Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Entwicklungshilfe.“

Die vergangene Regierung habe einige bemerkenswerte Schritte auf dem Weg zu fairem Handel gemacht. Doch auch weiterhin müsse konkret in diese Richtung gearbeitet werden und es müssten wichtige luxemburgische Akteure gewonnen werden, um Fairtrade in der Öffentlichkeit zu etablieren. Mit Letzteren habe es kürzlich einige vielversprechende Gespräche gegeben, weiteres wollte der Fairtrade-Präsident zu diesem Zeitpunkt noch nicht preisgeben.

Eine rezente Impact-Studie des Zentrums für Evaluation in Saarbrücken über die Wirksamkeit von fairem Handel in südlichen Ländern, in der jeweils zehn Fairtrade- mit zehn konventionellen Organisationen verglichen wurden, zeigt übrigens, dass die Menschen in Organisationen, die von Fairtrade zertifiziert sind, nicht nur ein höheres und stabileres Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen haben, sondern auch den besseren Zugang zu Bildung und leichter sparen und investieren können.

„Die Unterstützung von Fairtrade beseitigt nicht die Armut der betroffenen Menschen“, betont abschließend Jean-Louis Zeien, aber die Armutsspirale, in der sie immer tiefer versinken, werde gestoppt und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen könnten verbessert werden.

p.r.

„Fairtrade Lëtzebuerg“ zählt über 30 Mitgliedsorganisationen in Luxemburg, dabei handelt es sich vorwiegend um solche mit sozialer und humanitärer Ausrichtung. Dazu gehören ebenfalls die national repräsentativen Gewerkschaften, unter ihnen auch die CGFP.

Mit zahlreichen Aktionen versucht „Fairtrade Lëtzebuerg“ die Gesellschaft in Luxemburg auf das Thema fairer Handel aufmerksam zu machen. So wäre beispielsweise das Schokoladenfestival „festival du chocolat équitable“ zu erwähnen, das schon fast Tradition hat. Im Dezember warten wieder zahlreiche schokoladige Aktivitäten auf Sie. Nähere Details finden Sie in Kürze auf der Homepage von „Fairtrade Lëtzebuerg“ unter [www.fairtrade.lu](http://www.fairtrade.lu)





# RENAULT CAPTUR. VIVEZ L'INSTANT.



À PARTIR DE € 12.495<sup>(1)</sup>

5 ANS DE GARANTIE AVEC  
0% TAEG<sup>(2)</sup>

www.renault.lu



## LE 1<sup>ER</sup> CROSSOVER URBAIN PAR RENAULT.

- Renault R-LINK
- 100% personnalisable
- Moteur Energy TCe 120



3,7 - 5,4 L/100 KM. 95 - 125 G CO<sub>2</sub>/KM. DONNONS PRIORITÉ À LA SÉCURITÉ. Renault préconise

(1) Captur Life Energy TCe 90. Prix TVAc au 01/10/2013, remise et prime de recyclage déduites. (2) Cette offre Easy Deal se compose d'un crédit Easyfin Classic et d'un contrat d'extension de garantie EasyLife valable du 2 au 31 octobre 2013. Ces 2 contrats peuvent être souscrits séparément à des conditions identiques. L'extension de garantie EasyLife peut être souscrite pour la durée du financement et un kilométrage de 100.000 km ou 120.000 km selon modèle concerné. Offre de prêt à tempérament réservée aux particuliers valable sur Twingo, Clio Collection, Nouvelle Clio, Captur, Kangoo, Mégane, Scénic, Fluence et Koléos. Taux débiteur fixe et taux annuel effectif global 0% pour une durée maximale de 30 mois, avec minimum 30% d'acompte obligatoire. Exemple représentatif pour Captur Life Energy TCe 90 : prix au comptant (remises et primes déduites) : 12.495 €, acompte de 3.749 €, 30 mensualités de 309 €. Montant total dû : 12.495 €. La mensualité Easy Deal avec l'extension de garantie 5 ans incluse est de 306 € sur 30 mois. Sous réserve d'acceptation du dossier par Alpha Credit S.A., rue Ravenstein 60 / 15, B-1000 Bruxelles, Belgique. Annonceur : Renault Belgique Luxembourg S.A. (Importateur), boulevard de la Plaine 21, 1050 Bruxelles.

**RENAULT LUXEMBOURG**  
2 Rue Robert Stumper - L-2557 LUXEMBOURG  
40.30.40.1

**RENAULT BEGGEN**  
182 Rue de Beggen - L-1220 BEGGEN  
43.52.32.1

**RENAULT ESCH-SUR-ALZETTE**  
Rue Jos Kieffer - L-4176 ESCH-SUR-ALZETTE  
57.29.76.1

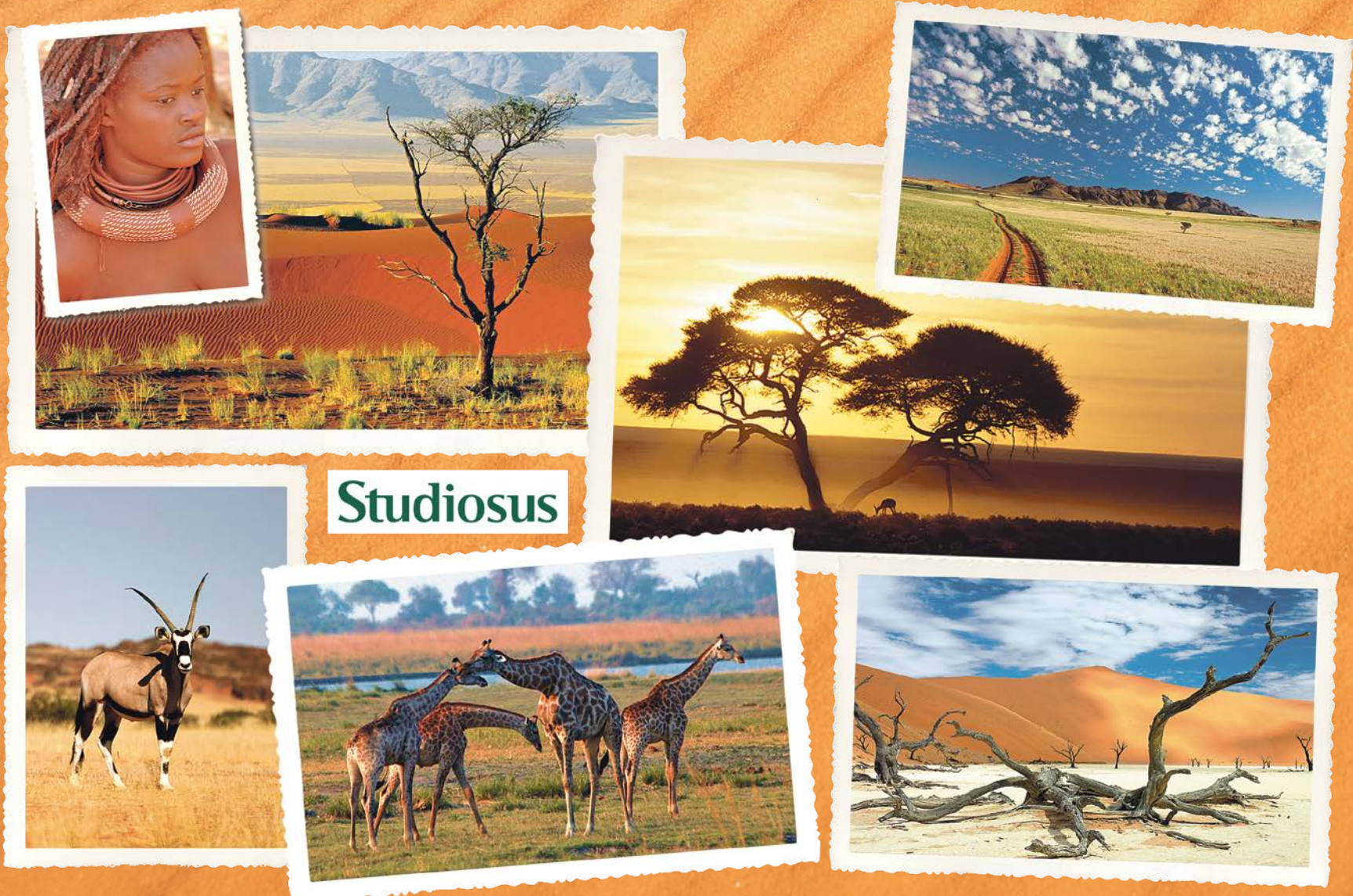
**RENAULT DIEKIRCH**  
26 Route d'Ettelbrück - L-9230 DIEKIRCH  
80.88.80.1





# LUX VOYAGES

## Die große Namibiareise



Studiosus

Namibia, das klingt nach Wüste, nach wilden Tieren und nach Abenteuer. Zu Recht! Auf dieser Studienrundreise können Sie sich selbst davon überzeugen. Sie durchfahren das weite, oft menschenleere Land, durchqueren die Namibwüste, die älteste Wüste der Erde, und beobachten Löwen und Nashörner im Etoschapark. Namibia hat aber noch eine andere Seite: Die moderne Hauptstadt Windhoek, die nordländisch anmutenden Küstenstädtchen sowie die Menschen in den Townships Katutura und Mondesa liefern kontrastreiche Bilder des vielfältigen Landes. Hier leben Menschen verschiedenster Kulturen friedlich zusammen: Neben den Herero, Ovambo, Damara und den halbnomadischen Himba haben in unwirtlichen Gebieten einige Ureinwohner, die San, überlebt. Es gibt außerdem Coloureds verschiedener Herkunft wie Nama und Baster sowie Weiße, die Afrikaans, Englisch oder Deutsch als Muttersprache haben. Namibia ist demnach ein Land, das für hohe kulturelle Vielfalt steht.

**17 Tage:** Termine 2013: 31.10.-16.11. / 21.11.-07.12. / 19.12.-04.01.  
Termine 2014 (voraussichtlich): 20.02.-08.03. / 20.03.-05.08.

**Reisepreis: ab 3.695€ / Person im DZ (Halbpension), inklusive**

- Bahnreise Luxemburg-Frankfurt (A/R) in der 1. Klasse
- Linienflug (eco) mit Air Namibia von Frankfurt nach Windhoek und zurück
- 14 Übernachtungen in Hotels und Lodges, teilweise mit Klimaanlage und Swimmingpool
- Transfers/Ausflüge/Rundreise im bequemen, landesüblichen Reisebus
- Wildbeobachtungs- und Farmrundfahrten lt. Reiseverlauf
- Bootsfahrt zur Delfin- und Robbenbeobachtung bei Walfischbucht
- Speziell qualifizierte, ortsansässige Studiosus-Reiseleiter u.v.m.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung vor.  
Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.

**LUX VOYAGES** s.à r.l.  
25-A, boulevard Royal  
L-2449 Luxembourg  
Tel.: 47 00 47 • Fax: 24 15 24  
luxvoyages@cgfp.lu





# Wo steuern Sie hin?

Bausparen – Steuern sparen

Ihr BHW-Berater gibt Ihnen dazu die besten Tipps und informiert Sie über die staatlichen Steuerfreibeträge – damit Sie alles bekommen, was Ihnen zusteht. Sprechen Sie mit einem BHW Berater drüber. Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651

**Die CGFP ist der BHW Bausparpartner im Großherzogtum Luxemburg für den öffentlichen Dienst.**



**BHW Bausparkasse Niederlassung Luxemburg**  
16, rue Erasme, L-1468 Luxembourg Kirchberg, [www.bhw.lu](http://www.bhw.lu)

